

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk. vierteljährlich 3,50 Mk. halbjährlich 6,50 Mk. jährlich 12,00 Mk. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagshefte mit Illustration 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Lissabon, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Siebendruck und Schließel-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erhältlich täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 2. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das preußische Dreiklassenhaus vor Gericht.

Ein Wahlrechtsprozess von großer politischer Bedeutung wird am heutigen Dienstag vor der Strafkammer des Landgerichts Erfurt verhandelt. Das „angesehenste Parlament der Welt“, das preußische Abgeordnetenhaus hat dem Strafamt des Justizministers stattgegeben und Anklage wider die Genossen Dornheim und Stange von der Erfurter „Tribüne“ erhoben. Durch vier Artikel der „Tribüne“ soll das hohe Haus beleidigt sein. Der erste dieser Artikel befaßt sich mit der bekannten jammervollen Haltung des Hauses zu den Ausweisungen russischer Emigranten und der Pöhselung im Falle Schne-v. Brodhufen. Der zweite behandelt das Schulverfassungsgesetz und stellt es in Gegensatz zum französischen Schul-entpflanzungs- und zum französischen Trennungsgesetz. „Diesem Hause könnte nur ein seine stumpfen Kerben aufzuheben, daß es Mann aufstünde, der dem Hause der Privilegierten und ebenmal Gesiebten... offen verstände, daß es weder die Fähigkeit noch die innere Berechtigung habe, in großen Volksfragen ein Votum von irgendwelchem Gewicht abzugeben. Aber dies eine passiert nicht; auf dieser Pfaffeninsel herrscht Friede.“ — Der dritte und vierte Artikel weisen nach, daß in dem Abgeordnetenhaus selbst die Berechtigung als Vertreter des gesamten Volkes abgesprochen habe. „In den Debatten über die Bethmannschen Wahlrechtsvorlagen ist es, offenkundig geworden, daß das Wahlrecht, auf dem das preußische Abgeordnetenhaus beruht, im Abgeordnetenhaus selbst keine Mehrheit mehr hat. Freisinnige, Polen und Litauern haben sich für grundsätzliche Anhänger des gleichen Wahlrechts erklärt, aber auch die Nationalliberalen, die als Gegner des Reichstags-Wahlrechts, wollen vom geltenden preußischen Wahlrecht nichts mehr wissen, oder sich wenigstens nicht mehr offen zu ihm bekennen.“ Der Artikel führt dann in scharfer Weise weiter aus, daß das Haus, dessen Mehrheit die Grundlage, auf der sie zustande gekommen sei, ausgegeben habe, also sich selbst nicht mehr respektiere.

Diese und ähnliche Ausführungen dankten dem Justizminister und dem hohen Hause Verachtung, die verweigerte Hochachtung durch den Strafrichter zwingen zu lassen. Inzwischen hat die „Tribüne“ den Nachweis unternommen, daß das preußische Abgeordnetenhaus da am meisten „beleidigt“ Parlament der Welt ist und sich die „Beleidiger“ in sogenannter sehr guter Gesellschaft befinden: Die junkerlich-konservative „Kreuz-Zeitung“ betonte zum Beispiel schon 1862, daß das Haus keine wahre Volksvertretung sei, sprach von „Karren und Bösewichtern“ und schloß: „Wenn eine politische Körperschaft den Verstand verliert, so muß sie ebenso wie der einzelne unter Kuratel gestellt werden.“ — Barnhagen v. Ense schrieb in seinen Tagebüchern: „Die Zweite (Kammer) ist ganz und gar ungefällig. Das einzige Rechte und Gute, was diese Kammer tun könnte, wäre, ihre eigene Richtigkeit auszusprechen und das gesetzliche Wahlrecht (das allgemeine, gleiche, das vordem bestand. Red.) wieder zu fordern. Sie werden sich hüten, so rechtlich und ehrbar zu sein, diese Jammerkerle.“ Er sprach des öfteren von der „Lumpenkammer“, von den „Lumpen in weißen Halsbinden“, er sagte: „In der Minoritätskammer ist schon Spaltung und Klerger. Koch herrschen die Galurken, doch die Lumpen regen sich schon gegen sie“ usw. Bismarck sprach, als er noch Abgeordneter war, in der Sitzung vom 14. Februar 1861 des hohen Hauses also: „Wir sind keine Volksvertretung; steigen wir herab von dem Piedestal selbstgeschaffener Größe. Das preußische Volk... findet sich in dieser Kammer nicht abgepiegelt und wiedergegeben. Das kann ich eine Volksvertretung nicht nennen“ usw. Diese Beispiele, daß Patrioten und angegebene Männer dem Hause ihre tiefste Verachtung ausgesprochen, ließen sich dufendfach vermehren. Seine Grundlage und seine Zusammenfassung aber ist in all den Jahrzehnten unbekümmert um alle Fortschritte, dieselbe geblieben. Ja es begeht jetzt Handlungen, die es früher zu begehen sich als zu hochstehend erachtete: es stellt Strafanträge gegen seine öffentlichen Kritiker und fordert ihre Einsperrung.

Mit dieser Tat haben sich belastet: Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und das Zentrum. Das ist ein außerordentlich wichtiges Charakteristikum dieser Parteien, das sich das preußische Volk, das sich insbesondere die Landtagswähler merken werden. In der Sitzung vom 6. Juli äußerte der konservative Abgeordnete Frhr. v. Erffa (dessen Wahlkreis Schlesingen zum Verbreitungsbezirk der „Tribüne“ gehört) seine große „Befriedigung“ über den Beschluß der Geschäftsordnungskommission, der Verfolgung der „Tribüne“ stattzugeben. Nachdem er zugeben mußte, daß ja das Haus das Recht habe, sich im Hause selbst gegen Kritik zu wehren. Die Zustimmung der Freikonservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums (!) sprachen die Abg. Prütz, Friedberg und Ferber aus. Gegen die Verfolgung erklärten sich nur die Polen und die beiden freisinn-

igen Parteien, deren Vertreter es bei der bisherigen anständigen Praxis der Verweigerung der Auslieferungsanträge an die Justiz belieben. Am tollsten trieben es aber die Freikonservativen, die sich nicht nur darauf beschränkten, die Überantwortung der „Beleidiger“ an den Strafrichter zu dekretieren, sondern auch noch versuchten, die preussischen Richter für ein hohes Strafmaß zu beeinflussen. Der Abg. Prütz sprach die folgenden ungläublichen Worte:

„Wir sind nun allerdings der Meinung, daß die praktischen Konsequenzen nicht so sehr groß sein werden, und daß die Strafverfolgung als Abschreckung nicht viel helfen wird. Bekanntlich ist der Kriegsfonds der Sozialdemokratie recht groß, jedoch sie Geldstrafen nicht zu scharfen braucht, und für den Fall der Freiheitsstrafe hat sie ihre Sigredakteure. Auch ist vielfach schon der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Gerichte bei der Zurechnung von Geldstrafen für Beleidigungen sich verhältnismäßig in sehr engen Schranken halten, daß die Geldstrafen durch die Bank zu niedrig seien, so niedrig, daß man gegen solche Strafzumessung die ernstesten Bedenken haben muß. Wir meinen, wenn das hohe Haus sich auf den Standpunkt stellt, sich nicht ungefroht beleidigen zu lassen, daß es solche Beleidigungen und Verleumdungen ernstlich verfolgt sehen will, daß das vielleicht beitragen könnte, bei den Gerichten eine etwas andere Auffassung bezüglich der Strafzumessung herbeizuführen.“

Der schärfste Kritiker, der bitterste Satiriker hätte das preussische Abgeordnetenhaus nicht schlimmer zeichnen können, als es durch solche Reden geschehen ist. Ein Haus, dessen Grundlage ein königlicher Verfassungsbruch bildet, das seine Legitimation als Volksvertretung selbst bezweifelt, das das Wahlrecht nicht mehr zu vertreten wagt, mit dem seine Klassenvertreter „gewählt“ wurden, das aber nichtsdestoweniger die Kinder des Volkes, das es nicht gewählt, den Pfaffen völlig ausliefert und hunderterlei dem „gemeinen“ Volk nachteilige Massengesetze beschließt — ein solches Haus stellt sich von demjenigen, der ihm als Volksvertretung den Respekt verweigert, „beleidigt“ und fordert seine Einsperrung durch den Richter, der Bevollmächtigter und Angestellter desselben Klassenstaates ist, der von diesem Klassenparlament repräsentiert wird. Um dies häßliche Bild noch zu verzerren, fordert eine Partei dieses Klassenparlamentes (schärfste Bestrafung der angeblichen Beleidiger.

Ob die Richter des Klassenstaates dieser Forderung nachkommen werden, wird sich heute in Erfurt zeigen. Es wird sich weiter zeigen, ob die Erfurter Richter es für „Recht“ halten, daß ein Parlament in seiner Immunität die Sozialdemokratie straflos beleidigen und beschimpfen kann — das ist oft genug im preussischen Dreiklassenhaus geschehen —, daß es aber die Vertreter der beleidigten Partei, die sich nicht der Strafflosigkeit ihrer Kritik erfreuen, einsperren lassen will, wenn sie sich verteidigen und umgekehrt das Klassenhaus kritisieren. Der nationalliberale Abgeordnete Friedberg nannte die Artikel der „Tribüne“ „einen Außerordentlichsten Feigheit“. Er erblidit ihn wohl darin, daß unsere Genossen mit ihrer Person, mit ihrem Körper für ihre Worte eintreten müssen, während ihre Beleidiger im „hohen Hause“ straffrei bleiben und ruhig weiter beleidigen können.

Gleichviel: der Erfurter Wahlrechtsprozess wird das Gegenteil dessen bewirken, was die Gegner von ihm erwarten. Er wird, wie immer sein Ausgang sein möge, das Proletariat erneut aufrufen gegen das zu Unrecht bestehende Klassenparlament; er wird die Kritik nicht unterbinden, sondern sie noch mehr herausfordern; er wird endlich die Wahlrechtsbewegung der preussischen Sozialdemokratie wirksam befruchten und die Schande der herrschenden Parteien erneut bloßstellen. Durch seine Entstehungsgeschichte ist der Gerichtsverhandlung das Brandmal eines politischen Prozesses bereits tausendfach auf die Stirn gebrannt. Der Urteilspruch der Erfurter Richter wird die Ausführung des Urteilspruches beschleunigen, den das preussische Proletariat über das Dreiklassenparlament längst gefällt hat!

Die russische Revolution.

Das Urteil gegen die Kronstädter Revolutionäre.
 Kronstadt, 30. September. Das Kriegsgericht hat heute über die wegen der Matrosenmeuterei angeklagten Personen das Urteil gefällt. Das ehemalige Mitglied der Reichsduma Dniptro wurde zum Verlust aller Rechte und zur Deportation verurteilt. Von den Matrosen wurden 19 zum Tode durch Erschießen, 12 zu Zwangsarbeit auf unbestimmte Dauer, 120 zu Zwangsarbeit von 4 bis 20 Jahren, 429 zur Einweisung in Arrestanstalten und Gefängnis verurteilt. Alle Verurteilten wurden aus dem Militärstande ausgestoßen. 129 Matrosen und drei Bauern wurden freigesprochen. Das Urteil bedarf noch der Bestätigung durch den Kommandanten der Stadt und Festung Kronstadt General Adlerberg.

Die revolutionären Organisationen in der Armee.
 In der „Kofarna“, dem Organ der Militärorganisation beim Petersburger Komitee der Russ. Soz.-Demokr. Partei werden in der Nummer vom 18. September folgende Grundsätze der revolutionären Organisation der Soldaten festgelegt: In jedem Truppenteil (Kompanie, Schwadron, Bataillon) sollen die aufgestellten Soldaten sich zu einer festen Gruppe zusammenschließen und den Rotenverband (Schwadron, Bataillon, Batterieverband) bilden. Die Mitglieder des Rotenverbandes sollen ihre Kameraden durch fortwährende Besprechungen, Verbreitung von Zeitungen, Flugblättern, Broschüren aufklären. Wenn der Augen-

blick der Tat da ist, dann soll der Rotenverband die ganze Kompanie zum Volke hinüberziehen. Der Rotenverband soll aus seiner Mitte drei bis acht Männer wählen, die das Rotenkomitee bilden werden. Das Rotenkomitee soll mit den anderen Truppenteilen und der revolutionären Militärorganisation in Verbindung treten. Im Falle eines Aufstandes wird es nötig sein, daß die Soldaten aus ihrer Mitte heraus Kompanie- und Rotenkomitee wählen; es ist zu erwarten, daß die Mitglieder des Rotenkomitees — also die einflussreichsten Männer der Kompanie — auch zu ihren Chefs gewählt werden. Die Verbindungen zwischen den verschiedenen Truppenteilen sollen beständig sein; zu diesem Zwecke sollen je ein Vertreter des Rotenkomitees ein und desselben Regiments (Bataillons, Rotenkomitee, Brigade) zusammenkreuzen und das Regimentskomitee (Bataillons-, Equipagen-, Brigadenkomitee) bilden. Die Mitglieder des Regimentskomitees sollen niemand außer den Rotenkomitees bekannt sein. Im Falle eines Aufstandes soll das Regimentskomitee die Führung übernehmen, den Aktionsplan ausarbeiten, vorher ausgereifene Soldaten zu Bataillons- und Regimentskomitees einsehen. Zwischen verschiedenen Regimentern sind ständige Verbindungen schwer aufrechtzuerhalten, oft ist dies sogar ganz unmöglich. Diese Verbindungen sind nun die geheime revolutionäre Militärorganisation beizubehalten; sie wird enge Fühlung mit allen Truppenteilen und auch mit den Arbeiter- und Bauernorganisationen halten, damit die Militärbewegung den revolutionären Handlungen des ganzen Volkes koordiniert wird.

Die Bauern.
 Warschau, den 30. September. (V. G.) In Litauen sind Bauernunruhen ausgebrochen. Zahlreiche Gutshöfe, darunter einer dem Grafen Krosinski gehörig, wurden eingekerkert. Aus Petersburg sind behufs Verstärkung des hiesigen Wachdienstes zahlreiche Polizisten hier eingetroffen.

Zum Schein.
 Warschau, 30. September. (V. G.) Ein Beamter des hiesigen Generalgouverneurs ist in Siedlitz eingetroffen und hat den Oberstadtmagistrat sowie die Vorstände der Judenvereine aufgefordert, daß sämtliche beim letzten Pogrom zu Schaden gekommene Juden ihnen ihre Beschwerden vorbringen sollen.
 Petersburg, 30. Sept. Der Obergouverneur von Siedlitz, Wejstow, wird verabschiedet werden.

Von Marx zu Bismarck.
 Peter Struve, der ehemalige Redakteur des ausländischen „Oswobodjenje“, der Ideologe der bürgerlichen Intelligenz, beweist durch seine allerneueste Leistung die Erbärmlichkeit des russischen Liberalismus. In den 90er Jahren, als die marxistischen Ideen in Russland auf größere Kreise zündend einzuwirken begannen, trat Peter Struve als „legaler Marxist“ in der Literatur auf. Im Jahre 1898 wurde der erste Kongress der russischen sozialdemokratischen Organisationen abgehalten; das von diesem Kongress herausgegebene Manifest war von P. Struve verfaßt worden! Als Bernsteins Ideen sich in Russland verbreiteten, wurde Struve Bernsteins Anhänger. Seit 1902 gab er bei Dieck in Stuttgart, nachher in Paris, das „Oswobodjenje“ heraus, das Organ des liberalen Konstitutionalismus. Mit der weiteren Entwicklung der russischen Bewegung entwickelte sich auch Struve allmählich zu einem Feinde der Sozialdemokratie. Am 20. Januar 1905, zwei Tage vor dem blutigen Sonntag, schrieb er: „In Russland gibt es kein revolutionäres Volk!“ In der Nummer des „Oswobodjenje“, die vor dem großen Oktoberstreik erschien, griff er die Streitkräfte der revolutionären Parteien während an. Nach dem Oktobermanifest nach Russland zurückgekehrt, setzte er seine Kraft zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ein; er wurde ein richtiger Sozialistenfeind. Seitdem ist er noch mehr nach rechts abgewandert. Das aber, was er sich jetzt eben geleistet hat, übertrifft alles Frühere.

Bekanntlich hat der Oktoberführer Gutschkow die Feldkriegsgerichte und das von Stolypin mit diesen zugleich geschaffene „liberale“ Programm verheißt. In den „Kuhlja Bedomoi“ vom 28. September hat nun Struve zu der Frage Stellung genommen. Gutschkow, so meint er, habe bloß auf Stolypin richtige Grundsätze falsch angewendet. Es sei sehr rühmlich, ein liberales Reformator zu sein, und sehr vernünftig, gegen die Gewalttaten der anarchoide Elemente zu kämpfen. „Das eiserne Gesetz der Staatsobermacht“, sagt Gutschkow, verlangt für Russland eine starke Regierungsgewalt. Ich bin mit ihm darin völlig einverstanden.“ Aber Gutschkow habe nicht bewiesen, daß Stolypin wirklich ein liberaler Reformator sei und daß er die Gewalttäter auf vernünftige Weise bekämpfe. „Stolypin ist ein unglücklicher Mensch.“ Er sei dem Einfluß dunkler Kräfte anheimgefallen. Die offizielle Presse habe gepredigt: die Regierung solle den Terroristen nachahmen. Und die Regierung ist zur Nachahmung des revolutionären Terrorismus herabgeunken.“ Eine starke Regierung solle Russlands Wiederaufrichtung auf der Grundlage des Rechts durchführen.

Als Muster eines starken Staatslenkers wird von Struve „der echte Staatsmann Bismarck“ hingestellt. Bismarck dulde keine unkontrollierbaren Einflüsse. „Eine starke Regierungsgewalt ist nach allen Seiten hin in der Verwirklichung der großen nationalen Aufgaben unumgänglich. In unserer kurzen konstitutionellen Geschichte haben wir eine starke Regierungsgewalt noch nicht kennen gelernt.“

Bei dem großen Ansehen, das Struve auch im Auslande genießt, verdienen diese Betrachtungen volle Aufmerksamkeit. Dieser frühere Marxist, dieser Verräter an der Arbeiterschaft, ist reif für eine volkstümliche Politik der „starken Hand“. Er wünscht für Russland einen neuen Bismarck! Wie können daraus erschen, was wir von den Liberalen zu erwarten haben, wenn sie zur Macht gelangen und nach ihren jetzigen schönen Phrasen zur Tat übergehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Oktober.
Gönner und Mäcker.
 Von keiner Sach- noch Personenkenntnis beschwert, arafelt die bürgerliche Presse über den Mannheimer Parteitag. Eine Probe ihrer Leistungen ist schon in unserem Leitartikel der

Sonntagsnummer aus der „Frankfurter Zeitung“ gegeben. Das demokratische Organ versichert, daß es nicht (wichtig) hieße es: nicht mehr) auf die Spaltung der Sozialdemokratie spekuliere; es wünsche vielmehr, daß die Sozialdemokratie stärker und anders (H) werde. Die Trauben der Spaltungs-spekulation sind eben sauer geworden. Dem mächtigen Eindruck der Einmütigkeit, den die Verhandlungen des Mannheimer roten Parlaments machen, kann sich auch die „Frankfurter Zeitung“ nicht entziehen. So wechselt sie die Rolle und tritt als Begleiterin der deutschen Sozialdemokratie auf. Eine Rolle, in der ihr sicherlich der sonstige Effekt nicht versagt bleibt.

Die gemeinen Wald- und Wiesen-Ordnungsblätter verstehen es natürlich weniger gut wie die geschickte Frankfurterin, sich in Würde mit den Mannheimer Eindrücken abzufinden.

Ihre Äußerungen sind indessen nichts anderes als Schimpfgeschläffe. Wir könnten sie wegen ihrer Belanglosigkeit völlig unbeachtet lassen, wenn wir unseren Genossen nicht den Genuß eines kräftigen Lachens über die verzerrten Gesichter gönnten, die die papiernen Ordnungsblätter zeigen. Sie bemühen sich krampfhaft, Mißachtung und das Vergnügen des Schandenspiels herauszufahren. Da ihre inneren Empfindungen aber dem durchaus nicht völlig entsprechen, so scheiden sie Grimassen wie schlechte Schauspieler. Ihrem Aerger über die neugefestigte Einigkeit der Arbeiterbewegung machen sie in häßlichen Wihen die Unterwerfung der Sozialdemokratie unter die Gewerkschaften Luft. So schrieb die „Nationalzeitung“ in der „gebildeten“ Wälderprache des höheren Adolfs:

„Man will nichts mehr hören, man will Ruhe haben, und was der Parteitag etwa noch beschließen wird, ist bedeutungslos gegenüber dem einen Ergebnis, daß die Partei Kotau gemacht hat vor den Gewerkschaften. Denn es ist nicht anders: laudabiliter so subiecit, er hat sich löblich unterworfen, August Bebel in eigener Person. Er hat seinen Frieden mit den Gewerkschaften gemacht und ihnen seinen Intimus Kantstü, den Propheten des orthodoxen Marxismus, als Opferlamm geschlachtet. Die Legion und von Elm, die Frohne und Bommelburg, die der „Vorwärts“ in seinen historisch-ökonomischen Blättern als eine Art von Halbblutigen behandelte, gehen als Sieger vom Mannheimer Tage, und schleppen Bebel, den Titanen von ehemals, als „gefesselten Prometheus“ davon. Was mit den Anarcho-sozialisten und Vollalisten zu geschehen habe, die sich die Gewerkschaftler ihrerseits als Versöhnungsbraten angeboten hatten, darüber wogte der Parteitag sich kaum mehr schlüssig zu werden. Ihre kunstgerechte Abschlagung wird die erste Tat der neuzeitlichen Vorstände von Partei und Gewerkschaften sein. Freilich ist zu vermuten, daß diese Opferlamm nicht so gottgegeben frische halten werden, wie der aus allen Himmeln gefallene Kantstü. Sie werden vermutlich das ihrige dazu tun, um alle Unzufriedenen mobil zu machen, und es ist nicht zu leugnen, daß ihnen der Parteitag mit seiner schwächlichen Haltung wirksamere Waffen in die Hände gegeben hat, als sie je zuvor besaßen.“

Dieselbe Note von der Unterwerfung der Partei unter die Gewerkschaften hat auch die „Nordd. Allgem. Ztg.“ in ihrer Katzenmusik, die sie unserem Parteitag veranstaftet. Das Organ des Kanzlers hat eine Symphonie norddeutscher Gemeinheiten komponiert, aus der wir folgende Passagen wiedergeben wollen:

„Die Heuchelei und Schauspielerlei hat auf dem Mannheimer Parteitage der Sozialdemokratie Triumphe gefeiert wie nie zuvor. Ein abgetarntes Spiel, bei dem die Rollen vorher sorgfältig verteilt waren, hat der Parteitag wenig Ueberraschungen, wenig improvisierte Zwischenfälle, alles ging wie am Schnürchen, und es war höchst bezeichnend für die Gesamtheit dieses angeblichen Parteienspiels, daß dem Einziger einmal höchst ungeduldig wurde, als er sich vor Zurückziehung seines Antrages noch einmal zu dem bitteren Bemerkungen das Wort ergreifen wollte, und den Redner an die ausdrückliche Abmachung erinnerte, daß er seinen Antrag ohne weitere Begründung zurückziehen werde. Die Vorgänge vor den Kulissen, die dem ungeweihten Auge des Exoterikers preisgegeben wurden, stellten eine Art von Nährboden vor: Verhöhnung der Leitung der politischen Partei mit den Gewerkschaften. „In den Armen lagen sich beide und weinten vor Schmerzen und Freude.“ Dramatischer mag es hinter den Kulissen hergegangen sein, denn hier sah sich der Vorgang anders an und hieß: Sieg der Gewerkschaften über den Parteivorstand in der Rajenstreitfrage — und damit wohl überhaupt — auf der ganzen Linie.“

Jedenfalls hat sich der Parteitag bei Behandlung der „Vorwärts“-Frage vom Standpunkt der Parteinteressen musterhaft, nämlich wie ein heuchlerisches Nonventikel benommen, er hat die Wahrheit erst gemeldet und dann mit Fäßen getreten. Obwohl die Braunsche Ethique so recht hatte, ist sie einfach niedergestimmt worden, weil der Parteitag das allerdings bei ihm begriffliche Gefühl hatte, daß man solche Keger und Peger nicht aufkommen lassen dürfe, die bei dem Vunde zur Unterdrückung der Wahrheit und zur Förderung konventioneller Lügen das nötige Solidaritätsgefühl vermissen lassen. Der Mut, ihre schmutzige Wäsche vor der Öffentlichkeit zu waschen, mit dem sich die Sozialdemokratie brüstete, hat sich bald gelegt; man begnügt sich jetzt mit einer Scheinwäsche, indem man einfach die schmutzige Wäsche für rein erklärt und sie sich wieder auf den Leib zieht.“

Genau das Gegenteil wie die beiden Vorgängerinnen sagt die ehrenwerte „Germania“. Ihr erscheint es im Interesse der christlichen Gewerkschaften besser, die Sozialdemokratie über die Gewerkschaften fliegen zu lassen und was sie braucht, das hat sie auch alsbald. So kam sie denn den Gläubigen verflünden:

„Gerade darin beruht unser Erachtens die besondere Bedeutung des Parteitages von Mannheim, daß die „freien“ sozialdemokratischen Gewerkschaften, die wegen ihres Kölner Beschlusses vom Parteitage in Jena desavouiert wurden, sich in Mannheim mit der dekretierten „Uebereinstimmung“ der Beschlüsse von Köln und Jena zufrieden gaben, während sie im übrigen sich die Schlinge der politischen Sozialdemokratie über den Kopf werfen ließen. Nicht nur für die eigene Person, denn die Führer der sogenannten freien Gewerkschaften sind ja persönlich auch in politischer Beziehung Sozialdemokraten, sondern auch für die Gewerkschaftsmitglieder ist hier von einer politischen Vertretung der Sozialdemokratie die politische Zwangscoalition für alle Gewerkschaftsmitglieder statuiert worden.“

Kotau der Partei vor den Gewerkschaften, rufen „Nationalzeitung“ und „Nordd. Allgemeine“. Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Partei schreibt die „Germania“. Wies trifft.

In der „B. Z. am Mittag“ hat Herr v. Gerlach den Parteitag zensiert. Einer von den Gönnern. Aber im Gegensatz zur „Frankfurter Zeitung“ vermag er die alte Taktik des Auseinanderlobens noch nicht aufzugeben, die er jahrelang mit Eifer und ohne Erfolg geübt hat. Diesmal will er Bebel und die Berliner Genossen auseinanderloben. Das Lob wird Bebel gezollt. Und so resümiert sich der Artikel also:

„Summa Summarum: Die große Redheit der Berliner war immer auf der anderen Seite als Bebel zu finden. Unnötig zu sagen, daß die Vermunft regelmäßig auf Seite Bebel war.“

Unnötig zu sagen, daß dieser erneute Versuch des Auseinanderlobens ebenso erfolglos sein wird, wie seine unzähligen Vorgänger. Aus der Kritik der Gegner soll man lernen. Aber die Kritik der Gegner muß auch danach sein. Wir

wären schlium daran, wenn wir des Kompasses solcher „Artikl“ bedürftin.

Biel anständiger und einsichtiger als die deutsche Ordnungs- und linksliberale Presse äußert sich die englische Presse. Aus London wird uns von unserem Korrespondenten über die Stellung der dortigen Blätter zum Mannheimer Parteitag geschrieben:

Die sozialdemokratischen Verhandlungen in Mannheim ertöckten hier allgemeines Interesse. Die Berichte sind in der Regel sachlich und vermeiden das Sensationelle. Eine Ausnahme bildet der Korrespondent der „Daily Chronicle“, der im Stile eines gelben Journalisten und parteiisch berichtet. Von der Dienstag-Debatte über den parlamentarischen Bericht und über den „Vorwärts“ gab er nur das Sensationelle der „Vorwärts“-Episode wieder. In einer Depesche von 50 Zeilen, die von Schimpfsworten wimmelt, beschreibt er die Partei als unfähig, unreif und zerklüftet. Nicht genug damit, läßt er auch, indem er dem englischen Publikum erzählt, daß „vulgäre Ränkereien in den letzten Jahren diese Versammlungen charakterisiert haben.“ Die Redaktion des liberal-imperialistischen Organs war selbstredend hocherfreut über diese Depesche und gab ihr einen ehrenvollen Platz, während die Depesche in der heutigen Nummer, die sich mit der Debatte über den Generalstreik beschäftigt, in eine dunkle Ecke gesteckt wurde. Sie war offenbar nicht sensationell genug. Inbes, dieses Blatt, das zum einfachen Infertionsorgan herabgesunken ist, bildet eine Ausnahme.

Die „Daily News“ sagt über die Generalstreikdebatte: „Bebels Ansichten über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Generalstreik werden wahrscheinlich von beiden Richtungen der Partei angenommen werden. Ein Generalstreik kann nur erfolgreich sein, wenn er die Zustimmung, ja den Enthusiasmus des Volkes hinter sich hat. Es ist wahr, was der sozialistische Führer sagte, daß Deutschland vieles von dem bereits hat, wofür noch in England gekämpft wird; aber es ist auch wahr, daß in Deutschland noch vieles von dem fehlt, was die Demokratie Englands bereits besitzt. Inbes trotz aller reaktionären Kräfte ist Deutschland einer intelligenten, demokratischen Regierung näher als irgend ein anderes Land Europas.“

Das Zentrum und das Kolonialstaatssekretariat.

Die Zentrumskolonialkommission des Reichstages hat bekanntlich gegen die Umwandlung des Kolonialamtes in ein selbständiges Staatssekretariat gestimmt. Wie so oft, scheint sich jedoch auch diesmal wieder in der parlamentarischen Zeit ihre Ansicht über die Nützlichkeit der von der Regierung verlangten Verfestigung des Kolonialamtes geändert zu haben. Verdächtig ist wenigstens, wie wohlwollend seit einiger Zeit die Zentrumspresse, und zwar selbst jener Teil, der bisher Herrn Erzberger bei seinen Angriffen gegen die offizielle Kolonialpolitik unterstützte, über Erzbergers Derbursch-Sanierungs-Tätigkeit im Kolonialamt berichtet. Allem Anschein nach sucht man das liebe Respublikum auf den Umfall vorzubereiten. Auch die „Köln. Volksztg.“ befolgt diese Methode. Nachdem sie schon in den letzten Wochen allerlei Nüchliches über die Reorganisation des Kolonialamtes zu melden wußte, heißt es in der Sonntagsnummer wieder:

„Der neue Chef der Kolonialverwaltung, so wird von kolonialpolitischer Seite geschrieben, hat in der kurzen Zeit seiner Amtstätigkeit bereits gewisse organisatorische Talente und Orientierungsvermögen gegeben. Er hat sich überraschend schnell eingearbeitet und bereits jetzt wesentliche Änderungen des Geschäftsganges herbeigeführt, die als Vereinfachung des Betriebes zu bezeichnen sind. Die wichtigsten Angelegenheiten findet eine eingehende Einzel- bzw. Plenarberatung statt, in welcher gemeinsam unter dem Präsidium des Kolonialdirektors Beschluß gefaßt wird. Der neue Kolonialchef kontrolliert persönlich alles und sorgt dafür, daß seine Anordnungen strikte durchgeführt werden. Mit einer Reform in mehr äußerlichen Dingen ist allerdings unseren Kolonien nicht viel geholfen. Hoffen wir daher, daß Herr Dernburg sich zum Besten unserer Kolonien auch in großen Dingen so gut bewährt.“

Vielleicht wird das Blatt noch bis zum Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen erwidern, daß durch Dernburgs Amtsantritt sich die Situation völlig geändert hat, und jetzt die erforderlichen Garantien dafür gegeben sind, daß künftig Kolonialskandale nicht mehr vorkommen. —

Deutsches Reich.

Kasernenfreuden.

Von Ende Juni bis Ende September 1900 wurde die gerichtliche Verurteilung von 25 Soldatenmishändlern bekannt, wobei zu bedenken ist, daß die Militärjustiz während der Herbstferien übungslos, also von Mitte August bis Ende September, so ziemlich stillsteht. An Strafen wurden ausgesprochen: 2 Jahre 6 Monate 14 Tage Gefängnis, 5 Monate 1 Tag mittlerer Arrest, 1 Monat 4 Tage gelinder Arrest, 21 Tage Stubenarrest, 3 Degradationen.

Auf Preußen treffen 2 Jahre 2 Monate Gefängnis, 4 Monate 6 Tage mittlerer Arrest, 5 Tage gelinder Arrest, 21 Tage Stubenarrest, 3 Degradationen (13 Soldatenmishändler, darunter 1 Offizier und 3 ältere Mannschaften); auf Bayern 20 Tage mittlerer Arrest, 15 Tage gelinder Arrest (4 Vorgesetzte); auf Sachsen 4 Monate 14 Tage Gefängnis, 5 Tage mittlerer Arrest, 14 Tage gelinder Arrest (3 Vorgesetzte und 5 ältere Mannschaften).

Der bestrafte Offizier ist der Hauptmann Richard Erdmann vom preussischen Infanterieregiment Nr. 75. Ueber die Taten dieses Herrn berichten wir an anderer Stelle der heutigen Nummer ausführlicher. Der Herr Hauptmann hatte Glück in der zweiten Instanz. Während er nach dem ersten Urteil mit 21 Tagen Stubenarrest bestraft wurde, erhielt er vor dem Oberkriegsgericht die schwere Strafe von 8 Tagen Stubenarrest.

Welche Urteile das Militärstrafgesetzbuch möglich macht, hat auch dieses Vierteljahr mehrfach bewiesen. Nur ein Beispiel davon. Der Sergeant Bernhard Beh vom 3. bayerischen Infanterieregiment beschimpfte einen Soldaten nicht nur in gemeiner Weise, sondern drangalierte ihn auch derart, daß der Mann Stechen in der Lunge und starkes Herzklappen bekam. Diese Schmerzen feuerten den Unteroffizier zu neuen Qualereien an. „Den jage ich herum, bis er hin ist“, rief er und ließ den Mann einen schweren Wasserbehälter vierzigmal treppauf und treppab tragen, bis der Rißhandel am Zusammenbrechen war. Der Unteroffizier erhielt ganze 5 Tage gelinden Arrest. Dagegen wurde in Regensburg ein Soldat zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er einem Unteroffizier, der ihn geärgert hatte, einen Wasserkrug nachwarf und ihn beschimpfte.

Wie solche Urteile wirken, ist klar. —

Herr Stoeder auf der Geldsack.

Herr Hofprediger a. D. Adolf Stoeder erklärt in der Staats-Ztg. und deren Zwillingsschwester „Das Reich“ folgenden, in seiner Eigenart direkt zum Spott herausfordernden fulminanten Ausruf:

60 000 Mark!

Diese Summe wage ich, von Freunden und Gönnern, welche die Größe der sozialen Gefahr kennen, zu erbitten. Ich bedarf ihrer in einer Sache, die gegenwärtig allen andern vorangeht. Besonders denke ich an reiche kinderlose Leute, für die es ein geringes ist, 60 000 M. zusammenzubringen. Später wird über die Verwendung Mitteilung gemacht werden; ich ist das noch unmöglich.

Die Lage der sozialen Welt ist bedrohlich genug. Sängers als Vorkämpfer des roten Parteitages verheißt keine Genossen der bewundernden Sympathie für die mit Nord und Süd, Brand und Raub besudelte russische Revolution. — Trotzdem ist das deutsche Bürgertum, wenigstens ein Teil der Vordrucker-Arbeiter, bereit, sich dem sozialdemokratischen Vordruckerverband anzuschließen und sozialen Selbstmord zu begehen. Dies geschieht, obwohl die sozialdemokratische Bewegung zurückgeht und die christliche Arbeiterklasse wächst. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung kann siegen, wenn sie klar und kraftvoll fortgeschritten.

So steht es im deutschen Vaterlande aus. In diesem Zusammenhang erbitte ich die 60 000 M. Manche Freunde haben ebenso wie ich selbst große Opfer gebracht. Aber wir vermögen nicht alles allein zu tragen. Darum rufen wir freigeübige, edle Männer und Frauen zu Hilfe. Eile ist not; aber wenn sie geübt wird, ist die Gefahr nicht unbeflegbar. In dem aller überwunden wir weit um deswillen, der uns geliebt hat. Im voraus dankend Berlin SW., Königgräberstr. 46b.

Adolf Stoeder,
Mitglied des Reichstags.

Es ist verdächtig, daß Herr Stoeder über den Zweck, dem die 60 000 M. dienen sollen, erst dann Mitteilung machen will, wenn er diese schöne Summe beisammen hat. Sollte es sich vielleicht darum handeln, dem deutschen Volke zur Abwehr der ihm drohenden „sozialen Gefahr“ das siamesische Zeitungswillingspaar „Staats-Ztg.“ und „Reich“ zu erhalten? Fast scheint es so, denn um seinem Abdomentenschwund entgegenzuwirken, bietet neuerdings „Das Reich“ sogar Atlanten, Kochbücher, Kunststücke, Bilderbücher als Prämien zum Kauf an. Vielleicht finden sich doch unter den von Herrn Stoeder angerufenen einige mildtätige Menschen mit kindlichem Herzen und geringem Verstande, die ihm selbst zu diesem heiligen Zweck Mittel zur Verfügung stellen. —

Im Militärmusik.

Als Weihnachtsbescherung ist dem deutschen Volk eine neue Militärvorlage zugebracht. Die „Germania“ meldet:

Eine neue Militärvorlage mit nicht unbedeutenden Mehrforderungen wird, wie wir vernehmen, dem Reichstage in den nächsten Monaten zugehen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um eine z. B. um erhebliche Vermehrung der Genietruppen zur ausgiebigeren Verwendung des Telegraphen- und Telephonendienstes sowie um eine systematische und ausgedehnte Verwendung des Automobils im Pöredienste. Daneben dürfte, nach den Erfahrungen der letzten Wälder zu schließen, auch eine nicht unerhebliche Verstärkung der schweren Feldartillerie gefordert werden. —

Nürnbergiger Krawallprozesse.

Vor dem Schwurgericht Nürnberg wird demnächst der erste größere der Prozesse, die aus den Ereignissen im August hervorgegangen sind, sich abspielen. In diesem Falle handelt es sich um die Affäre vor den Krawallen am 17. August, bei der der Streikführer Fleischmann von dem Streikbrecher Thiel erschossen wurde. Dieser Vorfall wurde von der bürgerlichen Presse als ein trasses Beispiel des „sozialdemokratischen Terrorismus“ geschildert. Die Streikenden sollten die mehr als hundert zählende Truppe der Streikbrecher überfallen und so schwer bedroht haben, daß die Krawalle ein „Alt gerechter Notwehr“ war. Ganze fünf Mann hat man zusammengebracht, die solchen Ueberrast ausgeführt haben sollen und nun deshalb vor das Schwurgericht verwiesen sind. Sie werden gegen Ende der zurzeit laufenden Session abgeurteilt werden. Es sind der Eisendreher Braun und die Schlofer Bohlleben, Seitengruber, Obörfer und Müller.

Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung. In der Verhandlung wird ein mächtiger Zeugenapparat aufgebaut werden; der Staatsanwalt allein will, wie es heißt, circa ein halbes Duzend Zeugen aufmarschieren. Unter den Zeugen soll sich auch der Streikführer und Revolverheld Thiel befinden.

Gegen die aus Ankl. der Polizeischlacht, die sich acht Tage später abspielte, Angeklagten schwebt die Untersuchung noch. Man hat anderseits noch nicht eine genügende Menge Landfriedensbrecher beisammen, obwohl die Polizei damals alles, was ihr in die Finger kam, verhaftete. Die meisten Verhafteten mußten jedoch alsbald wieder freigelassen werden, weil ihnen nichts anderes zur Last gelegt werden konnte als daß sie nicht flink genug gewesen waren. Da man sie aber einmal hatte, wurden sie den Schöffengerichten überwiefen, die ihnen in Ermangelung eines anderen Reates wegen Zusammenrottung den Prozeß machten und eine ganze Anzahl der Sünder zu geringen Geldstrafen verurteilten. —

Das Zentrum und die Arbeiter.

Die katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln haben auf ihrem zwölften Delegiertentage folgende Resolution beschlossen:

„Der Delegiertentag hält eine der Bedeutung des Arbeiterstandes entsprechende Vertretung in den Parlamenten (Reichstag, Landtag, Gemeindefolgeium) sowie in den Parteiorganisationen für unbedingt erforderlich und bedauert, daß den diesbezüglichen berechtigten Wünschen der Arbeiter seitens der örtlichen Parteiververtretungen an manchen Orten trotz wiederholter Aufforderung seitens des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei nicht Rechnung getragen wurde.“

Nur „an manchen Orten“ ist also der Aufforderung nicht Rechnung getragen. Wir möchten gerne wissen, an welchen Orten man denn schon den „diesbezüglichen berechtigten Wünschen“ der katholischen Arbeiter gerecht geworden ist. Man nenne nur einen einzigen Ort, wo die Arbeiter angemessen vertreten sind. In den meisten Gemeindevertretungen doch überhaupt nicht, und wo es der Fall ist, hat man in dreißig bis vierzigköpfigen Gemeindeförpers den Arbeitern einen ganzen Sitz als Brocken und Äcker hingeworfen. Im Reichstag aber sitzt bei hundert Grafen, Grundbesitzern, Advokaten, Juristen, Fabrikanten, Kaufleuten usw. allein Herr Giesberts und im Landtag allein Herr Brust als Angehörige der Arbeiterklasse. —

Landtagswahlwahl. Der Redakteur der „Kreuzztg.“, Prof. Jzmer, ist als Hülfsarbeiter in das Kultusministerium berufen worden. Es muß demnach im Landtagswahlkreis Oberbarnim-Niederbarnim eine Ersatzwahl stattfinden. Bei der letzten Wahl erhielt Jzmer 680 Stimmen, während auf den Kandidaten der freien Volkspartei Müller-Schöneberg 330 und auf den Generals Drans 327 Stimmen fielen, also, da außerdem noch 8 gesplittete Stimmen abgegeben wurden, nur 7 Stimmen über die absolute Mehrheit. Demnach kann durchaus nicht als ausgeschlossen gelten, daß die konservative Partei den Sitz verliert. —

Wegen 11 000 Mark! — vier Monate Gefängnis.

Gottes Wege sind wunderbar, aber noch wunderbarer sind die Wege, auf denen unsere Justiz wandelt. In dem Urteil der Düsseldorf-Strassammer, wonach ein Handwerksbursche wegen Entwendung einer Wuturwurst zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, haben wir heute ein interessantes Gegenstück zu registrieren. Vor der Strassammer des Landtagswahlkreises Saarbrücken erliefen der Geschäftsführer Umkehr und Umkehr, der beauftragt war, die Summe von 10—12 000 M. zusammenzubringen, die nicht ermittelt werden — unterfalschen zu lassen. Der Angeklagte, der in vollem Umfange gefänglich wegzuging als Geschäftsführer einer Kaufirma und hatte die genannte Summe

Führung und das Kasernenleben unter sich. Au die Verurteilungen, die er nach und nach machte, zu verschleiern, machte er falsche Eintragungen in die Geschäftsbücher. Die veruntreute Summe bewährte er, um Schulden, die er in seiner Studienzeit machte, zu bezahlen. Er erzählte eine wahre Leidensgeschichte, wie schwer es ihm geworden sei, seine Studienjahre zu vollenden und wie er zuerst an der Fahrbahn mit 60 Mark Monatsgehalt engagiert gewesen sei. In seiner letzten Stelle bezog er monatlich 400 Mark Gehalt; nach einem von seinem Verteidiger aufgestellten Budget hätte er aber, um seinen gesellschaftlichen Verpflichtungen nachkommen zu können, mindestens 550 Mark im Monat verdienen müssen. Alle diese Umstände zog das Gericht als strafmildernd in Betracht und verurteilte den Angeklagten unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft zu vier Monaten Gefängnis. Wir sind wohl die letzten, die dem Verurteilten die überaus milde Beurteilung mit Wohlwollen wollen. Hätte aber das Landgericht Soarbrücken die Düsseldorfser Tage zugrunde gelegt, so hätte der Angeklagte — die Blutkurst zu 10 Pf. tagiert — zu 110 000 Jahren verurteilt werden müssen. Tags vorher wurde von der gleichen Strafkammer eine Frau aus Wiesbaden wegen Diebstahls eines Sackes Kohlen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und seinerzeit haben wir an dieser Stelle berichtet, daß eine arme Witwe, die sich weggeworfene Kohlenstücke von der Schlackenhalde einer Grube zusammensuchte, ebenfalls zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. In diesen Fällen, wo Not allein die Triebfeder war, hat das Gericht keine Milderungsgründe gefunden. Die Wege unserer Justiz sind tumberbar!

Konserbative Weisheit.

Eine sehr genaue Kenntnis der sozialdemokratischen Parteiverhältnisse befundet wieder mal die vom Bureau des Hauptvereins der Deutschen Konservativen herausgegebene „Konserv. Korresp.“, indem sie schreibt:

„Die sozialdemokratische Kriegsschule hat am 17. September ihren ersten Kursus abgeschlossen. Dieses Institut ist bekanntlich zu dem Zwecke errichtet worden, den besonders an Intelligenz hervorragenden Arbeitern und Parteifunktionären eine „höhere“ Bildung zu geben, weil ihnen eine solche doch von der herrschenden Klasse angeblich vorenthalten wird. Der erste Kriegsschulkursus umfaßte elf Punkte, von denen namentlich Punkt zwei: „Die gegnerischen Gewerkschaften“ (Vortragender Paul Umbreit mit acht Vorträgen und vier Diskussionsstunden), sowie Punkt zehn: „Gewerkschaftliche Literatur“ (Vortragender Joh. Sassenbach, vier Vorträge und zwei Diskussionsstunden) besonders eingehendes Studium fanden.“

Hätte die „Konserv. Korresp.“ statt über die „Kriegsschule“ zu räsonnieren sich die vom Parteivorstand im „Vorwärts“ veröffentlichten Mitteilungen über Lehrplan und Einrichtung der neuen Parteischule angesehen, so hätte sie nicht einer so komischen Verwechslung zum Opfer fallen können; aber statt sich zu informieren, schmähen die neumantelweisen Herren in ihrem albernen Dünkel einfach darauf los.

Ob sie es wagen werden?

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Genosse Webel sprach auf dem Mannheimer Parteitag die Vermutung aus, daß die deutschen sozialdemokratischen Führer im Kriegsfall in sicheren Gewahrsam gebracht würden. Wir glauben, daß die Herrschaften am Ruder sich so etwas sehr überlegen werden. Wird mobilisiert, so spielt die aktive Armee, auf die die hohe Obrigkeit sich im Frieden so ausgiebig verläßt, im Heere nur eine geringe Rolle. Sie beträgt, ein mobilisiertes Heer von 3 Millionen Köpfen angenommen, nicht ganz 1/2 der Gesamtmacht. Die übrigen 1/2 setzen sich aus Reservisten und Landwehrlenten zusammen. Von diesen Reservisten und Landwehrlenten sind mindestens 1 Million Sozialdemokraten. Dazu kommt, daß die Militärverwaltung die Sozialdemokraten im Kriege nicht auf die Regimenter „verteilen“ kann, wie sie es gewöhnlich möchte. Die Reservisten und Landwehrlenten müssen vielmehr im Interesse einer schnellen Mobilisierung sozusagen landstrichweise den Truppen zugewiesen werden. Auf diese Weise werden im Kriege nicht nur Regimenter, sondern ganze Brigaden und Divisionen in der Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehen. Nun stelle man sich vor, wie auf diese Genossen die Kunde, daß Webel, Singer, Kautsky usw. verhaftet worden seien, wirken würde! Daß man sich angeichts des Feindes solche Provokationen erlauben würde, trauen wir nicht einmal dem Donnerwetterkurs zu. Und wenn er es in seiner Verblendung dennoch wagen sollte, so könnte er, wenn er im Kriege nur einiges Mißgeschick hat, vielleicht sehr unliebsam überrascht werden.

Ein verkrachter „Patriot“.

Vor der Strafkammer in Köln fand dieser Tage der Kaufmann Josef Eischeid, Hauptmann d. L. a. D. und Inhaber einer Reihe von Orden und Ehrenzeichen, einer der Hauptmacher des Kriegervereinswesens in Westdeutschland. Die Anklage lautete auf Kontrahierungsvergehen, daß der Beschuldigte als Inhaber der Wein- und Branntweinhandlung A. Deu u. Co. begangen hat. Kurz vor Ausbruch des Kontrahierungsvertrages übertrug er das Geschäft seinem Sohne. Die Widerbehalten sich in einem vom kaufmännischen Standpunkt unerwünschten Zustande. Die Unterbilanz betrug 332 000 M., bei nur 63 000 M. Aktiven. Die Gläubiger erhalten nur sechs Prozent. In seiner Verteidigungsrede führte der Rechtsbeistand des Angeklagten aus: Eischeid habe sein Vermögen dadurch ruiniert, daß er in der Kriegervereinsbewegung eine führende Rolle gespielt habe. Diese Tätigkeit hätte sehr viel Geld und Zeit gekostet; und wenn auch dem Angeklagten manches anerkennende Wort aus allerhöchstem Munde und viele Ehrenbezeugungen zuteil geworden seien, so seien doch diese mit der völligen Verwüstung des Vermögens erkaufte worden.

Das Gericht erkannte nur auf 1000 M. Geldstrafe mit der Begründung: Der Angeklagte habe leichtfertig und entschieden gegen Treu und Glauben gehandelt; auf der anderen Seite lägen aber in der bisherigen Straflosigkeit, dem Alter und der Persönlichkeit (1) des Angeklagten strafmildernde Umstände.

Ein mildes Oberkriegsgericht.

Großes Aufsehen erregten seinerzeit, wie im Juli d. J. mitgeteilt, die Vorgänge bei der 9. Kompagnie des 75. Infanterie-Regiments in Stade. Ein Musketier Schulz war im Stadigraben ertränkt aufgefunden worden und es tauchten Gerüchte auf, der Soldat habe freiwillig seinem Leben ein Ende gemacht, um weiteren Drangsalierungen durch seinen Kompagniechef, Hauptmann Lohmann, zu entgehen. Für diese Annahme haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dagegen wurde Hauptmann L. wegen Mißhandlung resp. vorchriftswidriger Behandlung von Untergebenen und Unterlassung der ordnungsmäßigen Führung des sogenannten Beschäftigungsbuches angeklagt, während der Feldwebel Bornemann sich der falschen Führung des betreffenden Buches und der vorchriftswidrigen Behandlung von Untergebenen schuldig gemacht haben soll. Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich das Kriegsgericht der 17. Division in mehrtägiger Verhandlung, die, abgesehen von den Plaidoyers, öffentlich geführt wurde, weil der Hauptmann L. darum ersuchte, indem er erklärte, vollständig lortell gehandelt zu haben. Wie in der Verhandlung bekannt wurde, ist der Hauptmann wiederholt mit gezogenem Säbel in die Reihen der Kompagnie geritten und hat mit dem gefährlichen Ding herumgeschrien, wobei nach seiner Darstellung zufällig Soldaten damit in Berührung kamen. Außerdem gebrauchte der Herr allerlei Hosenamen und schließlich hat er die Soldaten außer der Dienstzeit hochgenommen, ohne diesen „Dienst“ in das Beschäftigungsbuch einzutragen. Zu dem mitangeklagten Feldwebel soll er gesagt haben, es sei nicht nötig, diese

Dinge einzutragen. Der Hauptmann will nur energisch gehandelt haben, weil sein Oberst erklärt habe, er müsse scharf zuschlagen, wenn er die Kompagnie, die er erst vor kurzem übernommen, auf die Höhe bringen wolle. Er sei ein großer Freund von Soldatenmißhandlungen und habe sie stets befähigt; als er die Kompagnie übernahm, seien ihm die vielen Soldatenmißhandlungen durch die Unteroffiziere und den Feldwebel aufgefallen. Er sei mit aller Energie dagegen vorgegangen.

Ganz anders lauteten die Aussagen der Soldaten, die den Hauptmann als überkräftig bezeichneten und behaupteten, der Kompagniechef habe sie wegen ihrer Ausdauer in der Voruntersuchung besonders vorgenommen. Die Verhandlung endete mit der Freisprechung des Feldwebels und mit der Verurteilung des Hauptmanns wegen Ungehorsam gegen einen Dienstbefehl, wegen Mißhandlung eines Untergebenen unter Mißbrauch der Waffe in einem Falle und wegen vorchriftswidriger Behandlung von Untergebenen im Dienst und zum Teil mit der Waffe in zwei Fällen zu drei Wochen Stubenarrest. Als strafmildernd kamen der Dienstzeit und die Erregung des Angeklagten über die schlechte Beschaffenheit der Kompagnie in Betracht. Zwischen dem Selbstmord des Musketiers Sch. und dem Vorgehen des Hauptmanns sei kein Zusammenhang erwiesen. Gegen dieses Urteil ist vom Gerichtsherrn — es sollen drei Monate Festungshaft beantragt gewesen sein — wie vom Angeklagten Verurteilung eingelegt worden, die in dreitägiger Sitzung vor dem Kriegsgericht des 9. Armee-korps (Altona) zur Verhandlung kam. Entgegen dem Antrage des Hauptmanns wurde für die ganze Dauer der Verhandlung wegen angeblicher Gefährdung militärischer Interessen die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Unter Aufhebung des Urteils der ersten Instanz wurde der Hauptmann nur wegen vorchriftswidriger Behandlung von Untergebenen zu acht Tagen Erholungsurlaub — pardon! — Stubenarrest verurteilt. Der Hauptmann berief sich bei dem Urteil. Demnach muß also der Säbel des Herrn Hauptmann in den in Rede stehenden Fällen ausgereißt und zufällig mit Untergebenen in mehr oder minder schwerer Berührung gekommen sein.

Gefallen für das „größere Deutschland“. Ein amtliches Telegramm aus Windhut meldet: Am 22. September d. J. auf Patrouille bei Undermaijte gefallen: Reiter August Hirth, geboren am 21. Oktober 1884 zu Michelbach, Herzogtum. Schwer verwundet: Reiter Arthur Burghardt, geboren am 18. Mai 1878 zu Woblowitz, Ankerschütz linken Oberschenkel, rechten Oberarm, Streifschuß linken Ober- und Unterarm, am 22. September d. J. in Durdorf gestorben. Gefreiter Oskar Oesterreich, geboren am 30. Mai 1883 zu Ermshausen a. S., Schuß am Unterleib, Ankerschütz rechten Unterarm, Fleischschuß linken Oberschenkel. Außerdem Gefreiter Gustav Wehr, geboren am 14. Dezember 1882 zu Rademitz, am 15. September d. J. von Patrouille nördlich Ofana abgekommen; Nachforschungen bis jetzt erfolglos.

Ausland.

Frankreich.

Direkte Aktion.

„B. L. D.“ berichtet: Paris, 30. September. Ein heute abend zu Ehren der zum Militärdienst Einberufenen von der republikanischen Jugend des dritten Arrondissements und der französischen Unterrichtsliga im Trocadero gegebenes Fest wurde durch den Eintritt einer Schaar von Anarchisten unter Führung von Gustave Hervé gestört, die von einer Militärkapelle ausgeführten Vorträge der Marie-Anne mit fortwährendem Rufen begleiteten. Zwischen der herbeigerufenen Polizei und den Anarchisten kam es zu einem heftigen Zusammenstoß. Schließlich wurden Hervé und seine Begleiter verhaftet.

Paris, 1. Oktober. Nach Schluß der gestrigen Versammlung im Trocadero wurden die Kundgebungen noch auf der Straße fortgesetzt; die Polizei trieb die angesammelten Menschenmassen auseinander. Alle Personen, die verhaftet worden waren, wurden im Laufe der Nacht wieder freigelassen.

Spanien.

Gegen den Anarchismus vorzugehen, das soll die erste Aufgabe sein, die dem Parlament (den Cortes) für die Zeit kurz nach Eröffnung der neuen Session im Oktober zugebracht ist. Die zum Zwecke der Unterdrückung des Anarchismus entworfene Gesetzes-Novelle stammt aus der Feder des „demokratischen“ Justizministers. Immer derselbe Fehler! Anstatt den Ursachen zu Weibe zu geben, macht's die blinde spanische Monarchie genau so wie die Anarchisten: sie kämpft gegen die Wirkungen!

Bom Kleinkrieg gegen die Kirche. Die Majorität des Gemeinderates von Bilbao, der aus 10 Sozialisten, 13 Republikanern, 18 Reaktionen und 1 Liberalen besteht, hat letzter Tage einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der dahin lautet: die Kläre, die bei großen katholischen Festen auf den Straßen der Stadt errichtet werden, mit einer Steuer zu belegen! Die Annahme des Antrages erfolgte, da die Republikaner sich ausnahmsweise einmal auf die Seite der Sozialisten schlugen. Die Klären schäumen vor Wut!

England.

England und Rußland.

London, 27. September. Der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt seinem Blatte, daß der Ausgleich zwischen England und Rußland bedeutende Fortschritte gemacht hat und die Hauptschwierigkeiten überwunden sind.

Die Reibungsflächen der beiden Mächte lagen beinahe ausschließlich in Asien: in der Wandschürei, im Norden der indischen Grenze, in Persien und in der Türkei. Die Schwierigkeiten in der Wandschürei beseitigte das japanische Schwert. In bezug auf Tibet kamen die beiden Mächte überein, sich diesem Lande fernzuhalten. England verzichtete auf die Vorteile, die es durch die letzte Expedition errungen hat, während der Jar jeden Verkehr mit dem Dalai Lama abbrach. In Persien soll der Norden als die russische Einflußsphäre betrachtet werden, der Süden (der persische Meerbusen) als die englische. Unerledigt ist noch die orientalische Frage (die Türkei). Der Korrespondent fügt hinzu, daß Rußland die englische Zustimmung zur Öffnung der Dardanellen erhalten werde.

Holland.

Auf unbestimmte Zeit —

Haag, 1. Oktober. Wie verlautet, ist die zweite Haager Friedenskonferenz, die im nächsten Frühjahr stattfinden sollte, mit Rücksicht auf die politische Lage in Rußland auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Dänemark.

Die Thronrede, mit der die neue Session des Reichstags gestern (Montag) eröffnet wurde, kündigt verschiedene Gesetzesentwürfe an, darunter solche betreffend die Kommunalwahlen, die Zollabgaben, die Verantwortlichkeit der Minister, die Reform der Rechtspflege, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Ausdehnung der Unfallversicherung auf Landarbeiter, ein Fährereigesetz, Erweiterung des Eisenbahngesetzes usw.

Schweden.

Ein Jahr Zuchthaus für ein Flugblatt.

Bekanntlich beschloß der schwedische Reichstag im Mai dieses Jahres auf Vorschlag des „liberalen“ Ministeriums Staaff verschiedene Verschärfungen der Strafgesetzgebung, die sich hauptsächlich gegen die antimilitaristische Agitation richteten. Sie wurden „Anarchistengesetz“ genannt, sollen aber offenbar dazu dienen, durch Zuchthausstrafen von jeder politischen Aufklärungsarbeit unter dem Militär abzuschrecken. Das erste Opfer, das diesen Gesetzen

dargebracht wurde, ist denn auch ein Sozialdemokrat, Journalist Olov Sundström. Er wurde am Donnerstag vom Nationalgericht in Norrköping zu einem Jahr Strafarbeit verurteilt. Sein ganzes „Verbrechen“ war, daß er ein Flugblatt an die jungen Wehrpflichtigen verstreut hatte, in welchem diese in allgemeinen Nebenwörungen ermahnt wurden, im Soldatenrod nicht ihre Pflichten zu vergessen und demgemäß die Pflichtvollkommenheit nicht die Pflichten der Disziplin als das erste und unbedingt Gebot unter allen denkbaren Verhältnissen anzusehen.

Das Urteil schließt eine arge Vlamage des Ministeriums Staaff in sich. Hatte doch dies Ministerium es übernommen, dem schwedischen Volke neben anderen liberalen Reformen das allgemeine Wahlrecht zu verschaffen; es brachte aber während der kurzen Dauer seines Daseins nichts anderes zustande als diese schamhäßigen Zuchthausgesetze gegen die Agitation unter dem Militär!

Mit Galgenhumor hat der verurteilte Genosse an den ehemaligen Sozialminister Staaff folgendes Telegramm gefandt:

„Da die Gefängnisarbeit dieses Jahres heute ihre erste große Frucht getragen hat, beile ich mich, Ihnen und Ihrer Partei meinen Glückwunsch dazubringen.“

Polizeikampf gegen den Antimilitarismus.

Die Helsingborger Abteilung des Sozialistischen Jugendverbandes hatte am Sonnabend zum Empfang der nach beendeter Dienstzeit heimkehrenden Soldaten eine Strahendemonstration veranstaltet. Als der Zug sich in Bewegung setzte, wurde ein weißes Banner mit der Aufschrift: „Krieg ist Brudermord! Wieder mit dem Militarismus!“ entfalt. Plötzlich führten 20 militärisch bewaffnete Polizeibeamte mit gezogenem Säbel auf die Bannerträger, mißhandelten mehrere von ihnen und schlepten sie nach der Wache. Drei der Friedesdemonstranten wurden verwundet, einer schwer. Der Zug löste sich in wilder Verwirrung auf. Aber nach einer halben Stunde hatten die Demonstranten sich wieder gesammelt und zogen nun unter den Klängen des Sozialistenmarsches durch die Stadt.

Von einer ähnlichen Demonstration und Polizeiatlade wird aus der nicht weit von Helsingborg liegenden Kleinstadt Vjuf berichtet. Hier griffen reitende Polizeileute ein, zogen blank und bemächtigten sich des Banners, das dieselbe Aufschrift trug wie das in Helsingborg entfaltete.

Norwegen.

Die norwegische Polizei auf Vorposten für die russische Reaktion.

Kristiania, 29. September.

Die Polizei in Bardö (Finmarken) hat heute eine russische Geheimdruckeri beschlagnahmt. Zu gleicher Zeit sind sämtliche Dokumente, Schriften, revolutionäre Flugblätter, Niederbücher und Hochrufen in die Hände der norwegischen Polizei gefallen.

Der Reichsadvokat erklärte auf eine Anfrage des Vorstandes der norwegischen Arbeiterpartei, daß die Flugblätter Ausdrücke wie „Wieder mit dem Patriismus!“ enthalten, die Anlaß zu internationalen Verwicklungen geben könnten und infolge dessen nach § 95 des neuen Strafgesetzes strafbar seien. Von seiten der norwegischen Partei wird ein kräftiger Protest gegen die Dummheiten der vorläufigen Staatsanwaltschaft erhoben werden.

Die russischen Genossen sind auf freiem Fuß.

Amerika.

Die Gouverneurswahl in New York gewinnt ein besonderes Interesse dadurch, daß es Herrn William Randolph Hearst gelungen ist, von der demokratischen Partei als Kandidat aufgestellt zu werden. Tammany Hall, die berüchtigte demokratische Organisation, machte für Hearst mobil. Auf der Versammlung der Partei in Buffalo stimmten von 430 Delegierten 300 für Hearst. Dieser war schon einige Wochen vorher in der „Liga der Unabhängigen“, die u. a. auch für die Kandidatur öffentlicher Ämterarbeiten mit dem beliebigen Schlagwort „Reform“ eintritt, für den Gouverneursposten aufgestellt worden. Die Republikaner sind über den Erfolg von Hearst sehr erdost und fordern alle „unständigen“ Demokraten auf, für den republikanischen Kandidaten, den Advokaten Hughes, zu stimmen.

Für die sozialistische Partei bedeutet die Kandidatur Hearst eine Gefahr insofern, als Hearst eine große Anziehungskraft besitzt für alle, die der sozialistischen Partei Sympathien entgegenbringen, aber noch nicht ihre unbedingten Anhänger geworden sind. Dazu bietet Hearst die Möglichkeit eines Erfolges bei der Wahl, und damit rechnet der amerikanische Wählerkreis.

Die Kandidatur Hearst hat einen Sturm in der Presse entfacht, da auch einige demokratische Zeitungen und Führer sich offen gegen Hearst erklärten. Hearst als Besitzer großer Zeitungen gilt als der Vertreter des „selben Journalismus“ in Amerika; er ist sehr einflußreich und als Gegner bei einer Wahl sehr gefürchtet.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft und Politik.

London, 29. September. (Eig. Ber.)

In der ersten Oktoberwoche halten die Vergleute und die Eisenbahner ihre Jahreskonferenzen ab und auf beiden wird die Arbeiterpolitik die Hauptfrage sein.

Die Vergleute von England, Schottland und Wales sind beinahe sämtlich im Verband der Vergleute Großbritanniens organisiert. Der Verband hat ungefähr 450 000 Mitglieder. Er ist auch die älteste Gewerkschaft, die in den politischen Kampf eingetreten ist. Vertreter der Vergleute sind bereits seit 32 Jahren im Parlament, aber sie gehören der liberalen Partei an. Ihre parlamentarische Tätigkeit ist im großen ganzen auf ihre Fachorganisation beschränkt. Seit Bildung der neuen Arbeiterpartei begann indes innerhalb des Verbandes eine Agitation zugunsten des Anschlusses an die allgemeine politische Arbeiterbewegung. Am erfolgreichsten ist die Agitation in Schottland, aber auch in Wales und in einigen Minenbezirken in England hat sie Wurzel gefaßt. In den letzten Monaten stimmten die Verbandsmitglieder über die Frage ab. Das Resultat ist noch nicht bekannt. Es wird höchstwahrscheinlich auf der Konferenz veröffentlicht werden. Nur so viel weiß man, daß die Vergleute Mittelenglands sich gegen den Anschluß erklärten, während Schottland, Südwest und Lancashire für den Anschluß an die Arbeiterpartei stimmten.

Die Schotten legen der Konferenz folgende Resolution vor: „Wir sind der Ansicht, daß die Arbeiter den vollen Wert ihrer Arbeit nicht erhalten können und daß Konflikte unvermeidlich sind, so lange die Produktions- und Verkehrsmittel nicht durch den Staat für das Volk verwaltet werden. Um aber dieses Ziel erreichen zu können, ist es nötig, daß die Arbeiter sich in selbständiger Weise politisch organisieren und nur solche Vertreter ins Parlament und in andere öffentliche Körperlichkeiten schicken, die ein direktes Interesse daran haben, für diese Verberung zu wirken.“

Dann wird noch die Frage des Abstundentages zur Beratung gelangen. Die dem Parlamente vorliegende Abstundentbill hat nur die zweite Lesung passiert und hat also noch die wichtigsten Stufen vor sich. Ebenso soll die Konferenz über die Mittel und Wege beraten, wie die an den Minen arbeitenden Nichtgewerkschaftler zum Anschluß an den Verband zu bringen sind.

Die Eisenbahner werden sich ebenfalls mit Arbeiterpolitik beschäftigen. Sie gehören bereits der Arbeiterpartei an. Ja, ihr Vertreter James H. O'Connell ist der Urheber der Resolution des Trades-Union-Kongresses von Plymouth (1896), die zur Gründung der Arbeiterpartei führte. Dennoch besteht unter den organisierten Eisenbahner eine gewisse Uneinigkeit über die Frage der Zugehörigkeit zur Partei. Sie haben im Parlamente drei Vertreter: Sudson, Wardle und Bell. Sudson ist Vorstandsmitglied des Verbandes; Wardle ist

Redakteur des Verbandsorgans, des sehr gut redigierten Wochenblattes „Railway Review“; Bell ist Generalsekretär. Subson und Wardle gehören der Partei an, während Bell mit den Liberalen geht. Es liegen nun mehrere Anträge vor, die den Anschlag Bell an die Arbeiterfraktion verlangen, während manche Anträge seine Haltung billigen.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Buchdrucker.

Die eine, Nachricht des „Wolffschen Telegraphen-Bureaus“ meldet, hat der Tarifauschuss der deutschen Buchdrucker Montag Abend achtstündigen von Kommerzienrat Hagenstein in Berlin geleiteten Verhandlungen seine Arbeiten beendet und den deutschen Buchdrucker tarif für eine weitere fünfjährige Periode festgesetzt. Im wesentlichen werden in Anbetracht der in der letzten Tarifperiode eingetretenen allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung eine 10prozentige Lohnerhöhung aufgefunden, während die bisherige neunstündige Arbeitszeit bestehen bleibt und nur am Sonnabend bzw. am Jahrtage um eine halbe Stunde verlängert wird. Die beiden großen Organisationen im Buchdruckgewerbe: der Deutsche Buchdruckerverein und der Verband der deutschen Buchdruckergehilfen haben überdies einen Vertrag abgeschlossen, der die Durchführung des Tarifs gewährleistet; der Eintritt anderer größerer Organisationen ist ausdrücklich vorbehalten.

Die Tarifbewegung der Kontobuchhalter und Arbeiterinnen ist, obwohl der zwischen den Vertretern der Parteien zustande gekommene neue Lohnvertrag am 1. Oktober in Kraft treten sollte, noch immer nicht abgeschlossen. Die Branchenversammlung, die am Freitag in den Armindallen stattfand, hat die endgültige Anerkennung des die Stundenlöhne, die Arbeitszeit usw. regelnden Lohnvertrages wiederum von der Anerkennung eines Affordtarifs durch die Fabrikanten abhängig gemacht. Ein ähnlicher Beschluß war in der vorigen Branchenversammlung, am 20. September, gefaßt worden. Sie hatte erklärt, daß sie den Lohnvertrag provisorisch anerkenne, bis die Fabrikanten einem annehmbaren Affordtarif im Prinzip zugestimmt hätten.

Die Antwort der Fabrikanten auf diesen Beschluß wurde nun in der Versammlung am Freitag verlesen. Sie lief darauf hinaus, daß die Fabrikanten von einer provisorischen Anerkennung des Lohnvertrages nichts wissen wollten. Sie müßten, erklärten sie, ihr Erstaunen darüber ausdrücken, daß die Arbeiter mit ganz neuen Momenten kämen, die den Abschluß eines neuen Tarifs in Frage stellten. Sie seien aber bereit, wenn die Anerkennung des Lohnvertrages vorliege, sofort, spätestens aber am 5. Oktober in Verhandlungen über den Affordtarif einzutreten. — Der Versammlung wurde nun eine vom Branchenvertretermann Reese verfaßte Resolution vorgelegt, die besagte, daß man dem Lohnvertrag endgültig zustimme, die Erklärung der Fabrikanten über den Affordtarif jedoch als eine bindende Zusage auffasse. Werde diese Zusage nicht erfüllt, so müsse das als Tarifbruch angesehen werden, und für diesen Fall werde man sich weitere Schritte vorbehalten. — Diese Resolution wurde von der Versammlung mit über Zweidrittelmehrheit abgelehnt, was hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen ist, daß die Kontobuchhalter schon seit einer Reihe von Jahren, und namentlich seit Abschluß des Tarifvertrages von 1900, nach der Einführung eines allgemeinen Affordtarifs streben, ohne daß irgend etwas dabei herausgekommen ist. Wohl bestehen in einigen Betrieben besondere Tarife für Affordarbeiten, aber die sind sehr verschieden und mangelhaft und werden zudem auch nicht einmal streng innegehalten. Von der Firma Moritz u. Kummer wurde in der Versammlung berichtet, daß dort Vertreterinnen ein Stroh Papier an die Maschine gefahren wird, und dann der Werkführer einfach sagt: „Ich gebe Ihnen einen Taler“ oder: „Ich gebe Ihnen 10 Groschen für die Arbeit“, ohne daß die Arbeiterin weiß, wieviel tausend Bogen es eigentlich sind. Daß solche Zustände ein Ende gemacht werden muß, ist selbstverständlich.

Die Ablehnung der Resolution ist übrigens keineswegs gleichbedeutend mit einem Streikbeschlusse. Die Meinung war wohl wesentlich die, daß bessere Garantien für den Abschluß eines annehmbaren Affordtarifs geschaffen werden müssen. Von den Vertrauensmännern der Zahlstelle und der Branche, sowie vom Verbandssekretär Harder wurde mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß auf jeden Fall einheitliches Handeln der ganzen Kollegenschaft der Branche notwendig ist. — Das Ergebnis der Versammlung wird den Fabrikanten mitgeteilt. Voraussichtlich wird es zu neuen Verhandlungen kommen. Die Beratung des Affordtarifs ist allerdings mit so großen Schwierigkeiten verknüpft, daß sich diese Angelegenheit kaum in wenigen Wochen erledigen lassen wird.

Änderungen des Lohnvertrages werden nicht mehr verlangt. Zwar sind die bewilligten Lohnzulagen nicht durchaus zufriedenstellend, doch sind sie höher als die in der Buchdruckerbranche erzielten. Der Minimallohn der geübten Arbeiter wird von 46 auf 49 Pf., der der geübten Arbeiterinnen von 26 auf 29 Pf. erhöht. Am 1. Oktober 1908 steigen die Minimallöhne für alle Arbeiter um 2 Pf., für alle Arbeiterinnen um 1 Pf. Der Tarifvertrag soll freilich auf 5 Jahre gelten; auf eine kürzere Dauer wollten die Fabrikanten durchaus nicht eingehen.

Die Glaschleifer, Polierer und Beleger Berlins und Umgegend hatten in einer früheren Versammlung die Kündigung des bestehenden Tarifvertrages, der bis zum 1. Oktober d. J. Geltung hat, beschlossen und neue Forderungen aufgestellt, die den Unternehmern zur Annahme unterbreitet, von diesen aber abgelehnt worden sind. Inzwischen haben Verhandlungen zwischen den Kommissionen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber (der Freien Vereinigung der Glaschleifer Berlins und Umgegend) stattgefunden auf der Basis des bestehenden Lohnvertrages, und zwar sind vorläufige Vereinbarungen getroffen worden, die einer Arbeitnehmervereinbarung zur Beschlußfassung vorliegen. Dieser Tarifentwurf setzt die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden, Sonnabends auf 8 Stunden fest, an den Tagen vor den hohen Festen auf 6 Stunden, bei voller Lohnzahlung. Minimalstundenlohn für Buchstaben- und breite Facettenschleifer 63 Pf., Walzen-, Wogen- und Rotaschleifer 53 Pf. (verlangt waren 60 Pf.), wenn dieselben nachweislich zwei Jahre als Schleifer gearbeitet haben; Polierer 53 Pf., wenn dieselben nachweislich ein Jahr als Polierer gearbeitet haben. Vom 1. Oktober 1907 bzw. 1. Oktober 1908 ab erfolgt für alle Arbeiterkategorien ein weiterer Zuschlag von je 2 Pf. die Stunde (gefordert waren 5 Pf.). Affordarbeit wird ausgeführt und der Minimallohn denjenigen Arbeitnehmern garantiert, die länger als 14 Tagen Afford arbeiten. Den neu in den Betrieb Eintretenden, die während der ersten 14 Tage den Minimallohn nicht erreichen, wird nur der durch die übernommene Affordarbeit verdiente Betrag gezahlt. Bevor Überstunden — die nur in dringenden Fällen geleistet werden dürfen — gemacht werden, müssen alle freien Plätze besetzt sein und erfolgt dann ein Zuschlag von 25 Proz. auch bei Affordarbeiten. Der Arbeitsnachweis bleibt paritätisch. Der Tarif tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft und gilt zwei Jahre. — Nachdem die Lohnkommission den Verammelten vorgestellt, daß die Zugeländnisse im ganzen genommen nur geringe zu nennen, jedoch ohne Kosten und Kampf erreicht seien, auch aus verschiedenen Gründen die Annahme der Vereinbarungen zu empfehlen sei, wird nach längerer Beratung zur Abstimmung geschritten, die ergab, daß der Tarif mit großer Majorität gegen nur 23 Stimmen angenommen worden ist. — Es wird beschlossen, sämtlichen Unternehmern, auch solchen, die der Arbeitgebervereinigung nicht angehören, den neuen Tarif zur Annahme zu unterbreiten.

Der Ausstand der Ballschuhmacher dauert nunmehr vierzehn Tage. Eine größere Fabrik hat Anfang der Woche die Forderungen anerkannt, und arbeitet in neun Betrieben circa 10 Ballschuhmacher zu den neuen Bedingungen, während in 13 Betrieben mit circa 300 Arbeitern die Arbeit ruht. Da sich Arbeitswillige in geringer Zahl gefunden, versucht man Ballschuharbeitergesuche in Parteizeitungen zu lancieren, teilweise mit Angabe der Firma, teilweise unter Chiffre der Annoncenfirma Woffe. Wir ersuchen die Arbeiterpresse, hierüber Notiz zu nehmen. In der ersten Woche haben die Verhandlungen zwischen den Fabrikantenausschüssen und den betreffenden Firmeninhabern stattgefunden; seit dieser Woche hat der Fabrikantenverband selbst um Verhandlungen nachgesucht, doch mit der Bedingung, daß auf die Forderung der Plakmierte und Journaltärenentschädigung verzichtet werde. Die Streikenden lehnten dies ab. Der Fabrikantenverband hat seinen Widerspruch zurückgezogen und sind jetzt Verhandlungen angebahnt. Es muß bemerkt werden, daß nur zwei Firmen dem Verbandsangehörigen, während die übrigen eine eigene Vereinigung bilden. Mit dieser konnten Verhandlungen noch nicht aufgenommen werden, weil auch hier Verzicht auf die vorgenannten Forderungen verlangt wurde, worauf die Streikenden ebenfalls nicht eingehen konnten.

Die Müllkassierer haben ihren Streit mit der Wirtschaftsgenossenschaft auf friedlichem Wege beigelegt. Der Verband ist anerkannt und die Forderungen der Arbeiter sind zum Teil bewilligt worden, so sind die Löhne etwas erhöht, und zwar bei Kuischern und Schaffnern um 1,50 M., bei den Verladern um 2 M. Den Werkstättenarbeitern wird bei ständiger Arbeitszeit 48 Pf. pro Stunde bezahlt und Überstunden mit 60 Pf. Auf einen Wagen werden 45 Kisten gerechnet. Bei Arbeitseinstellungen in anderen Betrieben darf die Wirtschaftsgenossenschaft Abfahrten nur dann übernehmen, wenn ihr die Arbeit dauernd übertragen wird. Andererseits verpflichten sich die Arbeiter, für Einführung gleicher Arbeitsbedingungen in anderen Betrieben zu sorgen. Der Vertrag ist auf 3 Jahre abgeschlossen. Ein Sommerurlaub wird den Arbeitern versprochen, die fünf Jahre lang im Dienste der Genossenschaft standen.

In die organisierte Arbeiterschaft Berlins und Umgegend!

In den Milchbetrieben von Volle, „Schweizerhof“ und Milchzentrale hat die Organisation in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. Deswegen hat die Sektionsleitung es für notwendig befunden, für die Kuischer und Müllkassierer dieser Betriebe eine Legitimationskarte herauszugeben, damit sich die Kollegen jederzeit als organisationszugehörig ausweisen können. Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsgemäß jeden Monat abgestempelt ist.

Wir appellieren hiermit an die gesamte Arbeiterschaft und namentlich die Frauen, die junge vorwärtsstrebende Organisation zu unterstützen.

Die Sektionsleitung der Geschäftsführer des Zentralverbandes der Handels- und Transportarbeiter Deutschlands.
Ordnungsverwaltung Berlin I. J. A. Gustav Alisch.

Der Streit der Bettelstrolcher bei Rand u. Hartmann

dauert unverändert fort. Der Firma ist es trotz aller Anstrengungen noch nicht gelungen, Arbeitswillige in nennenswerter Zahl zu finden. Nur drei neue Arbeiter hatten sich gestern nacht zur Arbeit eingefunden; von diesen gelang es den Streikenden, zwei wieder zur Umkehr zu veranlassen. In der gestrigen Radfahrerversammlung kam die Stimmung der Firma so recht zum Ausdruck, als gemeldet wurde, daß der Geschäftsführer Herr Kaiser und ein weiterer Herr Nummer die abfahrenden Streikposten in der Kurstraße angeprochen hatten und in recht beweglichen Worten versuchten, die Leute zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen. Herr Kaiser hat die Streikenden inständig, doch nur nicht den „goldenen Faden“ zwischen dem Herrn Chef und „seinen“ Arbeitern zu zerschneiden. Die Streikenden haben den Herrn zu erkennen, daß sie jederzeit zu Verhandlungen geneigt sind, jedoch müßten sie auf der Anerkennung der Forderungen bestehen. Auch in der verflochtenen Nacht sind nur die Säulen im Zentrum, und auch diese nur im zweiten und dritten Ring geleuchtet worden. Die vorhandenen Arbeitswilligen, welche sich aus Radfahrer, Kassierer, Kalfaktoren usw. zusammensetzen, sind nicht imstande, auch nur diese Arbeit richtig auszuführen. Bestrebend erscheint es, daß auch hier wiederum die Proletarier im Stechfragen, d. h. die gebildeten Kaufleute, sich zu nützlicher Arbeit bereit finden und so den Streikenden in den Rücken fallen. Am Montagvormittag war der Zulauf von Arbeitssuchenden groß, jedoch gelang es den Streikposten in den meisten Fällen, die Leute von der unmoralischen Handlungsweise des Streikbruchs abzuhalten, so daß heute Abend sich jedenfalls die wenigsten zur Arbeit einfanden werden. Die Polizei verfährt in der rückwärtslosesten Weise gegen die Streikenden. So ist denselben gestern seitens der dort herumladierenden Kriminalbeamten der Aufenthalt in den umliegenden Straßen bei Androhung der Verhaftung verboten worden. Dadurch lassen sich jedoch die Kämpfenden nicht abschrecken, sondern sie pochen auf das ihnen gesetzlich gewährte Recht. Bezüglich der Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften, welche sich auf die Arbeitgeber beziehen, scheint es allerdings die Behörde nicht so genau zu nehmen, denn nicht nur, daß sie die Arbeitswilligen, welche am Sonntag während der Kirchzeit arbeiteten, nicht sah, denkt sie auch gar nicht daran, ob die Arbeitswilligen mit den notwendigen Legitimationspapieren versehen sind oder nicht! Von den Streikenden ist noch keiner abtrünnig geworden und halten dieselben nach wie vor zusammen. In der vorgestrigen Versammlung wurde gegen die wissenschaftlich falsche Verichterstattung des „Votallangeigers“ energisch protestiert. Mit scharfen Worten wurde darauf hingewiesen, daß dieses „parteilose“ Blatt nicht würdig sei, von unabhängigen Arbeitern gelesen zu werden. Die Streikenden ersuchen dringend den Bezug fernzuhalten.

Die Schmiede haben einen Vertrag auf zwei Jahre mit der Wirtschaftsgenossenschaft abgeschlossen. Sie erhalten 45 bis 60 Pf. Lohn pro Stunde bei 5 1/2 stündiger Arbeitszeit. Überstunden werden mit 20 Proz. Zuschlag bezahlt. Im allgemeinen sind beide Teile mit den neuen Verträgen zufrieden, wenn auch die Arbeiter noch manchen Wunsch zurückstellen mußten.

Deutsches Reich.

Die Aussperrung der Gummi-Arbeiter und Arbeiterinnen der Gummifabrik Karl Stöckel, Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. Niederrad, dauert unverändert fort. — Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Herren von der „Roten Erde“.

In einem Schreiben an die Wähler Reichstagsabgeordneter bedauert Kommerzienrat Kirckhoff, von ihrem Vermittlungsangebot in dem Ausstand auf „Rote Erde“ keinen Gebrauch machen zu können, weil der Vorstand des Hüttenvereins es grundsätzlich ablehnen müsse, sich der Vermittlung Dritter in seinen Verhandlungen mit seinen Arbeitern zu bedienen. Der Vorstand erklärt sich dagegen bereit, mit den Abgeordneten eine Besprechung abzuhalten. Die Abgeordneten haben darauf geantwortet, sie bedauerten im Interesse des Friedens und der Weltfriedens der außerordentlich schweren Schädigung des ganzen wirtschaftlichen Lebens den ablehnenden Beschluß umso mehr, als die Lohnkommission der Arbeiter das Vermittlungsangebot gern angenommen hätte. Sie händen aber auch weiter jederzeit in der Angelegenheit zur Verfügung, könnten jedoch auf die vorgeschlagene Besprechung nicht eingehen, da sie sich von einer einseitigen Besprechung keinen Nutzen versprechen könnten.

„Besonderes Entgegenkommen.“

Vor etwa drei Wochen fanden, wie bekannt zwei Verlegungsversammlungen der Bede „Kaiserstuhl“ bei Dortmund statt, in welchen eine Anzahl Forderungen und Wünsche formuliert wurden, die der Verwaltung durch das Bureau der Versammlung überreicht werden sollten. Das Bureau hat den Auftrag erfüllt und inzwischen

die Antwort auf die Eingabe erhalten. Direktor Niederstein will es als besonderes Entgegenkommen ausgesprochen wissen, daß er sich bereit erklärt, überhaupt zu antworten. Eigentlich verhandelt er ja nur mit dem Arbeiterauschuss (der von der Verlegungsbesatzung weder gewählt noch anerkannt wird). Er will der Verlegungsbesatzung entgegenkommen, so weit es die Arbeitsordnung von ihm fordert, im übrigen bedeutet das Antwortschreiben aber Ablehnung aller Wünsche und Forderungen. „Steigen und Fallen der Löhne richtet sich nach der Konjunktur“, meint Herr Direktor Niederstein. Ganz gewiß, auch die Vergleute sind dieser Meinung. Und weil zurzeit die Konjunktur im Bergbau so günstig wie nie zuvor, deshalb verlangen sie ja gerade Lohnerhöhung. Herr Niederstein sagte den Vergleuten aber, die Lohnerhöhung hätten sie schon weg, im letzten Jahre sei der Lohn um 10 Proz. gestiegen. Nur schade, daß die Vergleute selbst auch gar nichts davon gemerkt haben. Eine Verlegung der Jahrlage wird abgelehnt, weil angeblich in der Zeit vom 1. bis zum 15. eines Monats die Steigerjournalale (Lohnberechnung) nicht fertiggestellt werden könnten. Die Einführung von drei Jahrlagen im Monat wird abgelehnt, weil nach den Jahrlagen zu viel geleistet werde. Kurz gesagt, bewilligt wird gar nichts. „Von Entgegenkommen“ läßt das Schreiben trotz aller Versicherung verstanden wenig erkennen. In der nächsten Zeit wird die Verlegungsbesatzung des Herrn Direktors Stellung nehmen.

Das Schreiben des Herrn Niederstein spricht Wände und es läßt erkennen, was die Grubenbarone den Vergleuten zu bieten wagen.

Mit welchen Mitteln die Arbeiterbewegung in Ostpreußen bekämpft wird, ersieht man an folgendem Beispiel: In Ostpreußen ist es den freien Gewerkschaften infolge des Vorgehens der Behörden nicht möglich, ein Lokal zum Abhalten von Versammlungen zu bekommen. Um diesen Zustand dauernd aufrechtzuerhalten, wird besonders von den „christlichen“ Gewerkschaften alles aufgegeben. Die christlichen Pastoren sind hinter solchen Gastwirten in einer toßen Weise her, von denen sie annehmen, daß sie geneigt wären, ihre Lokale den freien Gewerkschaften zu geben. Sind fünf bis sechs Personen in irgend einem Lokal zusammen, so wird sofort die Polizei davon in Kenntnis gesetzt und erscheint auch eilig, um den Umsturz des Staates nach Möglichkeit zu verhindern. In manchen Lokalen paßt der Gastwirt ängstlich auf, daß kein staatsfeindliches Wort gesprochen wird, damit keine Anzeige in den Verdacht kommt, daß Sozialdemokraten eine geheime Versammlung abgehalten haben. Am Sonntag, den 23. September, hatten sich in einem Lokal in Gleitsau eine Anzahl Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer eingefunden. 10—15 Personen saßen zusammen, tranken ihr Bier und plauderten gemächlich. Plötzlich kamen zwei Männer ins Lokal, von denen der eine der Gemeindevorsteher von Gleitsau war. Ohne sich den Anwesenden vorzustellen, fuhr er den Genossen Grauhagen folgendermaßen an:

„Sie sind ein sozialdemokratischer Agitator und wollen hier eine sozialdemokratische Versammlung abhalten. Ich kenne Sie ganz genau! Die Versammlung ist nicht angemeldet, daher verbiete ich, daß hier so etwas geredet wird!! Die Anwesenden betrachteten es als eine grobe Ungehörigkeit, daß sich irgend ein Mensch in ihre persönlichen Angelegenheiten mischte. Der Gast wirt stand dabei und sagte kein Wort. Als nun einige Maurer ein Glas Bier forderten, verbot der Gemeindevorsteher dem Wirt, an die Maurer Bier zu verabfolgen. Und der Wirt wirt gehorcht auch. Die Genossen gingen nun nach einem anderen Lokal. Doch auch hier ging es ihnen nicht anders. Ein christlicher Streikbrecher führte den Gemeindevorsteher und den Amtsdieners nach diesem Lokal und der Gemeindevorsteher veranlaßte auch hier, den Genossen das Lokal zu verbieten, was auch geschah. Die Maurer waren also obdachlos und die sogenannten „Christen“ hatten den Triumph. Dabei schien es die Absicht des Streikbrechers, der den Gemeindevorsteher begleitete, zu sein, unsere Genossen zu veranlassen, ihn zu beleidigen und anzurempeln, um sich nachher als christlicher Märtyrer aufspielen zu können. Doch seine Absicht wurde durch die stoische Ruhe unserer Genossen vereitelt. So gehen die „Gründer in Christo“ in Ostpreußen vor. Sie spielen sich als freiwillige Polizeispiegel auf und leisten die niedrigsten Demuziantendienste. Ob der Gemeindevorsteher für sein völlig unbedeutendes und ungesetzliches Handeln vom Landrat irgendwie zurechtgewiesen werden wird, bleibt abzuwarten. Im Polizeistaat Preußen und besonders in Ostpreußen werden solche Taten als hochpatriotische und verdienstvolle angesehen und zu gelegenen Zeiten belohnt.

Das Urteil im Raubmordprozeß Brandt und Genossen.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung verkündete der Obmann der Geschworenen den auf schuldig des schweren Raubes unter Verfassung mildernder Umstände lautenden Wahrspruch. Staatsanwalt Bunchardt beantragte mit Rücksicht auf die Schwere der den Angeklagten zur Last gelegten Straftat gegen Brandt 5 Jahre Zuchthaus und gegen Schaefer 7 Jahre Zuchthaus. Am 10 Uhr verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Wegen gemeinschaftlichen Raubes unter Mitführung einer Waffe wurden verurteilt: Brandt zu 5 Jahren, Schaefer zu 6 Jahren Zuchthaus sowie je 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein staatsgefährlicher Schützenklub.

Eisenach, 1. Oktober. (B. H.) Hier wurde das Schützenfest der Eisenacher Schützengesellschaft polizeilich verboten. Eine bei der Regierung in Weimar eingereichte Beschwerde wurde abschlägig beschieden. Das Verbot soll aus politischen Gründen erfolgt sein.

Rassenanlagen.

Petersburg, 1. Oktober. (B. H.) Morgen beginnt hier der Prozeß gegen das Exekutivkomitee der Petersburger Arbeiterdeputierten. Angeklagt sind 151 Personen. Unter den Angeklagten befinden sich Leo Bronstein und Kustalew.

Bergarbeiterstreik im Sicht.

London, 1. Oktober. (B. T. B.) Zehntausende Bergleute der Kohlenbergwerke in Rhonddavoch (Südwalles) erklären, daß sie am 31. Oktober die Arbeit niederlegen würden, wenn nicht die ungefähr 1000 Mann zählenden nichtorganisierten Bergleute dem Bergarbeiterverbande beitreten.

Das Erwachen der Röhren.

Simsa, 1. Oktober. (Redung des Reuterschen Bureaus.) Eine Abordnung von Muhammedanern als Vertreter von 62 Millionen der Bevölkerung hat dem Vizekönig eine Adresse überreicht, in der die Muhammedaner gerechten Anteil an jeder etwas geplanten Veränderung in der Teilnahme des Volkes an der Regierung des Landes verlangen und sich darüber beklagen, daß sie in Fragen der Landesregierung ganz außer Acht gelassen würden. Der Vizekönig, Earl of Minto, hat darauf erwidert, daß englische Gerechtigkeit ihnen eine billige Behandlung gewährleisten werde. Was die behauptete Unruhe unter der Bevölkerung angeht, so sei diese nicht auf Unzufriedenheit mit einer schlechten Regierung zurückzuführen, sondern sie sei ein Ergebnis der Zunahme der Bildung unter der britischen Herrschaft. Diese Bildung würde auch in Zukunft noch weiter fortschreiten, aber das Wohl des Landes beruhe auf einer sorgsamsten Verwaltung, und er glaube nicht, daß die Einführung der ganzen politischen Maschinen des Westens in die Traditionen des Orients ihm zum Besten dienen würde.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

Wir lassen hier den am Sonntag aus Raummangel zurückgebliebenen Teil des Berichtes folgen. Er betrifft die Debatte über den Militarismus.

Die Anträge 25 und 114 begründet

Dr. Liebknecht-Berlin:

Auf dem internationalen Kongress 1900 ist eine Resolution angenommen worden, die den Kampf gegen den Militarismus und Kapitalismus energisch verlangt. Dieser Beschluß ist damals einstimmig gefaßt worden. Aber zu seiner Durchführung ist noch recht wenig in Deutschland geschehen. Daß der Militarismus nicht identisch ist mit der bewaffneten Armee im engeren Sinne und daß er eine höchst verzweigte Erscheinung ist, die sich auf alle Gebiete unseres wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens erstreckt, das ist nicht nötig in einem Jahre zu sagen, wo wir in Deutschland den 21. Januar, wo wir Nürnberg, wo wir Magdeburg erlebt haben. (Sehr gut!) Es ist auch nicht nötig zu betonen, daß der Militarismus eines der wichtigsten und brutalsten Machtmittel ist, durch die sich die herrschende Klasse einer organischen Fortentwicklung gewaltsam in den Weg stellt. Die Bekämpfung dieser sehr komplizierten und sehr gefährlichen Erscheinung ist zweifellos auch eine sehr gefährliche und komplizierte Sache. Ich wundere mich nicht darüber, daß unser Staat und unsere herrschende Klasse im Punkte Militarismus so empfindlich sind, wie in keinem anderen Punkte. Aber das darf uns nicht abhalten, unsere Schuldigkeit zu tun. Mit allgemeinen Redensarten ist es nicht abgemacht. Die Sache ist zu kompliziert, als daß sie innerhalb der allgemeinen Agitation durchgeführt werden könnte. Diese antimilitaristische Agitation muß spezialisiert werden und dazu ist notwendig, daß sie von einer Zentrale aus geleitet wird. Es ist Ihnen allen wohl bekannt, in welchem Umfange unsere Bruderparteien, besonders in Frankreich und Belgien, sich mit der antimilitaristischen Propaganda befaßt haben, und mit welchem Erfolge. In Deutschland sind wir auf diesem Gebiete noch weit zurück. Unser Antrag 114 wünscht die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zu diesem Zweck. Die Obliegenheiten des Ausschusses brauche ich nicht im einzelnen festzustellen, sie werden von Fall zu Fall sorgsam zu erwägen sein. Natürlich hat sich der Ausschuß streng innerhalb der Beschränkung zu halten. Daß irgend welche Gefahren aus dem Vorgehen des Ausschusses nicht entstehen, unterliegt für mich einem Zweifel. Alle Beschränkungen, die ja gewissermaßen traditionell in der deutschen Sozialdemokratie sind, sind unhaltbar. Sie haben gestern die Einsetzung eines Bildungsausschusses beschlossen, der gewissermaßen ein Generalstab sein soll im Kampfe gegen den Unterstand der Masse, dem Feinde, den wir am meisten hassen. (Sehr gut!) Ich möchte Sie bitten, auch den Generalstab für den Kampf gegen den Militarismus einzusetzen und damit gegen das stärkste Bollwerk des Kapitalismus, das uns noch lange widerstehen kann, wenn wir den Unterstand der Massen schon längst überwunden haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Sie den Antrag annehmen, haben Sie nicht nur Ihre Schuldigkeit getan gegenüber dem internationalen Kongress 1900, sondern Sie haben damit auch einen guten Schritt vorwärts getan für die deutsche Arbeiterbewegung. Ich bitte Sie, den Antrag, der so vorzüglich wie nur möglich gefaßt ist, einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

Bebel:

Gegen den Antrag 25 haben wir keine Bedenken, da er einfach befähigt, was im vorigen Jahre beschlossen ist. Ich möchte nur wünschen, daß die Parteigenossen es sich künftig mehr überlegen, ehe sie Anträge einreichen, damit sie uns nicht mit Anträgen kommen, die schon erledigt sind. (Sehr gut!) Infolge des Beschlusses des vorigen Parteitages hat der Vorstand ein Flugblatt ausgearbeitet. Wir werden ähnlich auch in künftigen Jahren vorgehen. Sache der Parteigenossen wird es sein, ihrerseits die Agitation weiter zu betreiben. Gegen den Antrag 114 erklären wir uns auf das allerentschiedenste, selbst auf die Gefahr hin, daß wir als Schwarzseher oder für noch schlimmeres angesehen werden. (Weiterkeit.) Wir sind es ja gewohnt, daß kein Jahr vergeht, wo aus dem Wahlkreise Rotterdam-Dithavelland nicht derartige Anträge kommen. (Weiterkeit.) Wir sind es auch gewohnt, daß dann regelmäßig zur Begründung auf die Vorgänge in Rußland hingewiesen wird, wobei nur der kleine Unterschied übersehen wird, daß die Verhältnisse in Frankreich und Belgien ganz andere sind, wie in Deutschland, daß dort sehr viel geredet und getan werden kann, was in Deutschland nicht möglich ist. Nun verlangt man heute sogar einen besonderen Ausschuß. Wie er gewählt wird, aus wieviel Personen er bestehen soll, welche Kompetenzen er haben soll, davon ist in dem Antrag keine Rede. Er tritt zusammen, macht seine Propagandapläne, kommt mit seinen Schriften; und wir vom Parteivorstand haben nichts weiter zu tun, als die Mittel der Partei zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen; ein Recht zu prüfen, ob die Arbeiten des Ausschusses auch im Interesse der Partei liegen, haben wir nach dem Antrage nicht. (Zuruf: Selbstverständlich!) Auf etwas deraartiges wird sich der Parteivorstand niemals einlassen, und wenn Sie das beschließen, dann bitte, wählen Sie ihre besonderen Organe dazu. Wir machen das nicht mit; dazu haben wir ein viel zu großes Verantwortlichkeitsgefühl. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist auch falsch, wenn Liebknecht sagt, selbst wenn wir die allgemeine Aufklärung haben, sind wir immer noch nicht so weit, daß wir mit dem Militarismus fertig werden können. Das ist die reine Ideologie von Liebknecht. Wenn das Volk der Kenntnisse im deutschen Volk vorhanden ist, das er voraussetzt, dann räumen wir allerdings auch mit dem Militarismus auf. (Sehr richtig!) Nehmen Sie den Antrag ab. Wir haben gar nicht nötig, einen solchen Ausschuß einzusetzen. Es gibt in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei, die systematischer den Kampf gegen den Militarismus auch im Parlament führt, wie gerade die deutsche Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Es gibt in ganz Europa keine zweite sozialdemokratische Partei, die seit 30, 40 Jahren so systematisch das Budget für militärische, koloniale und Marinezwecke abgelehnt hat, wie in Deutschland. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Da sollte man uns doch nicht weiter in eine Agitation hineindrängen wollen, während wir durch unsere heutige Agitation schon das erreichen, was erreicht werden kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Liebknecht-Berlin:

Die Bedenken von Bebel sind nicht stichhaltig. Ich habe nicht bestritten, daß die Partei ihre Schuldigkeit im Kampfe mit dem Militarismus in Parlament und Presse tut. Aber das genügt gegen diesen Feind nicht. Selbstverständlich soll der Ausschuß unter Kontrolle der Parteileitung stehen. Die Interessen der Partei dürfen dadurch in keiner Weise geschädigt werden. Es soll nur ein besonderes Organ sein, das eine besondere Funktion innerhalb der Propaganda auszuführen hat, und ein solches Organ brauchen wir, wenn wir unsere Schuldigkeit tun wollen. Dabei bleibe ich, trotz aller Ausführungen von Bebel.

Christl-Breslau: Ich habe bisher überhaupt noch kein Flugblatt des Parteivorstandes gegen den Militarismus gesehen. (Hört! hört!) Ich gebe zu, daß wir den Kampf gegen den Militarismus führen, aber wir müssen ihn in verstärkter Bahn lenken. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, der heutigen Gesellschaft ihre größte Stütze zu entziehen; denn das Militär sieht ihr jederzeit zur Verfügung. Die Schwierigkeiten des Kampfes sind die denkbar größten. Wir dürfen uns nicht auf große Aktionen berlegen, sondern wir müssen uns auf unablässige Erziehungs-

kleinarbeit beschränken. Wir müssen den Kindern zeigen, wie die Feselschürer schon verpestet sind, und wie das Soldatentum dazu bestimmt ist, aus den Menschen eine Bestie zu machen, die mit blinder Wut alles Menschliche zerstört. (Zustimmung.) Ich erinnere an die kolonialen Greuel. Ganz systematisch muß unsere Aufklärung vor sich gehen. Wir müssen den Leuten auch das Wahnsinnige eines Krieges vor Augen führen. Reizen wir dem Militarismus die Larve vom Gesicht, zeigen wir dem Volke seine wahre Gestalt. Erziehen wir die Jugend zur Menschlichkeit und unsere mühsame Erziehungsarbeit wird in der Zukunft belohnt werden. (Bravo!)
Mollath-Berlin: Ich halte es für eine vollständig falsche Auffassung, wenn man glaubt, daß man innerhalb des kapitalistischen Staates den Militarismus so vollkommen beseitigen kann, daß der kapitalistische Staat fortbesteht oder umgekehrt, daß man den kapitalistischen Staat beseitigen kann und daß schließlich der Militarismus fortexistiert. Beide sind Glieder eines einzigen Körperes. (Sehr richtig!) Wir bekämpfen, wenn wir den Sozialismus verbreiten, die ganze Grundlage, auf welcher der Militarismus gedeihen und blühen kann. (Sehr richtig!) Ich halte es für verfehlt, Einzelercheinungen herauszugreifen. Der weitaus größte Teil unserer ganzen Aktion wendet sich ja gegen den Militarismus, und da wollen Sie nun noch eine ganz besondere Agitation dagegen allein schaffen. Wie will man das überhaupt anfangen? Will man ebenso wie 1848 gegen die Soldaten in recht großen Kraftausdrücken sich ergehen, ohne ihre Grundlage anzugreifen? Das könnte leicht dabei herauskommen. Wir bekämpfen fortwährend den Militarismus, wir betwähigen nicht das Geld, das dafür gefordert wird, und gerade damit treffen wir ihn an der empfindlichsten Stelle. Daß der Vorredner sein Flugblatt gesehen hat, ist eine Seltenheit. Ich glaube, es wird in diesem Saale außer den Breslauer Genossen niemand sein, dem das Flugblatt noch nicht zu Gesicht gekommen ist. (Sehr wahr!) Der Ausschuß, der beantragt ist, würde wahrscheinlich die gleiche Agitation entfalten, die wir schon bisher seit Jahrzehnten entfaltet haben. Wenn man lediglich die Agitation auf einen einzelnen Punkt konzentriert, würde die sozialdemokratische Agitation darunter leiden. (Beifall.)

Dr. Liebknecht-Berlin: Wir haben noch niemals verkannt, daß der Militarismus eine Begleitererscheinung des Kapitalismus ist und daß es keine bessere Bekämpfung des Militarismus gibt, als den Kampf gegen den Kapitalismus. Wir dürfen aber nicht verkennen, daß das Wesen des kapitalistischen Militarismus wandlungsfähig ist. Ebenso wie wir unsere Agitation in den Kreisen derer für notwendig halten, die nicht im bunten Rod stehen, ebenso sehr können wir für eine besondere Bekämpfung des Militarismus sorgen. Ich gebe zu, daß wir vorzügliches Material zum Kampfe haben, aber dieses Material wird nicht an die richtige Stelle gedrückt. (Widerspruch.) Die Schwierigkeit der Agitation liegt nicht so sehr in der Beschaffung des Materials, als vielmehr in der Anleitung desselben, dorthin, wohin es in erster Linie gehört. Sollten Sie diesen Antrag ablehnen, so werden Vordamm und Osthavelland alle Jahre damit wieder kommen. (Weiterkeit.) Nach den Worten Mollath-Berlin darf ich aber wohl darauf rechnen, daß sie beide Anträge annehmen und damit ein Werk vollenden, das den Parteitag würdig abschließt.

Schlag-Breslau: Nach den Ausführungen Christl-Berlins sollte es so scheinen, als ob die Partei in Breslau keine Abnung von dem Flugblatt hat. Die Parteileitung hat ein solches erhalten. Sie hat sich damit befähigt, eine große Anzahl bestellt, und wahrscheinlich ist die Verbreitung bereits erfolgt.

Bebel: Daß ich Liebknecht von seinen Anschauungen über die Agitation gegen den Militarismus nicht abbringen kann, davon bin ich überzeugt. Auch über die Notwendigkeit, die Jugend über den Militarismus und seine Schenlichkeit aufzuklären, bestehen gar keine Meinungsverschiedenheiten. Neben mir nicht eine Literatur, härter als in irgend einem anderen Lande, die darüber Aufklärung schafft? Man soll das Material zusammentragen, es steckt im parlamentarischen Handbuch, in Parlamenten, in jedem Bericht an den Parteitag, in zahllosen Flugblättern usw. Wir können doch die Partei nicht mit Material gegen den Militarismus überflutern, denn würde die ganze übrige Agitation in den Hintergrund treten. (Sehr richtig!) Es ist mir unverständlich, wie man uns Belgien vorkommen kann. Ein Land, das militärisch gar nichts bedeutet und dessen Armee sich mit der preussischen Heeresorganisation gar nicht vergleichen kann. In Frankreich ist es ganz ähnlich. Dort ist die antimilitaristische Agitation erst in den letzten zwei Jahren betrieben worden. (Liedlichkeit: Ganz vortrefflich!) Nein, so einseitig und übertrieben (Lebhafte Zustimmung), daß ich mich bekanken würde, wenn man in Deutschland das gleiche täte. (Bravo!) Und in Deutschland liegen die Dinge nach dieser Richtung hin etwas anders. Ueber alles, was mit dem Militarismus zusammenhängt, seine Wirkung auf das Materielle, auf das Moralische, auf das soziale Leben, über all das bestehen unter uns gar keine Meinungsverschiedenheiten. Darüber mag jeder reden und schreiben, soviel er will. Aber diese spezielle, einseitige Hervorhebung würde unserer Partei einen ganz anderen Charakter verleihen. Der Breslauer Genosse sagt, er hat das Flugblatt noch gar nicht gesehen. Ja, wie kann er denn zu dem Antrag kommen, in dem ausdrücklich davon die Rede ist, daß der Parteivorstand ein Flugblatt herauszugeben hat? Wenn Sie das nicht gelesen haben, so haben Sie sich einer Pflichtvergessenheit schuldig gemacht. Dafür kann doch der Parteivorstand nicht. (Weiterkeit.) Sehr gut! Aber so leichtfertig werden Anträge eingereicht. Der Breslauer Vertreter mühte über seinen Antrag selbst erörtern. (Weiterkeit.)

Der Antrag 114 wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Antrag 25 ist abgelehnt.

Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands.

Mannheim, 30. September.

Im Lokal „Karl Theodor“ trat heute früh 9 Uhr unter der sehr zahlreichen Beteiligung von ungefähr 200 Delegierten und Gästen der Verband junger Arbeiter (Sitz Mannheim) zu seiner ersten Generalversammlung zusammen. Unter den Anwesenden bemerkte man Vertreter des Parteivorstandes (Abg. Gerisch), der Arbeiterbildungsschule Berlin, des Arbeiterabteilensbundes und der belgischen jungen Garde. Im Laufe des Tages statteten eine große Anzahl Parteitagdelegierter dem Verbandstage einen kürzeren oder längeren Besuch ab.

Die meisten geschäftlichen Angelegenheiten waren schon in einer vertraulichen Besprechung am gestrigen Abend erledigt worden. Den Vorsitz in der Tagung führte der Verbandsvorsitzende Wagner-Mannheim und Eickhorn-Mannheim. Vor Eintritt in die Verhandlungen wird zunächst nahezu einstimmig beschlossen, den Genuß von Alkohol und des Rauchen während der Tagung zu verbieten. Zu den

Begrüßungsansprachen

ergriff zunächst Abg. Gerisch das Wort. Er sprach seine Freude über das reichliche Zusammenströmen derer aus, die noch ruhig und voller Hoffnung in die Zukunft sehen, für deren Herbeiführung sie kämpfen wollten. Er wünscht der Tagung recht guten Verlauf und recht freudigen Wiederhall im ganzen Reiche, und verpricht der jungen Organisation im Rahmen dessen, was die Gesamtpartei bei der Fülle ihrer Aufgaben überhaupt leisten könnte, deren tatkräftige Hilfe. (Lebhafte Beifall.)

Weitere Begrüßungsansprachen hielten Rauenheim-Berlin und Luffe-Hamburg, die die Zusammengehörigkeit der Frauen- und der Jugendbewegung feierte. Begrüßungsschreiben waren eingegangen vom Zentralkomitee der italienischen jungen Garde, die den Sturz des blutdürstigen Militarismus und den Sieg des Völkerrichts wünscht (Bravo!), von der holländischen jungen

Garde und von Volkert-Paris, dem früheren Vorsitzenden der belgischen jungen Garde.

Hierauf erstattete Wagner-Mannheim den Geschäftsbericht. Er begründete die Wichtigkeit der Jugendbewegung. Inbezug von allen Angriffen werde der Verband seine Aufgabe darin erblicken, dem großen Heere des uns seine Befreiung kämpfenden Proletariats neue begeisterte Rekruten zuzuführen. Vor allem müsse der junge Proletarier lernen, daß er auch im bunten Rod Proletarier bleibe. Schon vor der Militärszeit müsse er sich darüber klar sein, daß das einzige religiöse Gebot, an das er noch glaube, nämlich das „Du sollst Vater und Mutter ehren“, höher steht, als aufgezwungene Eide. (Lebhafte Zustimmung.) Aber nicht im anarchischen Sinne wolle der Verband antimilitaristische Agitation treiben, sondern getragen von marxistischem Geiste. — Der Redner gibt dann einen Überblick über die Jugendorganisationen des Auslandes und den augenblicklichen Stand der deutschen Jugendbewegung. In Preußen und Sachsen hindert das reaktionäre Vereinsgesetz die Ausbreitung der Jugendorganisation, aber das Verbandsorgan die „Junge Garde“ werde auch dort verbreitet und habe jetzt 4000 Abonnenten. Die Arbeit für die Organisation sei überall mit großer Freudigkeit, ja Begeisterung getan worden. Bald werde der Verband eine achtunggebietende Zahl von Genossen bereinigen. Und wenn die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft. (Lebhafte Beifall.)

Im Rapportbericht findet sich eine Ausgabe von 10,40 M. für ein Strafmandat, mit dem der Mannheimer Verein für das Mitführen einer roten Fahne auf einem Ausfluge nach Heidelberg bestraft worden ist. Von mehreren Rednern wird der Posten bemängelt. Man dürfe die jungen Leute nicht auf die Straße nehmen und hinter einer roten Fahne herlaufen lassen, ohne daß sie überhaupt wüßten, was sie wollten. So erziehe man Wortsozialisten. Viel besser könne als Vorbild für die stille Erziehungsarbeit der Jugend die Kautskurarbeit der Pfaffen dienen. Von der anderen Seite wird erwidert, daß es für die Jugendorganisation nur zweierlei Taktik gebe, die des Radikalismus und die des Stumpfsinns. Die Vorträge über Jugendberziehung und Alkoholfrage und dergl. seien so über, aber ein Vortrag über die Revolutionsgeschichte von 1848 der begeistere. Kame man diesem Bedürfnis der Jugend, die sich ausbreiten wolle, nicht nach, so überlässe man einfach den Anarchisten das Feld. Mit Recht habe gestern die russische Genossin den Jungen gesagt, die Deutschen, besonders die Norddeutschen, seien viel zu ängstlich. Was wüßte denn heute die Welt und die alten Genossen von den Jugendorganisationen? Kaum mehr als von den Jünglingsvereinen. Deshalb müsse demonstriert, öffentlich überall demonstriert werden. (Beifall und Widerspruch.)

Die Debatte zieht sich noch ziemlich lange hin. Der Vertreter von Erfurt spottet über die Heimlichkeit. „Und fest ist nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein.“

Landtagsabgeordneter Dr. Frank-Mannheim freut sich über die mutige Stimmung. Die Partei brauche keine jungen Diplomaten, sondern junge Proletarier und Kämpfer. Hingegen stellte sich der Vertreter des Ludwigsbader Vereins auf den Standpunkt, daß man nicht den mindesten Grund habe, sich unnötig die Polizei auf den Hals zu heben. Mit den Polizeifisken verteidle man bloß die losbare Zeit. Rächters werde man noch verlangen, daß alle Genossen sich rot anziehen.

Vorsitzender Wagner macht darauf aufmerksam, daß die Heidelberger Polizei gestern — wohl aus Gefälligkeit, rechtzeitig zur heutigen Tagung — die bis dahin konfiszierte rote Fahne zurückgeschickt habe. Er zeigt sie unter großer Heiterkeit vor, um zu beweisen, wie unrecht der Delegierte hatte, der sagte, die Heidelberger rote Fahne sei in der Diskussion schon so heruntergerissen worden, daß von dem Tuch kein Faden mehr und nur noch der Fahnenstod übrig sei. Schließlich beendet der Delegierte von Heidelberg die Debatte, indem er erklärt: Man hat aus der roten Fahne eine Frage der Taktik gemacht. Aber so war es gar nicht. Wir sind mit der schönen Fahne durch den Wald gegangen, und als wir näher in die Stadt kamen, da haben wir sie nicht abgelegt, weil wir sie doch wieder mitnehmen mußten. Und da haben wir halt ein Strafmandat bekommen. (Weiterkeit.)

Somit werden in der Debatte vor allem die Berichte aus den einzelnen Agitationsbezirken gegeben. Die Vertreter der preussischen jungen Garde klagen über mangelhafte Unterstüßung durch den Hauptvorstand. Die Hessen haben noch keine großen Erfolge erzielt; der Boden, den sie zu bearbeiten hätten, sei sehr steinig, obwohl sie das beste Vereinsgesetz hätten. (Zuruf: Wer teufel!) Zwischen den badischen und pfälzischen Delegierten entsteht ein lebhafter Wortstreit, wer tüchtigeres in der Agitation geleistet hätte.

Kemmerle-Ludwigsbader teilt mehrere Fälle mit, in denen die Jugendorganisationen in Gegenden und Orten eingedrungen seien, in denen bis dahin weder Partei noch Gewerkschaft hätten Fuß fassen können. Von mehreren Rednern werden Anregungen zu besseren Erziehungsmethoden gegeben: es sollten nicht nur Vorträge gehalten sondern auch Gesangsabende, Deklamationen und Vergnügungen veranstaltet werden. Ebenso solle der Genuß von Alkohol bei allen Veranstaltungen verboten werden, weil sonst leicht die Eltern den jungen Leuten die Teilnahme an den Veranstaltungen verbieten würden. Gestagt wird vor allem über die Abneigung der älteren Genossen in vielen Orten, über die langsame und unzureichende Arbeit des Hauptvorstandes, über die zu kurze Verhandlung der Jugendorganisationsfrage auf dem Parteitage usw.

Auf mehrere Wünsche aus der Versammlung gibt Genossin Bies Auskunft über die Stellung der Frauen zu den Vereinsangelegenheiten: Es sei ebenso verkehrt, von „Juch“ vor dem Vereinsgesetze zu reden, wie zu versuchen, ihm ein Schnippchen zu schlagen. Die Frauen anerkannten die bestehenden Vereinsgesetze keineswegs, aber sie richteten sich danach und respektierten sie. Die Jugendlichen händen ja in Preußen den Frauen gleich, in Sachsen sogar noch schlechter als diese, dafür aber in Braunschweig besser, da den Frauen dort überhaupt der Besuch aller Versammlungen verboten sei, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten. Aber auch dort hat die Frauenorganisation festen Fuß gefaßt, ebenso könnten es auch die jungen Arbeiter. Sozialismus sei nämlich eine Weltanschauung, und man könne z. B. auf naturwissenschaftlichem und historischem Gebiet sozialistisches Wissen erwerben, auch ohne Politik zu treiben. (Sehr gut!) In seinem Schlusswort verteidigt sich der

Verbandsvorsitzende Wagner gegen die erhobenen Angriffe. Er sei auch der Ueberzeugung, daß mehr hätte getan werden müssen. Aber was er am Abend in den kurzen Freierstunden habe tun können, das habe er getan.

Der Geschäftsbericht wird genehmigt.

Die Nachmittags Sitzung beginnt wiederum mit Begrüßungsansprachen vom Genossen Herzberg für die pfälzische Parteileitung, vom Genossen Dr. Frank für den Heidelberger Wahlverein und vom Vertreter Belgiens für die belgischen und holländischen Jugendorganisationen. Dieser führt aus: Die bisherigen Verhandlungen hätten auf ihn den Eindruck des Unbefohlenen und Unerfahrenen gemacht. Belgien sei über dieses Stadium schon hinaus. Aber gleichwohl freue er sich, daß die Lücke, die sie bisher bei ihrer Mutter, und ihrem Muster, der deutschen Sozialdemokratie, bemerkt hätten, jetzt durch die Jugendorganisation ausgefüllt werde. Die belgische junge Garde habe ihre Hauptfolge auf dem Gebiet des Antimilitarismus erzielt, allerdings durch eine Agitation in der Kaserne, wie sie wohl schon in Rußland, aber nicht in Deutschland möglich sei. Seit September 1902 wage die Regierung nicht mehr, das Militär gegen Streikende auf die Straße zu schicken. Denn schon heute sei mindestens die Hälfte aller Soldaten auf Seite der Arbeiter. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf erstattet die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht. Anwesend sind 52 Delegierte von Jugendorganisationen für 37 Ortsvereine und 29 Parteidelegierte für 32 örtliche Partei-

Organisationen. Die Mandate werden für gültig erklärt. Die Statutenberatungskommission legt durch Rahenstein und Dunder einen neuen Statutenentwurf vor. Danach soll es die Aufgabe des Verbandes junger Arbeiter und Arbeiterinnen sein, das geistige und materielle Interesse ihrer Mitglieder zu fördern. Von einer strengen Zentralisation ist Abstand genommen. Der Verband besteht aus Einzelmitgliedern — Monatsbeitrag 20 Pf. — und Ortsvereinen, die für jedes Mitglied 10 Pf. an die Zentralstelle abführen müssen. Dafür wird das Organ „Die Junge Garde“ gratis geliefert. Die Generalversammlung findet alle zwei Jahre statt. Das Statut wird nach kurzer Debatte fast einstimmig angenommen.

Es folgt der Vortrag des Genossen Dr. Frank über „Der deutsche Parteitag und die Jugendbewegung“.

Der Referent führt aus: Mancher unter den Jugendlichen hätte es wohl erwartet, daß der sozialdemokratische Parteitag die Entscheidung darüber treffen sollte, was die Jugendvereine am meisten fördern, ob Umsätze mit der roten Fahne (Heiterkeit) oder wissenschaftliche Vorträge oder gar Theateraufführungen, und sei nun enttäuscht, daß er sich mit der allgemeinen Sympathieerklärung begnügt habe. Aber gegenüber dem überlegenen Lächeln und dem scharfen Hohn, mit dem bisher z. B. mehrere Gaukonferenzen die Unterstützung der Jugendvereine abgelehnt haben, sei das schon ein ganz gewaltiger Fortschritt. Hier wie in der Massenstreikfrage sei gegenüber einem verfälschten historischen Materialismus die Rolle des menschlichen Massenwillens wiederhergestellt worden. Der Parteitag erwarte von den nunmehr in aller Form anerkannten Jugendorganisationen hauptsächlich dreierlei: Zur Vorbereitung für die gewerkschaftliche Arbeit den Kampf gegen die Ausbeutung der Jugendlichen und die Wahrung der Arbeiterbestimmungen. Mit dieser Tätigkeit, dem Kampfe gegen das Kleinmeisterium, haben unsere österreichischen Bruderorganisationen ihre schönsten Erfolge erzielt. Auf politischem Gebiet Aufklärung und Erziehung der Arbeiter, auch über die Volkskrankheiten und den Alkohol. Und insbesondere auf diesem Gebiete Erziehung der Proletariat zu der Ueberzeugung, daß auch das heutige Militärsystem nicht ewig ist. Für die Erfüllung dieser Aufgaben habe man jetzt die Unterstützung der Partei und einen Parteitagbescheid, der alle Genossen bindet. Gegen alle diejenigen, die jetzt noch unsere Jugendorganisationen schädigen, werden wir also mit den schärfsten Mitteln vorgehen, denn es handelt sich um die Zukunft unserer Jugendorganisationen und den Sieg der Gesamtpartei. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion sprachen u. a. Kiesel-Berlin, Bernard-Harburg, Dunder-Weipzig und Schulz-Bremen in begeisterten Worten ihre Sympathie für die Organisation der jungen Garde aus.

Auf das zweite Referat von Dr. L. Frank über „Die kapitalistische Ausbeutung der Jugend“ wird verzichtet, da der Redner kein Material in einer demnächst im „Vorwärts“-Verlag erscheinenden Broschüre niederlegen wird. Doch wird seine Resolution einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Der Verband jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen empfiehlt seinen Ortsvereinen, überall Lehrlingskommissionen zu bilden, die die Ausführung der Lehrlingsaufgabe und Bestimmungen überwachen sollen. Die Gewerkschaftszentrale werden aufgefordert, diese Lehrlingskommissionen nach Kräften zu unterstützen.“

Den nächsten Vortrag hält Genosse S. Rahenstein-Berlin über „Alkohol und Jugend“. Seine Begründung der folgenden Resolution fand lebhaften Beifall bei der ganzen Versammlung.

Resolution.

Die Generalversammlung erklärt im Alkoholismus einen schweren Schädiger der körperlichen und geistigen Entwicklung, der Kampfschädlichkeit der Arbeiterklasse, ein schweres Hemmnis aller organisatorischen Bestrebungen und Kulturarbeiten. Die daraus erwachsenden Schäden zu bekämpfen, ist eine ernste Aufgabe der Arbeiterbewegung. Insbesondere die Organisationen der arbeitenden Jugend sind mit Rücksicht auf die besonderen Schädigungen, die der Alkohol der heranwachsenden Generation zuführt, zu diesem Kampfe berufen. Das erste Mittel in diesem Kampfe wird stets die wirtschaftliche und geistige Hebung der Arbeiterklasse sein, wie sie durch die politische und gewerkschaftliche Organisation geleistet wird. Eine notwendige Ergänzung hierzu bilden aber die Aufklärung über die Wirkungen des Alkohols und die Erziehung der Trinkerurteile.

Die Generalversammlung empfiehlt daher allen Ortsvereinen und Verbandsmitgliedern die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen. Sie erklärt als ersten wichtigen Schritt in dieser Richtung die Abschaffung des Genusses alkoholhaltiger Getränke bei allen geschäftlichen und belebenden Zusammenkünften und die Beseitigung des Trinkzwanges und der Verherrlichung des Alkoholenusses bei allen Gelegenheiten. Denn die große Aufgabe der Arbeiterbewegung erfordert ein klares, gesundes, willensstarkes Geschlecht.

Die Reihe der Vorträge schloß Dr. Karl Viehnecht-Berlin mit seinem Referat über „Jugend und Militarismus“.

Er ging davon aus, daß es nicht immer Militär und Militarismus gegeben habe. Entstanden seien sie erst, als die Technik der Waffe genügend vorgeschritten war, um eine besondere Kriegsklasse darauf begründen zu können. Die Geschichte dieses Militarismus erläutert dann der Redner von seiner Entstehung bis zu seinem heutigen Stande. Das schlimmste und gefährlichste am Militarismus sei, daß diejenigen, die ihm unterworfen würden, nicht nur die Kraft, sondern vielfach auch den Willen, sich gegen seine korrumpierenden Wirkungen zu wehren, verlieren. Die Erziehung in der Schule, die den kriegerischen Fürstentum verheerlich, die Kirche, die heute den Krieg verteidigt, der bunte Hintergrund der Auszeichnungen und Uniformen, die wirtschaftliche Heraufhebung der Elite- und Gardetruppen, all das sind das Jaderbrot, mit dem man das Proletariat lüdet und die eiserne Disziplin, die Soldatenmishandlungen, die Militärgesetze und Militärgerichtsurteile, die Weltliche, mit der man es züchtigt und unterwirft. Und mit Hilfe dieses raffinierten Instituts macht der Kapitalismus sich eine ihm feindliche Klasse im Heere dienstbar. Die Armee hat zunächst ihre Bedeutung gegen den äußeren Feind. So lange die wirtschaftlichen Gegensätze der verschiedenen kapitalistischen Staaten bestehen und sie koloniale Ausdehnungspolitik betreiben, haben die Abrüstungsvorschläge von Volksbetrügnern oder Ideologen ernstlich keine Chance auf Erfolg. (Sehr wahr!) Aber je länger, je mehr dient das Heer dem Kampfe gegen den inneren Feind. Der Militarismus führt Proletariat gegen Proletariat, macht die Soldaten zum Feinde ihrer eigenen Klasse, ihrer eigenen Vergangenheit und Zukunft. Aber das wissen die Opfer des Militarismus nicht, oder sie lassen sich durch Tönd und Zwang in ihrer Ueberzeugung betören. Aber ein Blick auf die Bürgergarde, die besondere Kourgeoisstruppe Belgiens, und die Pinkertons, die Antifreireittruppe der amerikanischen Kapitalistenklasse, zeigt uns deutlich den wahren Sachverhalt. Aus diesem Wesen des Militarismus fließen die Soldatenmishandlungen mit Notwendigkeit. Freudig wird der Dienst nicht getan und große Intelligenzen hat er ebenso wenig zu Erzieheren, wie körperlich sehr gewandte Menschen zu Rekruten. Obendrein werden die Offiziere aus der Bourgeoisie, der Arbeiterschaft feindlichste Klasse, genommen. Alle Veruche zur Verrückung der Soldatenmishandlungen müssen daher erfolglos bleiben. Direkt wird jeden Tag im wirtschaftlichen Kampfe die Armee zum Streikbrecherdienst kommandiert. Das Militäraufgebot am 21. Januar, das Fahren der schußbereiten Kanonen durch die Straßen Berlins überzeugten schon die Sinne, daß im einstufigen Entscheidungskampf um die Macht das Heer der Hofhund der Bourgeoisie sein wird. Aber eine Kanone gilt 100 Mann und eine Platte 30—40 Mann, und 5 Millionen Bewaffneter können 30—40 Millionen Volkes in Schach halten. Stehen wir da nicht vor einer unüberwindlichen Aufgabe? Was sind ihr gegenüber die drei Millionen weiße Zettel im Kampf um Leben

und Tod? Wird auch nur einer dem Kapital die Gefolgschaft im Heere verweigern? Wohl sind schon einzelne Teile des Heeres rot, feuerrot, aber noch liegt vor uns eine unendlich schwierige und gefährliche Aufgabe. Geschichtlich darum nur keine Dummheiten, die schwer geraden werden. Der Kapitalismus kennt seine Achillesferse und schüttet sie. Die Bekämpfung des Militarismus wird in jedem Falle schwere Opfer fordern, darum nur keine unnützen! Der Kaiser hat den Antimilitarismus eine „nationale Geißel“ genannt. Die Injunktions sind doch seine Worte stets für die Anschauungen der herrschenden Klasse. Hat doch Wilhelm II. in seiner jüngsten Unterredung mit Gaston Renier an Frankreich das Anerbieten einer internationalen Anti-Militarismus-Liga gemacht. (Heiterkeit.) Demgegenüber bleibt uns noch viel zu tun. Wir haben bisher ja, trotz Bebel, so gut wie nichts getan. Aber was wir tun sollen, ist die wichtigste Frage der sozialdemokratischen Politik. Die Einzelheiten bedürfen ruhiger Ueberlegung, denn jeder verfehlte Vorschlag kann die ganze antimilitaristische legale Propaganda kompromittieren. Ihre Aufgabe aber wird es sein, die Jugend gegen den Militarismus vorzunehmen und vor ihm zu warnen. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlungen zogen sich noch bis gegen 10 Uhr hin, waren aber lediglich intern geschäftlicher Natur.

4. Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Die Vormittags-Sitzung füllte noch die Generaldiskussion über Agitation, Regelung der Beitragsfrage und Anstellung von Beamten aus. Eine stattliche Reihe von Rednern nimmt noch an derselben teil; überhaupt ist dieser Punkt die Kernfrage der diesjährigen Generalversammlung. Die große Mehrzahl der Redner bringt zum Ausdruck, in Zukunft für die Agitation mehr als bisher zu tun, den Beitrag zu diesem Zweck zu erhöhen und auch einige Verbesserungen an den Unterstufungsätzen vorzunehmen. In diesem Sinne sprechen Schmidt-Nußhausen, der vor allem weit gehenden Plänen warnt, Juligan-Stettin, Knoll und Hildesheim-Berlin. Rütlich-Leipzig schließt sich ebenfalls den oben wiedergegebenen Grundgedanken an und bringt noch eine ausführliche Gehaltskala, die der Ausschuss vorschlägt, in Erinnerung, um für die Zukunft eine bindende Richtschnur festzulegen. Ueber eine Frage gehen die Ansichten der Generalversammlung weit auseinander: ob die für die Agitation notwendige Verstärkung der Verbandsbeamten nach Berlin kommen, oder ob die Provinz, vor allem Süddeutschland, berücksichtigt werden soll. Ein Teil der Delegierten ist für Berlin, ein anderer für die Provinz, während die Minderheit von einer Anstellung überhaupt absehen will und dafür die Bezirkskommission finanziell besser auszubauen vorschlägt. Vor allen Dingen Berlin ist es, der diese Meinung vertritt, auch Königstedt-Ragdeburg. Neue Gesichtspunkte werden in der Debatte nicht mehr zum Vortrag gebracht. Ahmann-Berlin tritt nochmals warm für Arbeitslosenunterstützung ein. Weller-Berlin legt dann die grundsätzliche Stellung des Zentralvorstandes zu den schwebenden Fragen vor. Er weist nach, daß der bisherige Beitrag von 65 Pf. nicht ausreicht und schon in der abgelaufenen Berichtszeit zeitweise Extrabeiträge erhoben wurden. Dann gibt er die Stimmung der Konferenz zur Beamtensfrage zur Kenntnis und betont die Notwendigkeit einer dritten Kraft im Zentralvorstand. Seine weiteren Ausführungen sind vor allem den technischen Arbeiten in der Hauptverwaltung gewidmet. Er betont ganz entschieden, daß, wenn die Tätigkeit des Zentralvorstandes erweitert werden soll, auch für neue Kräfte gesorgt werden muß. Er wendet sich gegen eine Beitragserhöhung auf 80 Pf., das gebe entschieden zu weit. Es sprechen noch Schad-Wainz, Langner-Breslau, Deister-Bodum. Letzterer plädiert eindringlich für stufenweise Unterstufungsätze und Erhöhung der Streifenunterstützung. Hebel-Stuttgart bekämpft lebhaft die Anstellung von Beamten in Berlin und empfiehlt, der Provinz mehr Beachtung zu schenken. Damit ist die Generaldiskussion erschöpft. Es folgen persönliche Bemerkungen zwischen Wohl-Rürnberg, Wetke-Berlin und Knoll-Berlin. Sämtliche Anträge werden nunmehr einer Kommission überwiesen. Dieselbe wird zusammengesetzt aus: Ribbach-Berlin, Frenzel-Nabenau, Wohl-Rürnberg, Ribung-Frankfurt a. M. und Königstedt-Ragdeburg. Vom Zentralvorstand werden Weller und Stahl-Berlin in die Kommission delegiert.

Von verschiedenen Seiten wird gewünscht, die Beitragshöhe und Form schon jetzt festzusetzen, um auf Grund dieser Beschlässe in der Kommission gedeihlicher arbeiten zu können. Ein darauf abzielender Antrag wird gegen 9 Stimmen abgelehnt. Nachdem sich die Kommission zur Beratung zurückgezogen hat, muß die Debatte nochmals eröffnet werden, da die Kommission bittet, die Generalversammlung möge sich wenigstens für die Beitragsform entscheiden. Es liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung darüber vor, dem stattgegeben wird. Für Stufenbeiträge entscheidet sich nur Langner-Breslau; alle anderen stimmen dagegen. Ferner wird noch abgestimmt darüber, ob der Zentralvorstand eine Ermäßigung der Beiträge eintreten lassen kann, wenn es im Interesse der Agitation eines Bezirks geboten erscheint. Die Mehrheit erklärt sich dafür. Bezüglich der Beitragshöhe entscheidet sich die Generalversammlung für einen wöchentlichen Beitrag von 75 Pfennig. Dafür stimmen 23 Delegierte. Die Abstimmung darüber, ob die Unterstufungsätze stufenweise eingeführt werden sollen, ergibt, daß für diese Form 20 Stimmen sind, 5 dagegen. Tschorn-Dresden enthielt sich der Abstimmung mit dem Bemerkten, daß der Zentralvorstand auf der letzten Generalversammlung ausdrücklich erklärt habe, daß eine Stufenunterstützung den Stufenbeitrag bedinge.

Damit ist eine vorläufige Richtschnur für die Kommission gegeben.

Nunmehr wendet sich die Generalversammlung der Frage der Bezirksstellenvermittlung zu. Hedlau-Düsseldorf verbreitet sich über die Art und Weise der Stellenvermittlung und wünscht dieselbe bezirksweise geregelt. Er vertritt sich dadurch eine wesentliche Vereinfachung. Schmidt-Nußhausen, ebenso Dupont-Berlin erklären sich dagegen, letzterer aus Gründen der Zentralisation. Dabei nimmt Redner Gelegenheit, über die Einhaltung des Arbeitsnachweises an sich zu sprechen, und bittet, alle Anträge abzulehnen, welche den Arbeitsnachweis bezirksweise regeln wollen. Schlaucher-München vertritt den Rürnberg Antrag, der sich mit den Ausführungen Hedlau-Düsseldorf deckt. Ahmann-Berlin erklärt sich ebenfalls gegen die Bezirksstellenvermittlung, während Deister-Bodum die Mitte einhalten will. Nicht direkte Bezirksvermittlung, aber wo es nicht anders geht, sollte man keine Schwierigkeiten machen. Ähnlich spricht sich Langner-Breslau aus. Wetke-Berlin sieht nicht ein, warum die Bezirksstellenvermittlung so angeordnet wird. Nach Berliner Verhältnissen beurteilt, kann man derselben nur zustimmen. Vor allem hofft er eine schnellere Erledigung der offenen Stellen zu erreichen. Tschorn-Dresden hält aus praktischen Gründen an dem zentralisierten Arbeitsnachweise fest, ebenso Hildesheim-Berlin, Fritze-Hamburg und Arndt-Berlin. Strengere Handhabung der Vermittlungsbestimmungen wünscht Juligan-Stettin, der sich ebenfalls gegen die Bezirksvermittlung ausspricht; ihm schließt sich Dorn-Leipzig an. Bei der Abstimmung ergibt sich, daß die Mehrheit gegen die Bezirksstellenvermittlung ist; dagegen findet ein Antrag Rürnberg Annahme, daß nachliegende Verwaltungsstellen bei offenen Plätzen sich gegenseitig verständigen können. Ebenso wird beschlossen, daß in Zukunft die Verbandszeitung offene Arbeitsstellen veröffentlichen darf, was bisher nicht der Fall war. Ein Antrag Frankfurt-Berlin wünscht, daß auch für den ersten Tag der Arbeitslosigkeit oder Krankheitsunterstützung gezahlt wird. Nach einer längeren Aussprache zwischen Hedlau-Düsseldorf, Schlaucher-München, Wetke und Hildesheim-Berlin wird der Antrag angenommen. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung wird zunächst noch über die Arbeitsvermittlung debattiert, wozu aus einer Reihe von Orten die verschiedensten Anregungen vorliegen. Öffentliches Interesse hat die Debatte, die sich sehr eingehend mit den verschiedenen örtlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigt, nicht. Das Ergebnis der Beratung war, daß das Stellenvermittlungsreglement von verschiedenen lästigen Reglementen gereinigt wird; ebenso werden die Bestimmungen gemildert, welche bei etwaiger Nichtbeachtung des Arbeitsnachweises in Betracht kommen.

Die weitere Beratung dreht sich um eine Reihe von Anträgen, die auf Anregung der Statistik, des Verwaltungsreglements, des Rechtschutzreglements und der allgemeinen Bestimmungen abzielen. Auch diese Erörterungen entbehren allen öffentlichen Interesses.

Die Versammlung wendet sich dann der Frage der Festlegung der Preise für Rosenarbeits in der Holzbildhauerei zu. Die Kommission schlägt hierfür die Aufstellung folgender Grundsätze vor:

1. Vereinheitlichung der Arbeitszeit; 2. Anstrengung eines Normaltarifs auf Grundlage der Mindestpreise nach den Notierungen der Kommission; 3. Garantie eines Mindestverdienstes; 4. Tarifpreise gelten als Mindestpreise und nur für größere Posten; 5. unter 12 Stück werden im Lohn gefertigt; 6. Grundlage für die Lohnberechnung ist der Akkorddurchschnittsverdienst; 7. neue Muster sind ebenfalls im Lohn zu fertigen und der Mindestpreis danach zu berechnen; 8. Aushängung der Preislisten. Nach unwesentlicher Debatte wird diesen Grundsätzen beigestimmt und beschlossen, auf dieser Grundlage Lohnbewegungen zu behandeln.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen hört die Generalversammlung den Bericht der Kommission, welche in einer einstündigen Sitzung alle die in der Generaldiskussion gegebenen Anregungen zu praktischen Anträgen umgeschmolzen hat und durch Königstedt-Ragdeburg Bericht erstatten läßt. Die Kommission macht folgende Vorschläge: Der Beitrag ist auf 75 Pf. zu erhöhen mit der Bestimmung, daß der Zentralvorstand das Recht hat, auf Antrag der Bezirkskommissionen für solche Bezirke, in denen Zahlstellen mit einem Durchschnittsverdienst unter 18 Mark bestehen, für diese den Beitrag auf 50 Pf. zu ermäßigen. In solchen Fällen sollen dann auch die Unterstufungsätze nur zwei Drittel des statutenmäßigen Satzes betragen. Die Kommission hat festgestellt, daß die neue Norm eine Mehreinnahme von 24 000 Mark ergibt. Ueber die Verwendung dieser Gelder sind folgende Grundsätze aufgestellt worden: zur Stärkung des Reservefonds 7200 M., für Mehrausgaben bei Agitation, Anstellung eines weiteren Beamten in Berlin, speziell für die Agitation, Neueinrichtung eines Bureaus usw. 6200 M. und für Mehrausgaben bei Streiks 10 000 M. Diese Mehrausgaben werden notwendig, weil die Kommission den Vorschlag macht, bei Streiks, welche über acht Tage andauern, vom ersten Tage an zu unterstützen und die Unterstufungsätze selbst von 12 auf 14 M. zu erhöhen; außerdem für jedes Kind 1 M. bis zu 18 M. wöchentlich zu gewähren. Bei Ausperrungen sollen nur die Mitglieder unterstützt werden, und zwar in voller Höhe, welche mindestens 13 Wochen dem Verbandsangehörigen. Außerdem legt die Kommission drei verschiedene Vorschläge bezüglich der Unterstufungsätze vor, die stufenweise vorgegeben sind. Dieselben schwanken zwischen einer Gesamtleistung von 45 M. nach 78wöchiger Karenzzeit bis zu 72 M. bei achtföhriger Mitgliedschaft. Als Tagesatz sind zwei Vorschläge gemacht worden: 1 M. oder 1,20 M. pro Tag. An der verhältnismäßig hohen Karenzzeit von 78 Wochen hat die Kommission aus verschiedenen Gründen in zwei Fällen festgehalten. Zum Schluß betont der Berichterstatter, daß die Vorschläge in folgender Berechnung gabeln: Die durch Erhöhung der Beiträge erzielten Mehreinnahmen von 10 Pf. sollen wie folgt verteilt werden: pro Woche und Mitglied 3 Pf. für den Reservefonds, 1 Pf. für einen neuen Beamten und Gehaltssteigerungen, 1/2 Pf. für Bureau und Miete, 1/2 Pf. für Remunerationen, 1 Pf. für Agitation und 4 Pf. für Streifenunterstützung. Die Kommission glaubt, durch diese Vorschläge allen Wünschen gerecht zu werden und bittet die Generalversammlung, dieselben zu akzeptieren.

Ueber die Vorschläge entspann sich nunmehr eine sehr eingehende Debatte, die sich vor allen Dingen um die Unterstufungsätze drehte.

Schlaucher-München, Hebel-Stuttgart, Wetke-Berlin und Langner-Breslau finden die vorgeschlagenen Unterstufungsätze zu gering, während Hildesheim-Berlin, Wohl-Rürnberg, Stahl und Ribbach-Berlin, Hedlau-Düsseldorf, Arndt-Berlin und Dorn-Leipzig die Kommissionsbeschlässe verteidigen.

Es geht ein genügend unterstützter Antrag ein, solchen Zahlstellen, die nur 50 Pf. Beitrag zahlen, die Arbeitslosenunterstützung nicht zu gewähren, dafür aber die Streifenunterstützung voll zu zahlen.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion wird zu den Abstimmungen geschritten. In namentlicher Abstimmung wird der Beitrag auf 75 Pfennig erhöht. Dagegen stimmen nur drei Delegierte. Die Anträge auf Gewährung von Unzulageunterstützung werden einstimmig abgelehnt. Der Antrag, in solchen Orten, wo der Verdienst unter 18 M. beträgt, nur 50 Pf. Beitrag zu erheben, wird angenommen. Die Unterstufung in solchen Fällen beträgt zwei Drittel des statutenmäßigen Satzes in allen Fällen. Als Unterstufung bei Streiks werden für jeden Kalenderstag 2 M., also 14 M. wöchentlich, dazu für Verbeiratsleute ein Zuschuß von 1 M. für jedes Kind bis zur Höhe von 18 M. gewährt. Dauert eine Differenz nicht länger wie eine Woche, so wird für die ersten drei Tage keine Unterstufung gezahlt. Bei Ausperrungen wird die Unterstufung nur nach 13wöchiger Mitgliedschaft gewährt.

Ferner wird beschlossen, daß bei Streiks vermandter Veruse die in Mitleidenschaft gezogenen Mitglieder, sobald vorher eine Verständigung festgefunden hat, gleichfalls Unterstufung erhalten. Bezüglich der übrigen Unterstufungsätze wird das bisherige System gegen 4 Stimmen abgelehnt und Stufenunterstützung eingeführt. Die Unterstufungsätze selbst werden wie folgt geregelt: Die Karenzzeit beträgt 52 Wochen; von der 53. Woche bis zu drei Jahren werden 42 Tage a 1 Mark gezahlt, von drei Jahren bis zu acht Jahren 56 Tage a 1 Mark und von da an 70 Tage a 1 Mark. Gegen diese Vorschläge erklärten sich 8 Stimmen, so daß diese neuen Unterstufungsätze mit 18 Stimmen zum Beschluß erhoben werden. Außerdem werden Uebergangsbestimmungen getroffen, die die Mitglieder vor etwaigen Schäden schützen sollen. Gegen 1 Stimme wird beschlossen, für die Zentrale einen weiteren Beamten anzustellen, ebenso ein Zentralbureau einzurichten.

Der Reservefonds wird von 10 auf 12 M. pro Kopf der Mitglieder erhöht und im Anschluß daran beschlossen, den Beitrag von 75 Pf. sofort in Kraft treten zu lassen. Dagegen treten die neuen Unterstufungsätze erst am 1. Januar 1907 in Kraft. Damit ist Punkt 6 erledigt.

Es liegen aber noch weit über 60 Anträge anderer Art vor, über welche die Generalversammlung zu entscheiden hat und welche die verschiedensten Materien betreffen. So ein Antrag Berlin, welcher die Meister und Werkführer als nicht zum Verband gehörig betrachtet wissen will, da, wie Wetke-Berlin ausführt, die Berliner auf dem Standpunkt stehen, daß deren Interessen den Verbandsinteressen gegenüberstehen. Zu dieser Sache sprechen eine stattliche Reihe von Rednern meistens dagegen. Energisch tritt dagegen auf Hohl-Karlruhe, der selbst 15 Jahre schon Werkführer ist und seit Anfang dem Verbands angehört. Er weist auf die Konsequenz eines solchen Beschlusses hin; ebenso Dupont-Berlin, der darauf hinweist, daß schon mehrere briefliche Bemerkungen dazu vorliegen.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Diskussion über den Berliner Antrag fortgesetzt, wobei noch Wohl-Rürnberg, Franke-Hannover, Tschorn-Dresden gegen den Antrag

sprechen; dagegen wünscht Hildesheim-Berlin eine reinliche Scheidung. Die ganze Entwicklung dränge dazu. Entweder für den Massenkampf und gegen das Unternehmertum oder für das Unternehmertum; dann ist aber für die Wertfreiheit kein Platz in der Organisation. Die Diskussion über diesen Antrag erweiterte sich zu einer prinzipiellen Aussprache über die Organisation, an der fast alle Delegierte teilnahmen. Schließlich wird der Berliner Antrag mit überreicher Mehrheit abgelehnt.

Eine ganze Reihe Statutenänderungen von weniger einschneidender Natur werden erledigt. Bezüglich der Uebertrittsbestimmungen aus anderen Verbänden werden die Bestimmungen der Vorstände-Konferenz zu Berlin als Richtschnur festgelegt und dadurch gegen früher eine Erleichterung geschaffen.

Die weitere Debatte dreht sich in der Hauptsache um interne Vereins- und Organisationsfragen, die kein größeres Interesse haben. Dann wird einer Reihe von Statutenänderungen zugestimmt.

Die Abend Sitzung, die sich infolge des noch vorliegenden Stoffes notwendig machte, erledigte, da der Ausschuhvorsitzende Lütlich-Leipzig morgen abreisen muß, zunächst alle Anträge, die sich auf den Ausschuh beziehen. Nach längerer Diskussion wurde bezüglich des Ausschusses folgendes beschlossen:

Der Ausschuh besteht aus 5 Personen; den Sitz desselben bestimmt die jeweilige Generalversammlung.

Die Wahl der Ausschuhmitglieder erfolgt mittels geheimer Abstimmung durch die Verwaltungsstelle desjenigen Ortes, der von der Generalversammlung als Sitz des Ausschusses bestimmt worden ist.

Wählbar in den Ausschuh sind nur solche Mitglieder, die kein Amt in der Lokalverwaltung und in der Bezirkskommission bekleiden.

Der Ausschuh hat sich innerhalb 14 Tagen nach Schluß der Generalversammlung zu konstituieren und eine darauf bezügliche Bekanntmachung in der „Bildbauer-Zeitung“ zu erlassen; er hat aus seiner Mitte einen Vorsitzenden zu wählen.

Der Ausschuh prüft und entscheidet bei allen Beschwerden gegen den Zentralvorstand und die Redaktion der „Bildbauer-Zeitung“. Entschieden zwischen Ausschuh und Vorstand Streitfragen über Verwaltungsangelegenheiten, Taktik bei Streiks und dergleichen, und kommt eine Verständigung auf schriftlichem Wege nicht zustande, dann haben beide Körperlichkeiten unverzüglich zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzutreten.

Die Amtsdauer des Ausschusses währt bis zur nächsten Generalversammlung. Scheidet während der Amtsdauer ein Ausschuhmitglied aus, so hat unverzüglich eine Neuwahl stattzufinden.

Dorn. Hladung. Königsticht. Schlauder. Hedlau.

Dann wurde die Gehaltsfrage erledigt. Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurden folgende Sätze beschlossen: a) Angehörige im Zentralvorstand: Anfangsgehalt 2000 M., steigend in den ersten 5 Jahren um je 100 M., in den folgenden Jahren um je 50 M., bis zum Höchstgehalt von 2800 M. Diese Sätze gelten für den ersten Vorsitzenden und Redakteur. Für alle übrigen Angehörigen beträgt das Höchstgehalt 2000 M. b) Lokalbureau: Anfangsgehalt 1800 M., steigend in den ersten zwei Jahren um 100 M., dann um je 50 M., bis zu 2400 M. Der erste Satz wurde mit 12 gegen 8, der zweite mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. Die Generalversammlung sollte eigentlich heute geschlossen werden. Es liegt jedoch noch so viel Material vor, daß sich die Notwendigkeit ergibt, noch am Sonnabend zu tagen.

Soziales.

Lohnbrud aus Gerechtigkeit.

Zu welchen wunderbaren Begründungen man kommen kann zum Schutze des Kapitals, dafür gibt ein interessantes Beispiel ein polemischer Artikel in der Zeitschrift „Glad auf“. Dr. Jungst läßt da u. a. also sich vernehmen:

Das Gesetz von Angebot und Nachfrage gilt eben auch auf dem Arbeitsmarkt. Daraus erklärt sich, daß auch eine Zehne, die 50 und mehr Prozent Dividende verteilen kann, seinen oder doch keinen wesentlich höheren Lohn bezahlt als eine andere Zehne, die sich noch eben über Wasser hält. Würde sie anders handeln, so wäre dies nicht nur unwirtschaftlich, sondern es läge darin auch eine durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung des einen Arbeiters vor seinem Arbeitskollegen auf einem weniger gutgestellten Werke; denn die Beschäftigung auf einem bestimmten Werk, mag es sich nun gut oder schlecht rentieren, ist doch nicht als ein Verdienst oder eine Verfehlung des Betreffenden, sondern als eine rein zufällige Sache anzusehen. Auch im sozialistischen Staate würde der Lohn nicht durch dieses Moment der Zufälligkeit bestimmt werden, sondern für das ganze Land oder doch für ein großes Wirtschaftsgebiet annähernd derselbe sein.

Derrentmenschen stellen sich vor als Uebermoralisten, als Ultra-gerechtigkeitsfanatiker, die unbedienten Gewinn verurteilen. Wir empfehlen dem Herr Dr. Jungst, seine Theorie konsequent weiter auszubauen. Er wird dann zweifellos zu folgender Schlussfolgerung gelangen: Wenn ein Unternehmen gut prosperiert, so ist das doch nicht als ein Verdienst der betreffenden — Aktionäre anzusehen, es wäre daher eine durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung, wollte man ihnen den Gewinn in die Tasche stecken. Herr Jungst reklamiert für sich sogar die sozialistische Anschauung, daß für den Lohn nicht das Moment der Zufälligkeit bestimmend sein soll. Das ist sehr freundlich von ihm und wir stimmen ihm zu, wenn er diese Anschauung durch die Praxis betätigen will. Es ist keine Verfehlung eines Arbeiters, wenn er in ein ungeschicktes geleitetes oder verkehrt angelegtes Unternehmen hineingerät, er hat auf alle Fälle ein Anrecht auf einen Lohn, der ein menschenswürdiges Dasein zu fristen erlaubt. Herr Jungst kann auf wirksame Mitarbeit der gewerkschaftlichen Organisationen rechnen, wenn es heißt, die unbedienten Riesengewinne zugunsten der schaffenden Arbeiter zu beschneiden, damit die durch nichts gerechtfertigte Bevorzugung gegenüber anderen Aktionären bei minder gut rentierenden Unternehmen etwas ausgeglichen wird. Also auf zum Kampf — gegen unbedienten, nur durch Zufälligkeiten erlangten Gewinn!

Arbeitermangel in Gefängnissen. Die bekannten aldenburgischen Strafanstalten in Wehra sind jetzt so schwach besetzt wie seit Jahren nicht. Die beiden für 500 Insassen eingerichteten Männergefängnisse beherbergen zurzeit nur etwas über 200 Gefangene, und auch im Weibergesängnis und vor allem im Besserungsbau ist der Bestand bis unter die Hälfte der gewöhnlichen Stärke gesunken. Früher wurden täglich ganze Kompanien Korrektoren in den Mooren mit Erdbrechen beschäftigt, heute ist die nicht einmal regelmäßig hin- und herwandernde Kolonne kaum eine Kompanie stark. Sonst arbeiteten sehr oft große Trupps von Zwangsarbeitern auch auf den benachbarten Wäldern und Höfen; davon sieht man nichts mehr und auch das übliche Abdrücken von Getreide auf der Zitadelle mußte wegen Mangel an Arbeitskräften in diesem Jahre abgesetzt werden. Auch aus anderen Gegenden des nordwestlichen Deutschlands hört man von einem ähnlichen Rückgang in der Besetzung der Strafanstalten und Besserungshäuser. Diese Erscheinung ist in der Hauptsache zweifellos eine Folge der in den letzten Jahren eingetretenen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und Nahrungsmittelverknappung wird auch der Zugang zu den Gefängnissen wieder härter werden. Daß die faulen Moralisten aus der angeführten Erscheinung etwas lernen, wagen wir nicht zu hoffen, das leidet ihr Interesse nicht.

10 Millionen Darlehen in England. Der Präsident der Trade-Union, Mr. Lloyd George, hielt eine bedeutungsvolle Rede über die sozialen Verhältnisse Englands. Er taryt die Zahl der Unterernährten auf 10 Millionen Personen; die Gründe für diese erschreckende Tatsache sucht er in dem verkehrten System, welches das offene Land dem Reichen als Vergnügungsort reserviert, so daß es den Armen unmöglich ist, Land zu kaufen und zu bebauen. Ein weiterer Grund liegt auf dem industriellen Gebiet, da die

Löhne für die geleistete Arbeit zu gering sind, da oft Arbeitslosigkeit herrscht und da die Arbeit im Laufe des Jahres ungleich verteilt wird. Dazu kommen noch Ursachen rein menschlicher Art, Erkrankungen, Lahm, Trinken und Spielen, Arbeitsunfähigkeit und dergleichen. Ein weiterer Grund ist der, daß der Staat die Lage seiner Armen erschwert, statt sie zu erleichtern. Er läßt tausende seiner Kinder in Lumpen durch die Straßen gehen und verpufft dagegen Unsummen im Kriege gegen einen alten Bauern, der dazu noch 7000 Meilen weit weg gewohnt hat. Die Rückschlüsse nach diesem Krieg haben besonders für die Armen noch auf Jahre hinaus den verhängnisvollen Einfluß. Wenn auch die Mittel, die Mr. George zur Verringerung der Not vorschlägt, nicht auf streng sozialistischem Boden gewachsen sind, so ist es doch immerhin ein Verdienst, wenn jemand so klar und zusammenfassend Staat und Gesellschaft ihre Sünden vorhält.

Auch ein Beitrag zum Dienstbotenelend. Wie die „Frank. Volks-Zeitung“ meldet, hat der Mühlbesitzer Hanold in Markt-Redwig einen elterlosen Knaben von 15 Jahren im Dienste, der es der Dienstherrschaft nicht recht machen kann. Dieser Tage wurde der Junge wegen einer Lappalie detart geschlagen, daß sich die Nachbarn seiner annehmen und ärztliche Hilfe herbeiführen mußten. Die Sache wurde zur Anzeige gebracht. Um an dem Jungen Vergeltung zu üben, zeigte die Herrschaft ihn wegen Diebstahls an, weil er — das Hundestutler bezehrt hatte! Wahrscheinlich hat er aus Feinschmiederei den Hund das Futter abgejagt.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend G. G. m. b. H.

hat am 30. Juni d. J. ihr 7. Geschäftsjahr vollendet. Nach dem in der am Sonntag, den 30. September, in der Generalversammlung erstatteten Jahresbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr hat die Genossenschaft einen Jahresumsatz von 665 803,88 M. in ihren eigenen Geschäften zu verzeichnen. Der hierdurch erzielte Bruttogewinn betrug 101 075,48 M. Im Lieferantengeschäft, d. h. durch den Einkauf der Mitglieder in nicht der Genossenschaft gehörigen Geschäften wurde ein Gewinn von 4488,96 M. erzielt. Aus anderweitigen Einnahmen erzielte die Genossenschaft einen weiteren Gewinn von 2189,74 M., worunter sich Zinsen im Betrage von 702,31 M. befinden. Der gesamte Bruttogewinn betrug mithin 107 734,18 M. Diesem Gewinn standen Lasten infll. Abreibungen im Gesamtbetrag von 88 218,31 M. gegenüber, so daß ein Reingewinn von 19 515,87 M. zu verzeichnen war. Hierzu kommt noch der Betrag von 730,89 M. nicht verteilter Dividende aus dem Vorjahre, so daß mithin die Summe von 20 250,76 M. zur Verfügung der Generalversammlung bereit standen.

Die Generalversammlung beschloß, nachdem sie dem Vorstände Decharge erteilt hatte, dem Reservefonds 852,01 M., dem Dispositionsfonds 1000 M. zu überweisen und 18 298,75 M. Dividende an die Mitglieder zu verteilen. Demnach weist der Reservefonds der Genossenschaft nunmehr einen Bestand von 9255,27 M., der Dispositionsfonds einen solchen von 1461,81 M. auf.

Die Aktiva der Genossenschaft betragen am Jahresschluß 205 806,81 M., die Passiva 186 296,94 M.

Bei der Sparkasse der Genossenschaft hatten 667 sparende Mitglieder ein Guthaben von 72 653,81 M. Die Genossenschaft verwendet diese Spargelder nicht im eigenen Geschäftsbetriebe; sie hat vielmehr mehr als die Spargelder betragen, nämlich die Summe von 78 984,25 M. anderweitig einstragend angelegt.

Die Zahl der Mitglieder der Genossenschaft betrug am 30. Juni ds. J. 4931, die eingezahlten Geschäftsanteile derselben 68 351,40 M. oder pro Mitglied durchschnittlich 14,78 M. Aus alledem ist ersichtlich, daß die Genossenschaft finanziell fest fundiert ist. Noch besser würde die Genossenschaft freilich dastehen, wenn sich die Zahl der Mitglieder noch bedeutend vermehrte und der Umsatz infolgedessen steigerte. Ein lebhafter Beitritt der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Konsumgenossenschaft würde zur Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in Berlin wesentlich beitragen.

Ergebnisse des Konsumvereins Leipzig-Flagwitz.

Eine einzige schwere Anklage gegen Regierung, Reichstagsmehrheit und Agrarierum ist der 22. Geschäftsbericht des Jahres 1906/07 des zweitgrößten deutschen Konsumvereins Leipzig-Flagwitz. In der Generalversammlung am Sonntag, den 30. September, führte nämlich der Geschäftsführer Johannes aus, daß die Geschäfte des Konsumvereins durch den Zolltarif entscheidend beeinträchtigt worden seien und in Zukunft noch mehr beeinträchtigt sein werden. Wohl sei das letzte Jahr ein Prosperitätsjahr im deutschen Wirtschaftsleben gewesen, wohl haben die Löhne der Arbeiter etwas angezogen. Aber dieser Vorteil sei doppelt und dreifach durch die Steigerung der Lebens- und Genussmittelpreise wieder aufgehoben worden. Der Umsatz sei allerdings um 207 888 M. gegen das Vorjahr gestiegen. Pro Mitglied entfiel ein Durchschnittsumsatz im Jahre 1904 von 329,70 M., im Jahre 1905 von 341,30 M. und im Jahre 1906 von 373 M. Aber der Warenmangel ist deshalb nicht gestiegen. Trotzdem das einzelne Mitglied im Jahre 1906 mehr Geld an den Konsumverein bei seinem Umsatz bezahlt hat, hat es nicht mehr Waren dafür bekommen als im Vorjahre.

Fast alle Konsumartikel hätten im Preise bedeutend angezogen. Daraus erklärt es sich, daß der Umsatz in den Spezial- (Schuh- und Schnittwaren) Geschäften sich vermindert habe. Plüffe der Arbeiter für seine notwendigen Lebensmittel um so viel mehr als bisher bezahlten, dann ist er gezwungen beim Kauf von Wäsche und sonstigen Bekleidungsmiteln zurückzuhalten.

Zum Beweise für die Preissteigerung, die die notwendigen Lebensmittel erfahren haben, folgendes. Die Kartoffelernte sei in diesem Jahre 12 Millionen Tonnen höher als im Vorjahre. Trotzdem stiegen die Kartoffelpreise jetzt oft 25 und 30 Prozent höher. Auch die Roggen- und Weizenerte sei keine ungünstige gewesen, aber der Preis des Kornes ist ganz unverhältnismäßig gestiegen. Roggen notierte an der Leipziger Börse im Juni 1904 181 M., 1905 158 M., 1906 168 M. und jetzt 172 M. Der neue Zolltarif bringt allein für Roggen einen Aufschlag von 42 Prozent. Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß der Kornpreis weiter steigen wird, ist der Konsumverein gezwungen, die Brotpreise zu erhöhen. Ebenso erhöht haben die Preise für Hülsenfrüchte, Heringe und Schmalz angezogen. Die Vinsen steigen aber gar detart im Preise, daß sie aus einem Nahrungsmittel zu einem Genussmittel werden müssen. Trotzdem die Qualität schlechter sei, als in den Vorjahren, sei der Einkaufspreis für Vinsen jetzt genau so hoch, als sonst der Verkaufspreis.

Vor allem sei aber der Fleischkonsum ganz bedeutend gefallen. Auf dem Leipziger Schlachthofe wurden im Jahre 1906 14 878 Stück Vieh weniger aufgetrieben, und dabei ist der Viehauftrieb schon im Jahre 1905 um 10 428 Stück zurückgegangen. Kein Wunder, wenn dabei die Viehpreise kolossal gestiegen sind.

Es betrug der Preis im August

	für Käse	Räuber	Schafe	Schweine
1904	75 M.	40 M.	38 M.	66 M.
1905	84	56	42	72
1906	92	60	44	76

Bei solchen Fleischpreisen müssen allerdings die Arbeiter unfreiwillig zu Vegetariern werden.

Da der Bruttopreis auf 117 M. gegen 112 M. im Jahre 1904 gestiegen ist, steigt zwar der Konsum, aber auch der Preis der Margarine. Den allerhöchsten Preisaufschlag haben aber Mandeln und Nüssen erfahren, da allein der Zollaufschlag 200 Proz. beträgt. Der Preis wird zu Weihnachten eine derartige Höhe erreicht haben, daß die Hausfrauen beim Kuchenbacken auf Mandeln und Nüssen verzichten müssen.

Diese Teuerungen, führte der Geschäftsführer des Konsumvereins aus, sind nicht durch Missetaten, sondern durch die Handels- und Zollpolitik des Deutschen Reiches gekommen. Und diese Teuerung werde leider auch noch für die Zukunft anhalten.

Folgende Mitteilung verdient noch hervorgehoben zu werden. Der Vorstand kann keine Kohlenbestellungen mehr annehmen, da es dem Kohlenverkaußshundikat gar nicht einfällt, die Lieferungsverträge einzufüllen. In den letzten zwei Monaten seien 81 Wagen a 200 Doppelzentner soch weniger geliefert worden, als bestellt worden seien.

Der ganze Bericht ziffernmäßig leider alles, was die Sozialdemokratie vorausgesagt hat, nämlich daß der Zolltarif dem Proletariat schwere Wunden schlagen wird.

Aus Industrie und Handel.

Jedem das Seine.

Das Gusskühlwerk Bitten brachte für das letzte Jahr bei einem Aktienkapital von 4 Millionen Mark einen Bruttogewinn von 2 137 371 M. heraus. Nach sehr reichlichen Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 1 120 678 M., woraus 20 Proz. Dividende — gegen 13 Proz. im Vorjahre — zur Verteilung gelangen. Selbstverständlich sind auch die Löhne gestiegen, die Arbeiter haben viel mehr schaffen müssen. Durch Steigerung der Intensität der Arbeit und durch Uebererschichten haben sie das Einkommen erhöht. Aber trotzdem bleibt ihre Einkommenssteigerung hinter der der Dividendenmacher weit zurück. Auf den Kopf der Beschäftigten berechnet stellt sich gegen das Vorjahr die Steigerung des Arbeitereinkommens auf 12 Proz. des Bruttogewinns auf 28 „ des Reingewinns auf 51 „ der Dividendensumme auf 54 „

Den eigentlichen Gewinn der günstigen Konjunktur schluden die Unternehmer fast restlos weg. Außer dem, was der Arbeiter durch Mehrarbeit erzielt, fallen höchstens noch einige Gnadenbröckchen für ihn ab. Aber das Gewinn über die bedrohlich hoch steigenden Löhne hört nicht auf, man möchte durch immer weiter getriebene Preissteigerung die Gewinne auf einen noch höheren Stand bringen und sich dabei über die Begehrlichkeit der Arbeiter enttäuschen.

Geschäftsergebnisse. Bei 4 326 200 Mark Uebersehuh und 1,6 Millionen Mark Abschreibungen verteilt der Schwedter Vergewerksverein für das letzte Jahr 14 Proz. Dividende. Die Lantime beanprucht 245 803 Mark. — Auf 10 Proz. ist die Dividende der Hooper Eisen- und Stahlwerke bemessen. Der Reingewinn stieg von 750 133 Mark auf 800 434 Mark. — Die Westfälischen Stahlwerke in Bochum, die seit 5 Jahren keine Dividende abwarfen, brachten für das letzte Jahr für das auf 10 Millionen Mark erhöhte Aktienkapital 4 Proz. heraus.

Bismarckhütte. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 22 Proz. fest. Beschlossen wurde, das Aktienkapital um 4 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. 2 1/2 Mill. dienen zum Erwerbe der Wehlen-Falzhütte.

Und immer noch Preissteigerungen. Nochmals haben die Weisfelder Leinenwebereien einen Preisaufschlag eintreten lassen. — Die Hesse-Kassauische Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlwerke gibt einen Preisaufschlag auf Handlungsgüter von 2 M. für die 100 Kilogramm bekannt mit dem Hinzufügen, daß infolge der steigenden Selbstkosten mit einem weiteren Aufschlag in nicht allzu ferner Zeit gerechnet werden müsse.

Das Roheisenhndikat erhöhte die Verkaufspreise für Ruddleisen und Stahleisen um 10 Mark für die Tonne für das erste Vierteljahr 1907. Die gleiche Erhöhung tritt für Bessemereisen und Balzgußeisen ein. Ferner wurde beschlossen, das Vertragsverhältnis zwischen der Rheinisch-Westfälischen Gruppe und der Siegerländer Gruppe bis Ende 1908 zu verlängern.

Die Schweisereisenwerke in Hagen haben beschlossen, die Preise um 3 Mark pro Tonne auf 155 Mark zu erhöhen. Die meisten Werke erklärten aber, infolge überreicher Beschäftigung nicht unter 157,50 Mark verkaufen zu wollen. Um 2 Mark pro 100 kg setzte der Stahlrohrenverband die Preise hinaus. — Die verarbeitende Industrie wird natürlich die Verkaufspreise den gestiegenen Materialpreisen anpassen und dann erhöhen die Rohproduzenten wieder, weil die Preise der Erzeugnisse angezogen haben. Eine Schraube ohne Ende!

Zur Zigarettensteuer. Durch die Fachpresse und einen Teil der Tageszeitungen ging kürzlich die Behauptung, daß der Einzelverkauf von Zigaretten vom 1. Januar 1907 an verboten werden würde. Der Syndikus des Verbandes der Deutschen Zigarettenindustrie teilt nach Rücksprache an maßgebender Stelle mit, daß diese Frage bisher gar nicht erörtert wurde, daß aber auch gar nicht die Absicht bestehe, der Frage eines Verbotes des Einzelverkaufs von Zigaretten irgendwie näherzutreten.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Friedenau. Dienstag, den 2. Oktober, 1/2 Uhr, bei Grube: Vortrag des Herrn Störmer: „Der Kampf ums Recht“.

Rigsdorf. Mittwoch, den 3. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstraße 150/51: Generalversammlung. Vortrag des Genossen Anger: „Wie stellen sich die modernen Arbeiter zur Frauenarbeit?“ Neuwahlen.

Reinickendorf-Ost. Mittwoch, den 3. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Gräber, Doppelstraße 24: Vortrag.

Vermischtes.

In der Mausefalle. Sonnabend gegen 10 Uhr 30 Minuten wurde zwischen den Stationen Graudenz und Wosarten auf dem Wegübergang der Straße nach dem Pfaffenberge ein Dienstfuhrwerk des Infanterieregiments Nr. 141 beim Schließen der Zugbrücke eingeklemmt und vom Schnellzug 67 überfahren. Zwei Offiziere und ein Jährlich konnten sich durch rechtzeitiges Abspringen retten. Der Russier, Musikfiet Schewe von der 4. Kompanie Infanterieregiments 141, wurde schwer verletzt und, nachdem er vom Bahnarzt, Medizinalrat Hehnader, die erste Hilfe erhalten hatte, nach dem Garnisonlazarett geschafft. Der Wagen wurde zertrennt, das Pferd blieb unverletzt. Schnellzug 67 erlitt eine Verpätung von etwa 30 Minuten. Die Untersuchung über die Ursache des Unfalls ist eingeleitet, jedoch noch nicht abgeschlossen.

Eine internationale Luftballonwettkfahrt um den Gordon-Bennet-Preis ist am Sonntag von Paris aus veranstaltet worden. 16 Ballons beteiligten sich an der Fahrt. Mehrere Teilnehmer an der Veranstaltung, darunter die beiden Deutschen Baron Dewald und von Abercorn sind Sonntag in später Abendstunde in den nordwestlichen Departements Frankreichs gelandet. Mehrere andere Ballons nahmen ihre Fahrt über England, wo deren sechs geendet wurden.

Unwetter in Spanien.

Madrid, 30. September. Durch ein Unwetter sind in Andalusien Verwüstungen angerichtet worden. Die Vorstädte von Sevilla sind überschwemmt, mehrere Personen sind ertrunken. Die Eisenbahn ist in der Nähe von Cadix auf eine Strecke von mehreren Kilometern unterbrochen.

Genesaca, 29. September. Hier sind gegen 2000 Menschen durch den Ozean obdachlos geworden; die Quarantänestation ist zerstört, das Hospital hinweggeschwemmt; das Fort Velasco ist fast vollständig; mehrere Kriegsfahrzeuge sind beschädigt und gescheitert; 19 auswärtige Schiffe sind auf Land aufgelaufen, ebenso zahlreiche kleinere Fahrzeuge; die Zahl der Ertrunkenen beträgt 25.

A. WERTHEIM

GARDINEN

Englische Tüllgardinen	weiss und creme	Meter	38 Pf., 55 Pf.
Englische Tüllgardinen	weiss und creme	Fenster	2.60, 3.75 Mk.
Englische Tüllstores	weiss und creme	Stück	1.90, 3 Mk.
Englische Tüll-Bettdecken	weiss und creme	1 Bett	1.85, 3.50 Mk.
Englische Tüll-Bettdecken	weiss und creme	2 Betten	3.90, 5.25 Mk.
Engl. Tüll-Scheibengardinen	weiss und creme	Meter	30 Pf., 45 Pf.
Lacet-Stores		Stück	4.75, 6.75 Mk.
Lacet-Gardinen		Fenster	9.75, 11 Mk.
Lacet-Stores	mit Volants		6 Mk., 9.25 Mk.
Lacet-Bettdecken		1 Bett	7.75, 9.75, 2 Betten 9.50, 14.25
Lacet-Scheibengardinen	Brisee-blaes	80 Pf.	1.40 Mk.

DECKEN

Phantasie-Diwandecken	4.35, 6.50 Mk.
Plüsch-Diwandecken	26 Mk., 29 Mk.
Melierte Schlafdecken	3.50, 4.50 Mk.
Kameelhaar-Decken	8.75, 10.50 Mk.
Plüsch-Reisedecken	7.50, 10.50 Mk.

PORTIEREN

Fensterdekoration	Filztuch, gestickt	3.90, 7.50 Mk.
Fenster-Dekorationen	Leinenplüsch, gestickt	8.25, 10.75 Mk.
Schlafzimmer-Dekorationen		9.75, 11.25 Mk.
Herrenzimmer-Dekorationen	persisches Muster	14 Mk., 17.50 Mk.

TEPPICHE

	180/190 cm	165/200 cm	190/200 cm
Imitiert Perserteppiche	5.75,	8.50,	13 Mk.
Tapestry-Teppiche	9.75,	14.50,	23 Mk.
Velours-Teppiche	16 Mk.,	26.50,	39 Mk.
Axminster-Teppiche	9.75,	17.50,	25.50
Axminster-Teppiche	14 Mk.,	21.50,	31.50
Tapestry-Vorleger	2.10,	2.75	Mk.
Velours-Vorleger	3.25,	3.90	Mk.
Axminster-Teppiche	2.50,	4.25	Mk.
Jute-Läuferstoffe	75 Pf.,	1.05	Mk.
Kokos-Läuferstoffe	90 Pf.,	1.20	Mk.
Tapestry-Läuferstoffe		1.75	Mk.

Preiswerte Posten:

Engl. Tüllgardinen	weiss u. creme	regul. Preis	4.25, 5 Mk., 6 Mk.
Ocker Tüll-Stores		regul. Preis	7 Mk., 9 Mk., 12 Mk.
Farbige Etamine-Stores	regulärer Preis	6 Mk. b. 6.50	Stück 4.75 Mk.
Kongress-Vitrage		regulärer Preis	50, 65, 80 Pf.
Lacet Scheibengardinen	Brisee-blaes	Stück	2.10 Mk.
Moquette-Plüsche		regulärer Preis	6.75, Mtr. 4.75 Mk.
Moquette Diwandecken	mit angeknüpfter Franse	regul. Preis	24 Mk., 18.50

Axminster-Teppiche

verschiedene Qualitäten und Grössen

bedeutend unter regul. Preisen

Erker-Teppiche	regul. Preis	13 Mk. 9.75
1a Axminster Vorleger	regul. Preis	8.75 Mk. 6.90
Linoleumläufer	ca. 67 cm breit	Meter 67 Pf.
Renaissance-Kissen	Sammet mit Gold durchwirkt	2.90

Tischdecken

Moquette-Plüschdecken, gestickte Plüschdecken, gestickte Filz- u. Tuchdecken und gewebte Phantasie-Decken

bedeutend unter regul. Preisen

Diwandecken

Moquetteplüsch-, Axminster- und gewebte Phantasie-Decken

bedeutend unter regul. Preisen

Oriental. Teppiche und Stickereien

Direkter Einkauf an den Hauptstapelplätzen des Orients

Reichhaltige Auswahl in persischen, kaukasischen, anatolischen u. indischen Teppichen

Neue und antike Gebetteppiche, Seidenteppiche, Galerieläufer

Ausgewählte exotische Exemplare

Djadjims, Kelims, Kissen, Waffen, Holzmöbel u. dergl.

LIBERTY-ABTEILUNG

ALLEINVERTRIEB

ALLER ECHTEN ERZEUGNISSE VON
LIBERTY & CO. LTD., LONDON.

Möbelstoffe
Cretonnes
Velvets
Brokatstoffe
Seidenstoffe

Gardinstoffe
Dekorationsstoffe
Kissenbezüge
Fertige Kissen
Tischdecken

Lampenschirme
Seidene Schals
Seidene Blusen
Theater-Capes
Pompadours

Internationaler Arbeiterschuhkongress in Genf.

(27. bis 29. September.)

Zu dem ersten Punkt der Tagesordnung: Berner Staatenkonferenz.

Beauftragten Professor Grande und Jagnot, Referenten der I. Kommission, im Namen dieser Kommission das Bureau der Internationalen Vereinigung zu beauftragen, den Staatsregierungen, welche ihren Beitritt zu den Arbeiterschuhverträgen von Bern vom 20. September 1905 erklärt haben, den Dank der Vereinigung auszusprechen und den hohen schweizerischen Bundesrat zum Erfolg seiner Bemühungen zu beglückwünschen.

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschuh.

Aus den vorliegenden Berichten ist ersichtlich, daß die Internationale Vereinigung und das Internationale Arbeitsamt seit der letzten Delegiertenversammlung (1904) einen Aufschwung genommen. In Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Spanien und Dänemark sind neue Landessektionen gegründet worden.

Internationales Arbeitsamt.

Das Amt hat seine bereits feststehenden Aufgaben weitergeführt, die hauptsächlich in der Redaktion des in deutscher und französischer Sprache erscheinenden Bulletin, in der Erteilung von Auskünften über Fragen des Arbeiterschutzes und in der Durchführung der für die Zwecke der I. V. erforderlichen Enquêtes und Untersuchungen bestehen.

Im Hinblick auf die befriedigende Lage der Vereinigung und des Arbeitsamtes werden folgende Anträge der ersten Kommission angenommen: Das Bureau der Internationalen Vereinigung wird beauftragt, denjenigen Staatsregierungen, welche durch Erhöhung ihrer Staatsbeiträge wesentlich zur Ordnung des Finanzhaushalts der Vereinigung und zur erfolgreichen Fortführung des Internationalen Arbeitsamtes beigetragen haben, den Dank der Vereinigung auszusprechen.

Durchführung der Arbeiterschuhgesetze.

Wie der Wert jedes Gesetzes nicht allein von dessen Redaktion, sondern auch von der Auslegung und Durchführung abhängt, so trifft dies in besonderem Maße für Arbeiterschuhgesetze zu, und in dem Maße, als die Bestimmungen für internationale Arbeiterschuhverträge an Erfolg gewinnen, erhält auch die Frage der Gesetzeshandhabung internationale Bedeutung.

Kinderschuh.

Im Hinblick auf den engen Zusammenhang der Jugendarbeit und der Kinderarbeit, deren Unterscheidung in verschiedenen Staaten verschieden ist, und da die Arbeit der Jugendlichen von der Vereinigung behandelt wird, beschließt der Kongress: Das Bureau wird beauftragt, die Sektionen einzuladen, über den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit und die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der getöchterlich tätigen Kinder, mit Einschluß des Gehaltens derselben, Berichte zu erlangen und auf Grund dieser Berichte der nächsten Delegiertenversammlung einen zusammenfassenden Bericht vorzulegen.

Weiß- und andere gewerbliche Vergiftungen.

Um in dieser so brennenden Frage weiterzukommen, soll die Vereinigung die Sektionen veranlassen, durch Sachverständigen Erhebungen über die Gefahren bei der Herstellung und der Anwendung der Weißfarben, sowie in der keramischen und polypgraphischen Industrie anstellen und bis zum 1. Januar 1908 Bericht erstatten zu lassen und Berichte über das Verbot des Weißfarbenverbrauches bis zum 1. März 1908 vorzulegen.

lassen und Berichte über das Verbot des Weißfarbenverbrauches bis zum 1. März 1908 vorzulegen. Drei Sachverständige sollen beauftragt werden, unter Jugendbegleitung der von den Landessektionen eingegangenen Liste eine endgültige Aufstellung der wichtigsten gewerblichen Gifte nach dem Grade ihrer Gefährlichkeit auszuarbeiten.

Nacharbeit der jugendlichen Arbeiter.

Die Jugendlichen entbehren zwar nur in Süd- und Zentralamerika und Japan jeder Regelung; in den meisten Staaten der Nordamerikanischen Union ist die Arbeitszeit der Jugendlichen überhaupt auf acht Stunden täglich limitiert, ohne daß indessen die Nacharbeit besonders verboten wäre und die europäischen Industriestaaten verbieten die Nacharbeit der Jugendlichen grundsätzlich, aber es bestehen dabei doch Verschiedenheiten: 1. in der verschiedenartigen Fassung des Begriffes des jugendlichen Arbeiters (in Rußland bis zum 15., in Frankreich bis zum 18. Altersjahre), 2. in der Auffassung des Begriffes Nacht (in Rußland sechs, in der Schweiz zehn Stunden), und 3. in der verschiedenartigen Regelung der Ausnahmen vom Verbote der Nacharbeit.

Maximalarbeitszeit.

Der personale Arbeiterschuh, führt Professor Sombart aus, hat den Zweck der Erhaltung der Klasse, darum schätzen wir die Frauen, darum schätzen wir Kinder. Den Schuh auf diese beiden zu beschränken, ist aber sehr kurzfristig, zur Familie gehört auch der Familienvater und bleibe dieser ungeschützt, dann ist der Schuh unvollständig. Wenn dagegen noch das alte Argument der Freiheit des Individuums erhoben wird, da ein Eingreifen des Staates nur für die Unmündigen angebracht ist, so ist darauf zu antworten, daß der erste Schritt längst getan ist, was auch Macaulay schon 1848 klarlegte, im Sonntagsschuh und in den Arbeitszeitbeschränkungen gewisser Industrien und daß es ganz unzulässig ist, in gleicher Weise arbeitende Frauen als unständig zu bezeichnen.

Heimarbeit.

Die Heimarbeitfrage beschäftigte ihre Kommission sehr lange, trotzdem gelangte man nur zu sehr wenig befriedigenden Resolutionen. Zunächst herrscht Uebereinstimmung darüber, daß die in der Hausindustrie bereits nachgewiesenen Uebelstände ein Eingreifen der Staatsgewalt notwendig machen. Das nächste Bedürfnis ist, den Heimarbeitern lernen zu lassen, zu wissen, welche und wieviele Heimarbeiter existieren. Zu diesem Zweck sollen die nationalen Sektionen von ihren respektiven Regierungen gesetzliche Maßnahmen verlangen, durch welche für den Arbeitgeber (Verleger und Zwischenmeister) die Verpflichtung ausgesprochen wird, ein Verzeichnis der von ihnen außerhalb ihrer Betriebswerkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu führen und den Behörden auf Verlangen jederzeit vorzulegen.

Versicherung.

Im Namen der Kommission für die Fragen der Arbeiterversicherung referieren die Herren Corvi und Freigenwiler. Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen stellen eine Weiterführung der von der Internationalen Vereinigung schon im Jahre 1904 auf Antrag des Herrn Ministerialdirektors Caspar und Herrn Millerand angenommenen Grundgedanken dar, wonach für die rechtliche Stellung des erkrankten oder unfallverletzten Arbeiters möglichst der Sitz des Betriebes, nicht aber der Wohnort oder die Staatsangehörigkeit des Arbeiters maßgebend sein soll.

fehrgebung als auch in dem internationalen Verträge wirken, über den Erfolg ihrer Bemühungen dem nächsten Kongress Bericht erstatten und den Entwurf eines internationalen Vertrags vorlegen. Diese Anträge werden ohne Diskussion angenommen.

Das Ergebnis der unverbindlichen Beratungen muß als ein außerordentlich mageres erachtet werden; auf allen Gebieten (Weiß- und Giffrage, Kinderarbeit, Maximalarbeitszeit, Heimarbeit) zwar Anerkennung der Dringlichkeit internationaler Regelung, aber gleichzeitig Aufstellung so unausreichender Forderungen, daß deren Aufstellung eher einen Demusch als eine Förderung dieser so wichtigen sozialen Aufgaben bedeutet. Die Arbeiterklasse erhofft auch aus diesen Beratungen sozial wohlwollender Männer, daß ein ausreichender Arbeiterschuh lediglich durch die Arbeiterklasse selbst erkämpft werden kann.

Aus der Partei.

Der neunte italienische Parteitag.

Rom, 25. September. (Eig. Ber.) Für den am 7. Oktober in Rom zusammen tretenden Parteitag hat die Verwaltung der italienischen Staatsbahnen die bei allen Kongressen übliche Fahrpreisreduktion bewilligt. Sie beträgt je nach der Entfernung 15-20 Proz. des Preises für einfache Fahrt. Ausländische Parteigenossen, die als Gäste an dem Parteitag teilnehmen wollen, müssen sich an den Parteivorstand (Rom, Via San Claudio 57) wenden, um die auf die Reduktion Anrecht gebenden Papiere zu erhalten.

Der Parteitag, an dem gegen 500 Delegierte teilnehmen werden findet im Volkshaus statt, das bei dieser Gelegenheit eingeweiht wird. Das Volkshaus, in der Nähe des Kolosseums gelegen, ist Eigentum der römischen Maurergewerkschaft und des italienischen Parteivorstandes. Ein Genosse, Genosse Celestia, hat den Maurern zum Bau eines eigenen Heims die Summe von rund 100 000 Lire gegeben; die Maurer haben dem zum großen Teil durch Gratisarbeit am Sonntag, den Bau ausgeführt, der zurzeit noch nicht beendet ist und auch zum Parteitag noch nicht ganz fertig sein kann.

Die Sitzungen finden in dem großen, 500 Quadratmeter messenden Saal statt. Die Tagesordnung sei hier noch einmal wiederholt:

- 1. Konstituierung des Bureaus und Prüfung der Mandate. 2. Verwaltungsbericht des Zentralsekretariats. 3. Bericht des Parteivorstandes. 4. Bericht der Fraktion. 5. Bericht des „Avanti“. 6. Politische Aktion der Partei. Referenten: A. Labriola, D. Morganti, G. E. Modigliani. 7. Beziehungen der Partei: a) zu den Gewerkschaften. Referenten: Leone und Vergamini; b) zur Parlamentarierfraktion. Referenten: Leone und Rigola; c) zur sozialistischen Presse. Ref. E. Cicotti. 8. Parteistatut und Wahl des Parteivorstandes. 9. Antimilitarismus. Ref. Remuadi. 10. Allgemeines Wahlrecht. Ref. Venturi. Bei Punkt 1 wird die Frage zu erledigen sein, ob die Autonomien zum Parteitag zugelassen werden können; sie beanspruchen dies nämlich als ihr Recht und haben Delegierte ernannt, obwohl sie außerhalb der Parteioorganisation stehen. Bei Punkt 3 wird über das Verhalten der Parlamentarierfraktion, im Gegensatz zum Kongressbeschluss, gegenüber dem Ministerium verhandelt werden. Auch der Bericht des „Avanti“ wird zu heftigen Auseinandersetzungen führen, da Reformisten und Syndikalisten gemeinsam gegen die jegliche Redaktion Stellung nehmen werden. Die Hauptfrage des Kongresses wird aber unter Punkt 6 verhandelt, der wohl die meiste Zeit in Anspruch nehmen wird, so daß die anderen Thematika kaum genügende Würdigung finden dürften.

Der Fortschritt der Parteipresse. Im neuen Gewande erschienen am Sonntag die „Neuzeitliche Tribune“ zu Gera und die „Volkzeitung“ zu Mainz. Beide Organe werden von nun an auf der Rotationsmaschine gedruckt. Die „Neuzeitliche Tribune“ wird am 1. Januar auch ein eigenes Heim beziehen.

Sidungsbestrebungen.

Das Gewerkschaftsforum Neumünster in Holstein veranstaltet in diesem Monat einen populär-naturwissenschaftlichen Vortragszyklus mit Lichtbilderdemonstrationen von sechs Abenden über das Thema: „Natürliche Schöpfungsgeschichte oder allgemeine Entwicklungsgeschichte des Naturganzen“. Vortragender der allgemeine N. D. Saage aus Friedrichshagen. An dem Zyklus, der am 21. September schon begonnen hat, nehmen 600 Hörer teil.

Im Königreich Hehl. Ein Teil der Delegierten zum Mannheimer Parteitag hat am Sonntag einen Ausflug nach Worms gemacht. Im Reiche des heiligen Leobalds, des Freiherren v. Hehl zu Hemsheim sind sie indes sehr unglücklich empfangen worden. Alle Säle wurden ihnen verweigert, so daß man unter freiem Himmel im Garten des Gewerkschaftshauses zusammentreten mußte. Vorher hatte ein imposanter Stadumzug stattgefunden. Verschiedene Ansprachen wurden gehalten. — Es ging also auch so.

Lebensliste. In Wandsbel starb der Genosse Paul Köhler an der Proletarierrkrankheit. Er hat in der Gewerkschaft wie in der Partei eifrig gearbeitet und öfter Vertrauensposten bekleidet.

Die ungarischen Sozialisten. Die Präfektur von Budapest hat soeben den Minister des Innern einen Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokratie im vergangenen Jahre abgelegt, woraus hervorgeht, daß alle übrigen Parteien Ungarns zusammengenommen nicht eine so bedeutende Tätigkeit entwickelten, wie die Sozialdemokratie allein. In Budapest wurden 623 öffentliche Versammlungen abgehalten und mehr als eine halbe Million Broschüren und Flugblätter verbreitet. Den Organisationen haben sich über 71 000 Mitglieder angeschlossen und die für die Propaganda verwendete Summe beträgt über 140 000 Kronen.

Aufgehobene Ausschließung von Genossen. Rom, den 27. September. (Eig. Ber.) Die aus politischen Gründen aus der Partei ausgeschlossenen Mitglieder haben in Italien das Recht, an den Parteivorstand zu appellieren. Von diesem Recht haben die römischen Reformisten Gebrauch gemacht, die im September vorigen Jahres ausgeschlossen wurden, weil sie, entgegen dem Beschluß der Parteisektion bei den kommunalen Wahlen ein Bündnis mit den Liberalen (Antifiskalisten) in einem öffentlichen Aufruf empfahlen und auch für einen Teil der liberalen Liste — in Ergänzung der sozialistischen Minoritätsliste — gestimmt hatten. Nachdem die Parteisektion sie wegen dieses Disziplinverstoßes ausgeschlossen hatte, erklärten sich die übrigen Reformisten nachträglich mit ihnen solidarisch und wurden auch ausgeschlossen.

Diese beiden Beschlüsse hat nun der Parteivorstand aufgehoben — einstimmig, unter Stimmeneinhaltung Vissolatis, der einer der Ausschlossenen ist. In der Begründung heißt es, daß zu unterscheiden ist zwischen den Genossen, die durch ihre Wahlaktion die Parteidisziplin verletzten, und denen, die sich nachträglich, als Reaktion auf die erfolgte Ausschließung, mit ihnen solidarisch erklärten. Für diese letzten wäre jede Disziplinarmaßregel unangehörig. Den anderen spricht der Parteivorstand den schärfsten Tadel aus, erklärt aber ihre Schuld durch die nunmehr seit einem Jahre dauernde Suspension für gelöscht.

Unter den somit wieder aufgenommenen Genossen befindet sich der administrative Sekretär der Partei, Genosse Mongini, ferner Bissolati, Bonomi, Cassola, Sui, Pire und andere in der reformistischen Bewegung oft genannte Personen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffkonto der Presse. Wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters von Chemnitz wurde am Freitag der Genosse Hermann Wendel von der Chemnitzer „Volkstimme“ durch das dortige Landgericht zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Tatbestand war folgender: In einer Notiz in der Nummer 143 vom 26. Juni beschuldigte die „Volkstimme“ mit der Verlogenheit der herrschenden bürgerlichen Gesellschaft, mit der Selbstgefälligkeit, sozialpolitische Einrichtungen heranzuführen. Es wurde unter anderem gesagt, daß die Bourgeois, die in Stadtverwaltungen das Szepter in den Händen haben, sich in Prozeduren mit ihrem Wohlwollen und ihrer Fürsorge für die proletarischen Bevölkerungsschichten gefallen, daß sie sich bei mancher Gelegenheit betwähren u. s. f. Dann wurde vom Oberbürgermeister Dr. Ved. gesagt, daß er gern mit solcher Salbung das Wohlwollen betone, das den ärmeren Mitbürgern gezeigt wird. Ganz allgemein wurde dann von den Reden gesagt, daß sie viel Heuchelei enthalten und daß die Fürsorge für die Armen zum guten Teil ein Mittel sei, das den besitzenden Klassen zum Nutzen gereichen soll.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Genossen Däumig vom „Volkstimme“ gegen das Urteil der Halle'schen Strafkammer vom 16. März 1906, das ihm wegen angeblicher Aufreizung zum Klassenhaß drei Monate Gefängnis androhte. Anlässlich des Hamburger Wahlrechtsraubes erschien im „Volkstimme“ ein Leitartikel, in dem zum Schluß als Ansporn zu weiterer tatkräftiger Agitation für die Sache der Partei die Schlussverse aus dem Meisterlied in Wallenstein's Lager von Schiller zitiert werden:

Und seht Ihr nicht das Leben ein,
Wie wird Euch das Leben gewonnen sein.

Das Gericht folgerte aus diesem Zitat eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten. Das Halle'sche Gericht als einziges. Denn eine ganze Anzahl von Blättern brachte den Artikel zum Abdruck. Außerhalb Halle's Mauern hielt man ihn aber nicht für staatsgefährlich. Nur in Halle erfolgte Anklage und Verurteilung.

Ein Nachklang vom 1. Mai. Ein harmloser Morgenspaziergang, den am 1. Mai mehrere Genossen von Aischersleben in zwanglosen Gruppen in den Stephanspark machten, wurde von der Polizei als gefährlicher Demonstrationzug angesehen. Sie wollte den „Zug“ sprengen und dabei gab es einige Auseinandersetzungen. Nach einigen Wochen bekamen 18 Genossen und zwei Genossinnen eine Anklage, in der ihnen zur Last gelegt wurde: 1. An einem Aufzuge, der die polizeiliche Genehmigung nicht hatte, teilgenommen zu haben, 2. der dreimaligen Aufforderung des zuständigen Beamten nicht Folge geleistet zu haben, drei Genossen werden als Führer des Aufzuges bezeichnet. Schließlich soll einer außerdem den Polizeikommissar beleidigt haben.

Das Landgericht Golzberg erkannte, es habe ein Aufzug stattgefunden, an dem sich die Angeklagten beteiligt haben. Es wurde daher gegen jeden der Angeklagten auf 10 M. Geldstrafe erkannt. Die Führerschaft sei nicht erwiesen, ebensowenig, daß die Menge den Anordnungen nicht Folge geleistet habe. Insofern müsse die Freisprechung erfolgen, dagegen sei die Beleidigung des Kommissars erwiesen. Der Beleidiger erhielt noch 20 M. Geldstrafe zusätzlich.

Verhandlung wegen Mordversuchs gegen die Erödlerin Ehrhardt.

Der Ueberfall, der am 14. April von zwei Leuten auf die 63jährige Erödlerin Josephine Ehrhardt in ihrem Geschäftsfleher am Fionckirchweg ausgeführt worden ist, kam gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Erörterung. Die auf versuchten Mord und schweren Raub lautende Anklage richtete sich gegen den noch nicht 21jährigen Friseurgehilfen Karl Brandt aus Altona und den Steinleger Karl Schaefer. Ersterer ist bisher nur einmal wegen Bettelns mit einem Tage Haft, letzterer, der verheiratet und Vater zweier Kinder ist, ist schon mehrmals vorbestraft. Der Angell. Brandt kam kurz vor Weihnachten 1905 mit etwa 46 M. in der Tasche nach Berlin. Das Geld reichte nicht lange, und er fristete sein Leben durch Gelegenheitsarbeiten. Schließlich legte er sich auf das Betteln. Ein Obdach hatte er nicht mehr und nächtigte teils im Asyl für Obdachlose, teils in Wartehäusern der Bahnhöfe. Kurz vor dem 1. April lernte er in der Herberge zur Heimat in der Auguststraße den Angell. Schaefer kennen. Dieser ist in Wallenstein als Sohn eines vielbeschäftigten Steinsehmeisters geboren, hat bei seinem Vater das Steinsehwerklernt und nachdem er in diesem Gewerbe in mehreren Städten gearbeitet hatte, sich verheiratet. Im Frühjahr vorigen Jahres zog er nach Berlin und war auch hier stets in Arbeit. Nach seiner Behauptung hat er im Winter bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gearbeitet. Er scheint davon gelebt zu haben, daß er unter falschem Namen Möbel auf Leihvertrag einnahm und sie dann sofort an Erödler verkaufte. Auch an Frau Ehrhardt hatte er schon einmal einen Spiegel verkauft. Am 14. April kamen nun die beiden Angeklagten in den Toddesfleher der Ehrhardt, angeblich um alte Möbel zu kaufen. Sie befragten einige Gegenstände, und da ein in der Küche befindlicher Hund sie störte, so gingen sie mit der Ehrhardt nach dem rechts neben dem Laden befindlichen Raum, in welchem Bettstellen und Matrassen aufgestellt waren; unauffällig machten sie die Tür hinter sich zu und behandelten dort auch noch einige Gegenstände. Blötzlich stürzte sich der eine der Angeklagten auf Frau Ehrhardt, würgte sie am Hals, und während der eine sie an den Händen seffelte, schlug der andere mit einem stumpfen Instrument, wahrscheinlich einem Gummischläuch, auf sie ein, so daß sie betäubt zu Boden stürzte. Die beiden Angeklagten raubten der Bewußtlosen aus der um ihren Leib geschnittenen Ledertasche ihr gesamtes Wechselgeld — nach ihrer Behauptung nur etwa 18 M. — und da der Hund in der Küche nun laut zu bellen anfing, riefen sie der Ueberfallenen die Kesseln los und ergriffen die Flucht. Obgleich der räuberische Ueberfall am helllichten Tage sich abspielte, hat niemand etwas davon bemerkt. Bald nachdem sich die Verbrecher entfernt hatten, kam Fräulein Ehrhardt wieder zu sich, schleppte sich die Kellertreppe hinauf und rief um Hilfe. An den Anschlagläuten erschien sehr bald die bekannte Bekanntschaft auf rotem Papier, durch welche auf die Entdeckung der Täter 1000 M. Belohnung ausgesetzt wurde.

Ermittlung der Täter.

Der Polizei wurden vom Publikum Mitteilungen gemacht, auf Grund deren der Kriminalkommissar Behn am nächsten Tage die Verbrecher festnehmen konnte. Die beiden Angeklagten hatten noch der Tat zunächst die geraubten 18 M. geteilt, dann verschiedene Lokale besucht und waren schließlich in einem Bouillonkeller in der Alten Jakobstraße gelandet. Hier schlief Schaefer ein, und als er um 2 Uhr morgens geweckt wurde, entdeckte er, daß ihm der Rest seines Raubantriebs in Höhe von 7 M. 50 Pf. gestohlen worden war, und zwar von seinem Komplizen Brandt, der sich entfernt hatte. Schaefer war nur noch im Besitze von 10 Pf. und hatte somit von dem Verbrechen nur einen ganz minimalen Vorteil gehabt. Schaefer wurde festgenommen, als er am Humboldthofen „pennen“ wollte; Brandt wurde in einer Kasse in der Driemenburgerstraße verhaftet.

Ausreden der Angeklagten.

Am gestrigen Termin verfolgten die beiden Angeklagten die Methode, die Hauptschuld von sich ab und auf den anderen zu wälzen. Da Schaefer behauptet, daß er in früheren Jahren mehrfach Krämpfe gehabt habe und manchmal gar nicht wisse, was er tue, so war Gerichtsphysikus Dr. Störmer als Sachverständiger geladen, und es mußten mehrere Zeugen über den Gesundheitszustand des Angeklagten vernommen werden.

Versuch, andere zur Mordtat zu bewegen.

Ein als Zeuge vernommener Arbeiter Max Heidenreich bezeugte, daß der Angell. Schaefer versucht habe, ihn zur Teilnahme an dem Attentat auf die Erödlerin zu bestimmen. Sie sind beide nach deren Geschäftskeller gegangen, um sich die Lokalität genau anzusehen. Der Zeuge hat dann Schaefer gefragt, wie er denn sich in den Besitz des Geldes setzen wolle. Darauf habe Schaefer gesagt: „Ich gebe ihr eins vor den Kopf und seffele sie; wenn sie dann noch mußt, dann stecke ich ihr ein Taschentuch in den Mund und wenn sie dann tot ist, dann kann ich auch nichts dafür.“ Der Zeuge hat, wie er behauptet, dem Schaefer zwei Tage lang die Sache ausgerebet und ihm am 14. April endgültig erklärt, nicht von der Partei zu sein. Als dann der Zeuge die Bekanntschaft der Polizei an den Anschlagläuten las, sah er zu seinem Schreck, daß sein eigenes Signalement als das eines Verbrechers angegeben worden war. Er ist deshalb schleunigst zur Polizei gegangen und hat dort angezeigt, daß er mit der Tat nichts zu tun habe, aber zwei Tage vorher von Schaefer zu einer solchen Tat überredet worden sollte. Auch ein Schiffer Thiele bezeugte, daß Schaefer versucht habe, auch ihn zu dem Raubanfall auf die Ehrhardt zu überreden. Er habe dabei gesagt: „Geld müßte er haben, es komme, wie es wolle.“ Dasselbe bezeugte ein Arbeiter Jordan, der gleichfalls eine Teilnahme an dem Verbrechenplan abgelehnt, dann aber gesehen hat, daß Brandt sich durch Handschlag dem Schaefer zur Teilnahme verpflichtet habe. Als die beiden Angeklagten nach der Tat wieder in die Herberge in der Auguststraße kamen, hat Schaefer einen Gummischläuch gehabt, den er weiter gab. — Der Angeklagte Schaefer verdächtigte diese Zeugen, daß sie nur deshalb auf die Polizei gelaufen seien, um sich die 1000 M. Belohnung zu verdienen.

Unter den weiter vernommenen Zeugen befand sich auch die Ueberfallene, die 63 Jahre alte unverehelichte

Erödlerin Josephine Ehrhardt.

Sie bezeugte mit Bestimmtheit, daß es Schaefer war, der nach einigen Verhandlungen über Möbelkauf ihr plötzlich an den Hals gesprungen sei und sie heftig gewürgt habe, wobei er sagte: „Ich will ja gar nicht Ihre Möbel, sondern nur Ihr Geld!“ Brandt habe dann, da sie versuchte, sich von ihrem Angreifer zu befreien, ihre Hände gefesselt und Schaefer habe mit einem harten Gegenstand mehrmals gegen ihren Kopf geschlagen, so daß sie ganz benimmungslos wurde. Als sie erwachte, habe sie in ihrem Mute gelegen und sich nach der Treppe geschleppt, wo sie fremde Leute um Hilfe bitten konnte. Sie hat etwa 10 Tage im Krankenhaus gelegen und später noch längere Zeit an Schwindelanfällen gelitten. Nach ihrer Ansicht befanden sich in ihrer Tasche etwa 50 M. in Silbergeld. Als Schaefer den ersten Schlag geführt, habe sie noch einen schwachen Laut von sich gegeben; da habe dann Brandt dem Schaefer durch ein Zeichen angedeutet, daß er nach ihrer Schläge schlagen solle und unmittelbar darauf habe sie den fürchterlichen Schlag erhalten, der sie benimmungslos machte. Den Gegenstand, womit Schaefer schlug, habe ihm Brandt erst zugezeigt. — Gerichtsphysikus Dr. Störmer gab sein

Gutachten

über Schaefer dahin ab, daß dieser ein nervöser, mindertwertiger Mann sei, auf den aber § 51 St. G. B. nicht anwendbar sei.

Der Wahrspruch der Geschworenen ist erst in später Nachtstunde zu erwarten.

Gerichts-Zeitung.

Ein Schuhmann gewerbmäßiger Dieb.

Als ein saubere Ordnungshüter erwies sich der Schuhmann Schaller in Rieneberg. Statt sich mit dem Rang von Spitzbuben zu beschäftigen, ging er selbst auf Gaunereien aus. Vor einiger Zeit wurde er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er auf der Wache einem Arbeiter, den er wegen einer Kleinigkeit verhaftete, aus dem in Verwahrung genommenen Portemonnaie ein Fünftelmstück stahl und sonstige Langfingerereien trieb. Wie sich später ergab, hat er noch mehr auf dem Kerbholz, sodaß er aus dem Gefängnis wiederum der Strafkammer vorgeführt werden mußte. In dem Schulhause am Markfeld, in dessen Erdgeschoß sich die Polizeiwache des Distrikts befindet, schlich er sich in den Pausen zwischen seinen Patrouillenmärschen in die Schulzimmer ein, öffnete die versperrten Pulse und stahl daraus Geldbeträge von 40 Pf. bis 250 M. Die als Fundgegenstände auf der Wache abgegebenen Schlüssel behielt er für sich, um sie als Diebwerkzeuge zu verwenden. Auch Sperchen fand man in seinem Besitz.

Unzulässige Verfolgung einer Kalenderverbreitung.

Wegen sonntagsheiliger Kalenderverbreitung wurde vor einigen Tagen vor der Strafkammer in Guben gegen den Genossen Pfeiffer verhandelt. Dieser hatte in Erfüllung seiner Parteipflicht am 4. Februar in Reffow bei Großen den „Märkischen Landboten“ verbreitet und wurde deshalb durch polizeiliche Strafverfügung vom 21. Februar in eine Geldstrafe von 9 M. genommen. Diese Verfügung ist ihm frühestens am 6. Mai — genau ließ sich das Datum nicht mehr feststellen — zugestellt worden.

Das Schöffengericht Croßen hatte die Strafverfügung bestätigt, indem es unter anderem annahm, daß eine Arbeit deshalb vorliege, weil der Angeklagte nach der Bekundung einer Zeitung bei der Aushändigung des Kalenders an sie schwierte — „ein Zeichen von Anstrengung“.

Gegen das schöffengerichtliche Urteil hatte Pfeiffer Verurteilung eingelegt. In der Verhandlung vor der Strafkammer tigte der Verteidiger Dr. Rosenfeld, daß die strafbare Handlung, wenn überhaupt eine solche vorliege, jedenfalls verjährt sei, weil zwischen dem Tage der Verbreitung und dem Tage der Zustellung der Strafverfügung eine mehr als dreimonatige Frist liegt. Nach langer Beratung verkündete das Gericht, daß nach seiner Auffassung die Verjährung schon mit dem Erlaß der Strafverfügung unterbrochen sei. Rummehr machte der Verteidiger geltend, daß dann jedenfalls seit dem Tage des Erlasses der Strafverfügung die Verjährungsfrist abgelaufen sei. Das mußte denn auch das Gericht anerkennen und das Verfahren einstellen. Dem weiteren Antrage des Verteidigers, auch die dem Angeklagten erwahtenen notwendigen Auslagen auf die Staatskasse zu übernehmen, wurde ebenfalls stattgegeben.

Diese Vorgänge beweisen wieder einmal, daß die Genossen unredt tun, wenn sie sich bei polizeilichen Strafverfügungen beruhigen. Anwalt und Staatsanwalt, Schöffengericht und Landgericht hatten übersehen, daß das gerichtliche Verfahren unzulässig war.

Die unheimliche Rolle, welche das Messer trotz harter Verurteilungen gewisser rober Durschen immer noch in nützlichen Erzeugen spielt, trat in mehreren Strafprozessen, die vor dem Forum der Raabiter Strafgerichte zur Verhandlung kamen, in überaus trauriger Weise hervor. Trotz des von den Strafrichtern angewendeten Sades: „pro Messerist ein Jahr Gefängnis“, mehren sich seit einiger Zeit in erschreckender Weise die Fälle, in denen rohe und brutale Patronen, denen der Alkohol zu Kopfe gestiegen ist, bei der geringsten Veranlassung das Messer herabzuziehen und blindlings drauf los stechen. Ein besonders trauriger Fall beschäftigte das Schwurgericht am Landgericht I. Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange mußten sich der Arbeiter Karl Seefeld und dessen Bruder, der Arbeiter Gustav Seefeld, verantworten. Am Abend des 9. Juni d. J. sahen die beiden Angeklagten mit mehreren Bekannten in einem Lokal in der Greifswalderstraße. Als man nach 1 Uhr nach dem Heimweg antrat, befanden sich sämtliche Personen in stark animierter Stimmung. In der Greifswalderstraße begegnete ihnen der Arbeiter Schönebeck, der angeblich die Ehefrau des Angeklagten Karl S. angerempelt haben sollte. Im nächsten Moment fiel auch schon die ganze Gesellschaft über Schönebeck her, der ruhig seinen Weg fortsetzen wollte. Besonders Karl Seefeld tat sich bei dieser „Helden-

that“ hervor; er zog sein Messer und verfehlte dem S. einen bedenklich wichtigen Stich in den Kopf, daß die Klinge abbrach. Der Geschworene stürzte wie vom Blitz getroffen zu Boden und verstarb nach kurzer Zeit. Trotz dieser Sachlage behaupteten beide Angeklagte vor Gericht, sie hätten nur in der Notwehr gehandelt. In der Beweisabnahme konnte nur bezüglich des Karl Seefeld eine Täterschaft festgestellt werden. Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß erkannte das Gericht unter Jubelung mildernder Umstände auf drei Jahre Gefängnis. Gustav S. wurde freigesprochen.

Eine ähnliche nächtliche Schlägerei, bei welcher ebenfalls durch einen Messerstich ein blühendes Menschenleben vernichtet wurde, lag einer Anklage wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zugrunde, die den Arbeiter Herrn Magulski vor die Geschworenen führte. Am Abend des 30. Juni d. J. hatte der Angeklagte an einer Geburtstagsfeier teilgenommen, die ein Bekannter in einem Lokal in der Birkenstraße veranstaltet hatte. Man trennte sich erst gegen Morgen, nachdem die aufgelagte halbe Sonne hier bis auf den letzten Rest ausgetrunken worden war. Auf dem Heimwege gefellte sich der Arbeiter Stanislaus Anskewasch zu dem Angeklagten, den er von früher her kannte. R. bot den Anwesenden seine gefüllte Schnapsflasche an, und der Angeklagte wies sie schroff zurück. Aus diesem geringfügigen Anlaß kam es zu einer allgemeinen Schlägerei, bei welcher Anskewasch von dem Angeklagten einen Messerstich in den Hals erhielt, durch den die große Schlagader durchgeschnitten wurde. Der Geschworene wurde sofort in das Raabiter Krankenhaus geschafft, dort trat aber schon nach kurzer Zeit der Tod durch Verblutung ein. — Vor Gericht erklärte der Angeklagte, er habe infolge seiner starken Angetrunkenheit nur das Gefühl gehabt, er werde angegriffen, und deshalb habe er mit dem Messer um sich geschlagen. Wen er getroffen habe, sei ihm erst später mitgeteilt worden. Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach fahrlässiger Tötung unter Jubelung mildernder Umstände. Das Urteil des Gerichtshofes lautete auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von noch zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Eine bestialische Raubtat, bei der ebenfalls das Messer in Funktion trat, führte den Währigen Arbeiter Theodor Keller vor die 1. Strafkammer des Landgerichts I. Der trotz seiner Jugend schon dreimal wegen Körperverletzung verurteilte Angeklagte hatte bei dem Kaufmann Stodhausen ein Zimmer gemietet. Anfänglich bezahlte er prompt die Miete, bald aber kam er seinen Verpflichtungen nicht mehr nach. Als Stodhausen ihn schließlich ernstlich mahnte, die Miete zu bezahlen, hatte der Angeklagte nur eine höhnische Antwort übrig. Inzwischen zeigte er ein aufgeklapptes Taschenmesser, welches er im Rockärmel versteckt hielt. Als 5 einige Tage später nochmals mahnte und den Angeklagten aufforderte, die Wohnung zu verlassen, drohte der freche Patron, mit einem offenen Messer spielend, er werde ihn über den Dauten stechen, wenn er noch einmal gemahnt würde. Kaum hatte Stodhausen den Rücken gewendet, als der Angeklagte ihm von hinten das Messer in den Rücken jagte. Eine besondere Brutalität legte T. dadurch zutage, daß er das Messer dann schneidend über den ganzen Rücken hinwegzog und so eine überaus schwere Verletzung herbeiführte. Stodhausen erlitt eine Zwerchfellverletzung und zugleich trat durch die Herzverwundung verschiedene Rückenmuskeln eine teilweise Lähmung des rechten Armes ein. Ein Arbeiter Epph, der dem Geschworenen zu Hilfe eilte, erhielt ebenfalls einen Stich in die linke Hand. Der Gerichtshof hielt mit Rücksicht auf die von dem Angeklagten zutage gelegte beispiellose Raubtat eine ganz empfindliche Strafe für angebracht und erkannte auf zwei Jahre Gefängnis, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß.

Versammlungen.

Holzarbeiterverband. In der am Mittwoch abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Zahlstelle Berlin erstattete Glode Bericht über den Anschluß des Verbandes der Maschinenarbeiter und des Vergolderverbandes an den Holzarbeiterverband. Beide Verbände haben ihren Uebertritt zum Holzarbeiterverband beschlossen; demselben werden dadurch 1800 Maschinenarbeiter und 800 Vergolder zugeführt, von denen je eine besondere Branche im Holzarbeiterverbande gebildet wird. Die beabsichtigten Beamten, welche die übertretenden Verbände hatten, erhalten auch im Holzarbeiterverbande entsprechende Ämter. Es handelt sich nun noch darum, daß die gegenwärtige Generalversammlung ihre formelle Zustimmung zu der Aufnahme der beiden Verbände und den Uebertrittsbedingungen gibt. Die Zustimmung erfolgte hierauf ohne jede Debatte. Der Uebertritt wird am 1. Oktober vollzogen. — J. A. K., der bisherige Geschäftsführer des Maschinenarbeiterverbandes, wurde einstimmig als zweiter Kassierer des Holzarbeiterverbandes gewählt. Gleichzeitig wurde eine Stichwahl für den Posten eines zweiten behandelnden Mitgliedes der Schlichtungskommission vollzogen. Die Wahl fiel auf Reich.

Als zweiter Punkt stand die Kündigung des Vertrages auf der Tagesordnung. Die Kündigung ist bekanntlich schon am 22. August von einer Vertrauensmännerversammlung beschlossen worden und bedarf nur noch der endgültigen Zustimmung der Generalversammlung. Nachdem Glode die Gesichtspunkte, welche bei der Reueberlegung des Vertrages in Frage kommen, kurz erläutert hatte, beschloß die Versammlung einstimmig, daß der Vertrag zum 15. Oktober zu kündigen ist, daß eine Erneuerung desselben wünschenswert, der Abschluß eines neuen Vertrages aber davon abhängig zu machen ist, daß für die Arbeiter günstigere Bedingungen, namentlich in bezug auf Arbeitszeit und Lohngarantie vorgesehen werden. — Die Formulierung der Forderungen, welche bei der Beratung des Vertrages an die Unternehmer gestellt werden sollen, bleibt der Vertrauensmännerversammlung überlassen.

Ueber den Drechslerstreik berichtete Pattloch: 68 Betriebe mit 171 Arbeitern haben die Forderungen ohne Streik bewilligt, 44 Betriebe mit 175 Arbeitern traten in den Streik, von diesen haben bis jetzt 21 Betriebe mit 71 Arbeitern bewilligt. Verhandlungen mit der Organisation der Drechslermeister werden in den nächsten Tagen stattfinden. Vorausichtlich wird der Streik bald mit einem vollen Erfolge abgeschlossen werden können.

Welches sind die nächsten und notwendigsten Forderungen der Berliner Maurer? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Ortsverein der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands am Mittwoch in einer Mitgliederversammlung, die den großen Saal bei Poeter in der Weberstraße füllte. Den einleitenden Vortrag hielt Julius Gehl. Er sprach zunächst für die Verlängerung der Arbeitszeit, die im nächsten Frühjahr, auch wenn es einen schweren Kampf kosten werde, durchgeführt werden müsse. Er wies darauf hin, daß es bereits zehn Jahre her ist, seitdem die Arbeitszeit der Maurer und Zimmerer Berlins um eine Stunde verlängert wurde, und daß in anderen Baubetrieben, wie bei den Kärnern, den Malzbräuern und den Töpfern schon eine längere Arbeitszeit besteht, ja, daß die Backsteinmurer kürzlich für dieses Jahr eine halbe Stunde Arbeitszeitverlängerung errungen haben und den Achtstundentag vom nächsten Jahre ab. Mit um so mehr Recht müßten dies die dem Wind und Wetter ausgesetzten Maurer in Ostbau fordern. Nicht minder notwendig sei eine Erhöhung der Löhne, die, wie sie jetzt seien, bei der übermäßigen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse und der Unsicherheit der Existenz zu einem auch nur einigermaßen menschenwürdigen Dasein nicht mehr ausreichen. Selbstverständlich sei es notwendig, daß die gesamten Maurer Berlins für die Forderungen einträten. Aus diesem Grunde habe man sich an den Zentralverband der Maurer gewandt, um dessen Stellung zu der Sache zu erfahren, und es sei auch bereits die Antwort eingetroffen, daß die Leitung mit den Verbandsmittgliedern Rücksprache nehmen wolle. Es sei nicht der Zweck der Versammlung, jetzt schon bestimmte Forderungen aufzustellen, sondern anregend auf die Mitglieder zu wirken, damit auf allen Punkten eine unabhägige Agitation für die Bewegung und für die Stärkung der Organisation entfaltet werde. Wollten die Maurer ihren alten Ruf als Pioniere der Arbeiterbewegung bewahren oder wiedergewinnen, so müßten sie jetzt endlich für bessere Arbeitsbedingungen und für bessere Zustände auf den Dauten sorgen und einen ernstlichen Kampf nicht scheuen.

— Im Laufe seines Vortrages sprach sich der Redner sehr entrüstet über den auf dem Parteitag vom Genossen v. Elm gestellten Antrag aus, der gegen die sogenannten Lokalisten gerichtet ist.

In der Diskussion, die sich an den Vortrag knüpfte, sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referats aus, und es zeigte sich, daß man allgemein entschlossen ist, alle für die Durchführung der Forderungen notwendigen Opfer zu bringen.

Der Verein Berlin der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands (früher Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft) hielt am 24. September in den „Rustlerjalen“ seine Generalversammlung ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer Wiesner den Kassenbericht. Derselbe lag gedruckt vor. Danach hatte der Verein vom Jahre 1906 einen Kassenbestand von 7943,57 M. Die Gesamteinnahme betrug im 1. Quartal 1906 5960,55 M. Die Gesamtausgabe 3915,25 M. Für das 2. Quartal betrug die Einnahme 12184,55 M. und die Ausgabe 13 675,21 M., so daß am 30. Juni 1906 ein Kassenbestand von 3548,21 M. vorhanden war. In beiden Quartalen wurden zusammen 36 248 Beitragsmarken verkauft. Aufgenommen wurden 601 Mitglieder. Für Streik- und Mahregelungsunterstützung wurden 16 904,35 M. verausgabt. An die Hauptkasse wurden 2000 M. zurückgezahlt. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Decharge erteilt. Hierauf erstattete der Geschäftsleiter Jedler einen summarischen Tätigkeitsbericht für das verlossene halbe Jahr. In der Diskussion kommt der Beschluß bezüglich der Reise zur Sprache, der lautet:

„Denjenigen Mitgliedern, die nach dem 1. Mai vorzeitig in die Betriebe hineingegangen sind, entziehen den Beschluß der einzelnen Betriebe, wird hiermit eine öffentliche Reue erteilt.“

Nach Klärung der Sache stimmt dann die Versammlung diesem Beschluß zu.

Berner berichtete als Obmann des Ausschusses über die Amtsniederlegung des Geschäftsführers. Derselbe hat seine Kante als Geschäftsführer der Gesamtorganisation und als Redakteur niedergelegt, da er mit dem zeitweiligen Verhalten der Berliner Mitgliedschaft und deren einzelnen Leitern nicht einverstanden war. In seine Stelle wird Schenker und in den Ausschuß Groth gewählt. Der Antrag, eine außerordentliche Konferenz einzuberufen, wird abgelehnt, und wird der Ausschuß mit den nötigen Schritten betraut. Die Wahlen werden dadurch erledigt, daß Schröder zum 1. Vorsitzenden, Jedler zum 2. Vorsitzenden, Busch zum 1. und Decker zum 2. Schriftführer und Wiesner als Kassierer gewählt werden. Als Revisoren werden gewählt Juri, Timm, Gohl; zum Korrespondenten wird Wötger und für den Süden Scholz, als Hilfskassierer für den Norden wird Hier gewählt. Die Revisoren sollen die einzelnen Branchen ernennen und werden diese dann in der nächsten Versammlung bestätigt. In die Hilfskommission werden Juri, Kubenz, Gerlach, Dertler und Rudolf gewählt. Nach einigen gewerkschaftlichen Debatten erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hielt am Sonntagmorgen ihre diesjährige Generalversammlung in Dräsel's Hof ab. Den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht erläuterte der Geschäftsführer Mengel. In der lebhaften Diskussion wurde die laue Agitationsweise in der Genossenschaftsbewegung kritisiert und auf die kräftig emporkommende Bewegung in der Provinz hingewiesen, die es ermöglicht, daß die Konsumgenossenschaften die Produktion selbst in die Hand nehmen und den Unternehmern sowie den Zwischenhändlern mehr und mehr zu beseitigen in der Lage sind. Die Berliner Arbeiterchaft bleibe zwar in der Gleichgültigkeit gegenüber der Genossenschaftsbewegung ihrer alten Tradition getreu, indem die Partei und auch die Genossenschaftsbewegung erst hier seitens der Arbeiter, als andere Orte längst vorangegangen waren; aber diese Gleichgültigkeit muß eher ein Ansporn sein, die Agitation lebhafter zu gestalten, als darin zu erlahmen. Am Schluß der Diskussion, an der sich Käter, Schimmelpennig, Grund u. a. beteiligten, wird gegen einige Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die 7. ordentliche Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend protestiert ganz entschieden gegen die Art und Weise, wie der Antrag betr. die Dividenden-garantie auf dem Unterbandstage in Notbus behandelt worden ist; sie erwartet vom nächsten Verbandstage, daß derselbe geeignete Schritte tut, um diesen genossenschaftschädlichen Praktiken die Spitze zu bieten.“ — In den Vorstand werden gewählt: Paul Müller, Expedient, als Beisitzer und an Stelle von Rich, der eine Wiederwahl ablehnte, Albert Werth, Gastwirt, als Schriftführer. In den Aufsichtsrat werden wieder gewählt: Friedrich Hoffmann, Klempner, Karl Rucke, Buchdrucker, Hermann Schierich, Ladierer, und neugewählt Wilhelm Kautz, Schneider und Max Wende, Zeichner. Als Ersatzpersonen: Richard, Klempner, Montag, Drechsler, Schmidt, Mechaniker, Jeschmann, Bauarbeiter und Järner. Nach einigen unwesentlichen, mehr reaktionellen Statutenänderungen entspinnt sich eine längere Debatte über den Antrag des Aufsichtsrats: „Die Generalversammlung wolle beschließen: Die Verwaltung hat eine Kommission zur Prüfung der Festsendorfer Genossenschaft zu wählen und bei günstiger Lage wird die Gesamtverwaltung zur Uebernahme ermächtigt.“ Nachdem Rucke, Schuhmacher und Hetschold lebhaft dafür eingetreten und Zuhauer, Schimmelpennig, Reichmann und Rich ihren ablehnenden Standpunkt klargelegt, wird der Antrag gegen 60 Stimmen angenommen.

Emgegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 53. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Parteialltag. — In Erwartung des italienischen Parteitages. Von Dda (Dberg (Rom). — Georges Clemenceau oder der bürgerliche Anarcho-radikalismus. Von H. Kappoport (Paris). — Der Verdrängungsstreik und die Sozialpolitik. Von Dr. Karl Gumpert (Berlin). — Wirtschaflichen des Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel. (Schluß). — Literarische Rundschau: Emil Dittmer, Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter. Von E. W. — Notizen: Gewerkschaftliche Unterrichtsfrage. Von M. L. Fürsorgefrage. Von M. A. Zur Abwanderung vom Osten nach dem Westen. Von H.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postkörbe zum Preise von 5,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist und fordern Nr. 20 des 16. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Die Frauenkonferenz zu Mannheim. — Aus dem Spezialbericht der badischen Fabrikinspektoren. II. Von G. H. — Ueber das Stimmrecht der weiblichen Frau. Von H. J. Vorlesung. Ueber die von Adolphe Burjam. — Der Arbeitermangel in der Schiffbauindustrie. Von a. t. — Die Frauen auf dem Trade-Unionkongreß. Von R. Beer-London. — Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. Von Klara Jettin. — Reuener Verbandstag der Schneider, Schneiderrinnen und verwandten Berufsgruppen Deutschlands. Von W. K. — Aus der Bewegung: Die dritte Konferenz sozialistischer Frauen zu Mannheim. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kohenstein. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Revision: Von der Straße. Von Otto Krille. (Gebicht). — Im Saal. Von Theodor Storm. (Gebicht). — Die Lösung. Aus dem Ausflügen von Dr. Joseph John. — Herbstabend. Von Otto Krille. (Gebicht). — Für unsere Kinder: Reimspiel. Von R. Keimel. — Der Wenzelsreiter. Von A. Kersch. — Der Wandersänger. Von Wolfgang Goede. (Gebicht). — Wenn die Früchte reifen. Von Brand. — Im Herbst. Von R. Keimel. (Gebicht). — Eine Gähnerwirtschaft. Von R. Keimel.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement: 2,00 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 20. Nummer des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Falsch“ und „Fehlgericht“, sowie die Illustrationen „Hohle Hefe“, „Im Trost“, „Hohes Alkoholvermögen bei dem herrschenden Kolonialgott“, „Im Koffel“, „Vorbereitung zum Empfang der parlamentarischen Studienkommission in Afrika“, „Schreckliche Ausflüge“, „Revolutionssymbole in Russland“, „Ein zündender Augenblick“, „Garnum mir das Kellen oedeidet ihr“, „Der Unbescheidene“, „Don Quixote“ und „Standesbewußtsein“. Der fertige Teil der Nummer bringt die Gebichte „Abgeschleht der Schmarotzer“, „Trepow“, „Glegie“, „Melancholischer Bobbiel“, „Koffnung“, „Die Dorfarme“, „Habel“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die Skizze „An der roten Laterne“ von Paul Gubering und das satirische Feuilleton „Kavaliergeschäfte“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

„Venus“, kritische Wochenzeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen. (Herausgeber: Georg Bernhard.) 39. Heft des dritten Jahrganges. Vierteljährlich der Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag, Berlin-Charlottenburg.

„Urch der Staats- und Rechtskunde.“ Für den Gebrauch in Schule und Haus. 55 Seiten. Verlag von Friedrich Vahlen, Leipzig.

„Berliner Wegweiser.“ Offizielles Jahrbuch mit Vbarus-Plan von Berlin und nächster Umgebung. Winterausgabe 1906/07. Preis 25 Pf. Vbarus-Verlag, Berlin W. 9.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorkauf und eine Zahl als Vorkauf beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

Steinkunzendorf. Die Mitbestimmung der Lohn- und Gehaltsbereine ist nicht ratsam, weil sie sonst möglicherweise als politische Vereine erklärt werden könnten. — **Chr. 2. 100.** Wenn Sie sich an die Straßensammler mit dem Antrag auf Rückgabe des Ihnen gestohlenen, dem Diebe abgenommen Geldes. — **N. 3. 1.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet, können aber bei der Steuerbehörde Stellung beantragen. 2 6—20 M. werden für angemessen erachtet. — **W. 58.** Für das Gefinde besteht leider eine Kapitalarbeitszeit mangels besonderer Vereinbarung nicht. Der Berliner Verein ist mit der Ausarbeitung eines auch die Arbeitszeit regelnden Vertrages beschäftigt. — **T. 100.** Eine Anlage hätte Rücksicht auf Erfolg, derselben müßte ein Schlichter beim Schiedsman voranzugehen, wenn die beiden Parteien in derselben Gemeinde wohnen. — **W. 1. 1.** Rein. — **S. 15. 1, 2, 3, 5.** Rein. 4. Ja. — **W. 5. 102.** Weder das eine noch das andere ist richtig. — **G. 2. 333.** Zum Verkauf von Feuerwerksgeschossen ist eine besondere Erlaubnis nicht erforderlich. — **Sorento.** Rein. — **S. 27.** Sie sind zur Zahlung angemessener Alimende verpflichtet, als solche werden in Berlin 16 bis 25 M. monatlich erachtet. — **W. 7. 50. 1 und 2.** Rein. — **W. 3. Schueberg.** 1. Ja. 2. Eine derartige Schanzel gibt es nicht. — **Reisinger.** Sie müssen beweisen, daß die von Ihnen gestohlenen Waaren der Abrede nicht entsprechen und haben das Recht, event. Schadenersatz im vollen Umfang zu verlangen. Sonst erstlich, haben Sie aber leider die Waaren vollständig bezahlt, ohne sich überzeugt zu haben, ob die von Ihnen ausgewählten Waaren Ihrem Geschmack entsprechen. Ist das der Fall, so wäre eine Klage nutzlos. — **S. 2. 144.** Es kann Zahlung der Barimente verlangt werden. — **C. 6. 777.** Wenn Sie das Lokal als Rekonstruktionslokal gemietet haben, muß es auch heizbar gemacht werden. — **S. 300. 1, 2, 4.** Rein. 4. Die Beträge sind gültig. Es und insoweit der Betrag gültig ist, ist ohne Einhalt in denselben nicht zu beanstanden. 5. Soweit Ihre Darlegung ersehen läßt, sind Sie zur Zahlung der vollen Summe verpflichtet. — **W. 1806. 1.** Am 11. Dezember 1806 wurde zu Feuten der Friede zwischen Napoleon und Sachsen geschlossen und das Kurfürstentum zum Königreich gemacht.

2. Die Kommission kann trotz der von Ihnen geschlossenen Verhältnisse die Unterstufung gewähren. — **St.** Nach dem Pensiongesetz würde Ihnen eine Militärpension nicht zufließen. Wollen Sie baldige Auskunft in juristischen Angelegenheiten, so suchen Sie die juristische Sprechstunde auf.

Ort, Gerechtigkeit. Ein solcher Vertrag würde den von Ihnen gewünschten Zweck nicht erreichen können. Ob der Vertrag gerichtlich, notariell oder schriftlich gemacht wird, ist gleich. — **S. 2. 26.** Sie können die Klagen verweigern. — **S. 32. Rein. — Trost.** Sie können sich an das Vormundschaftsgericht zur Regelung Ihrer Streitigkeiten wenden eventuell auch klagen. — **Drei Wetende.** **W. C. 1.** Uns nicht bekannt. — **N. 3. Ja. — G. 2. 77.** Die Adoption ist zulässig, wenn Sie keine ehelichen Kinder besitzen. Der Adoptionsvertrag muß gerichtlich abgeschlossen sein, Sie müssen ferner bei dem Bericht am Disben von dem Adopsionsforderer, mindestens 50 Jahre alt zu sein, einkommen. Die Kosten der Adoption betragen 50 M. — **R. 2.** Aus jedem Schadens und bei den amtlichen Ausstellungen erhalten Sie Auskunft über bestimmte Reaktionen. — **N. 3. 118.** Nach strafrechtlicher Richtung könnten Sie Beschwerde an die Oberstaatsanwaltschaft richten. Aussicht auf Erfolg erscheint freilich gering. Den Schadenersatzanspruch könnten Sie, gleichviel wie der staatsanwaltschaftliche Beschuldigte, beim Zivilgericht verfolgen. — **W. 1. 1920.** Eine Wändung der Sachen wäre möglich. Die Sachen müßten aber auf eine Interventionsklage hin freigegeben werden, wenn Sie nachweisen, daß Sie die Sachen bereits als Rädchen eigentümlich besessen haben. — **W. 28. 1.** Ein schriftlicher Vertrag genügt, ein notarieller Vertrag ist vorzuziehen. 2. Die Höhe des Stempels richtet sich nach der Höhe des Wertes, für die Rechtsgültigkeit ist die Rechtstempelung unerlässlich. — **Kurgenburg 100.** 1. Wahrscheinlich würde auf Geldstrafe gegen Sie erkannt werden oder ist bereits gegen Sie erkannt. Nach vollendetem 42 Lebensjahre haben Sie nicht mehr nachzubilden. — **P. 3. 25.** Wenn Sie sich an die Direktion direkt, um die Verle der Witzze zu erfahren. — **G. W. 26.** Wenn der Inhalt des uns nicht bekannten Vertrages nicht entgegensteht, können Sie auf vollen Schadenersatz und auf Reparatur des Damms klagen und auch die Miete einbehalten. Insoweit der Betrag des Rechts ändert, ist ohne Einhalt in denselben nicht zu erleben. — **W. 15.** Wenn nicht mündlich vereinbart ist, daß der Vertrag von der Unterschrift abhängig sein soll, so ist der mündliche Weidvertrag bindend. Sie sind keineswegs verpflichtet, das Formular mit all den Hausordnungsparagrafen usw. zu unterzeichnen, sondern lediglich die Bestimmungen, die Sie vereinbart haben. — **Kidori, Allerstraße 6.** Der Amtsvorsteher hat mit der Sache gar nichts zu tun. Sie hätten sich an den zu wenden, der das Urteil hinter sich hat, eventuell an das Gericht. — **Nig 101. 1.** Ohne nähere Darlegung, welcher Art Ihre Kautionsforderung und Ihre Gebaltsforderung ist, wie sie entstanden und ob sie eingelöst ist, ist Ihre Frage nicht zu beantworten. 2. Für die verschiedenen Kantone der Schwyz bestehen verschiedene Gesetze. — **W. C. 987. Rein.**

S. 100. Der Antrag ist schriftlich oder zu Protokoll an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Am Köllnischen Park 8, zu richten. — **G. 6. 218. 1.** Die Stempelgebühr beträgt 3 Mark, die Gültigkeit des Vertrages hängt von der Stempelung nicht ab. 2. Schriftliche Weisungsverträge über 100 Mark sind stempelpflichtig. Der Stempel beträgt bei einer Rente bis 500 Mark 50 Pf., von 500 bis 1000 Mark 1 Mark, über 1000 bis 1500 1,50 Mark. — **S. 100.** Der Vertrag hat keine Gültigkeit. Sie brauchen der Stempelung nicht zustimmen, der Wirt ist aber berechtigt, den Vertrag der Unterhaltung der vierjährigen Räumungspflicht zu kündigen. — **W. 26.** Wenn die Kündigung bis am 3. Oktober erfolgt, so ist Sie in Ihrem Falle rechtzeitig. — **C. 2. 33.** Uns ist nicht bekannt, daß im Anfallstufen für Privatstufenvorleiten die Steuer bezahlt werden müsse. Wenn Sie sich um die Auskunft an die Gemeinde, in der der Fall passiert ist. — **S. 1. 55. 1.** In der Abpierung wäre der Verwalter berechtigt, 2. Strafanzeigen sind an die Staatsanwaltschaft zu richten. Geldstrafen er-möglichen Ihnen in Ihrem Falle nicht. 3. Als Selbstversicherer steht es Ihnen frei, zu wählen, in welcher Klasse Sie leben wollen. — **Wit 20.** Falls Ihre Tochter nach Ihrem Ableben noch nicht 15 Jahre alt ist und Sie Invalidenrente nicht erhalten haben, so erhält sie die Hälfte der Mietebeiträge. — **W. 2. 31.** Leider nein. — **W. 3. Ja. — N. 6. 68.** Nach der Gerichtspraxis darf auch, wenn Sie die von Ihnen angeführte Klausel leider im Vertrage nicht getrichen haben, die bauliche Veränderung nicht weiseln gehen, daß Ihnen die Vermengung der Wohnung ganz oder im wesentlichen unmöglich wird. Klagen Sie beim Amtsgericht auf Unter-stellung der Erdrung und auf Schadenersatz. — **1120.** Der Verwalter ist zur Empfangnahme der Miete und zur Kündigung berechtigt. — **G. 32.** Der schlechte Geschäftsgang berechtigt den Mieter nicht, Aufhebung des Mietvertrages zu verlangen. Dem Wirt steht ein Zurückbehaltungsrecht zu. — **N. 8.** Wenn Sie rechtzeitig sind (über 21 Jahre), so ist der von Ihnen geschlossene Vertrag rechtsgültig. Durch die Unterschrift haben Sie den Vertrag geschlossen. — **N. 6. 6.** Die geforderte Summe entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. — **W. C. 80.** Ihre Mutter im Jahre 1835 geboren, so sind zum Empfang der Altersrente mindestens 500 bis 600 Mark erforderlich. Um eine genauere Zahl Ihnen angeben zu können, müßten Sie Ihre Frage unter genauer Angabe des Geburtsdatums wiederholen. — **G. 2. 44. 1.** Am Urten. 2. Eine Klage muß am Urten, das übrig am zweiten geräumt sein. 3. Der Käufer hat das Recht, auf Ueber-gabe gegen Zahlung zu klagen, die Anzahlung geht keineswegs sofort verloren.

Witterungsübersicht vom 1. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe
Erlangen	767 B	2 wolkig	9	Saparanda	757 BSB	2haB dd	8				
Domburg	769 BSB	2 bedeckt	10	Petersburg	760 BSB	1 bedeckt	3				
Berlin	768 BSB	— wolkenf	9	Wien	761 BSB	5 wolkig	14				
Kranz a. R.	768 B	1 halb dd	10	Aberdeen	763 BSB	1 hebel	8				
München	768 D	2 wolkenf	7	Paris	767 DSD	1 wolkig	7				
Bonn	768 BSB	— bedeckt	10								

Wetter-Prognose für Dienstag, den 2. Oktober 1906.
Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei möglichen fühlbaren Winden.
Berliner Wetterbureau

Wasserstand am 1. Oktober. Elbe bei Ruffig. — Meter, bei Dresden + 1,00 Meter, bei Magdeburg + 3,17 Meter. — Unstrut bei Stranfur. — Meter. — Oder bei Rathor + 2,20 Meter. — Rheimbürgung + 2,47 Meter. — Oder bei Bries + 3,02 Meter. — Oder bei Bieslau Unterpegel + 0,27 Meter.

Theater.
Dienstag, den 2. Oktober.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Cyrano de Bergerac. Der schwarze Domino. Schauspielhaus. Camiel. Beginn von Dänemark. Anfang 7 Uhr.
Westen. Gasparone.
Vormittag. Der Waffenschmied.
Deutsch. Der Kaufmann von Venedig.
Anfang 8 Uhr.
Felling. Hedda Gabler.
Berliner. Sherlock Holmes.
Sailer O. (Bühnen-Theater.)
Das Lumpengefährde.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-schiller-Theater.) FrauINGER von Dörfel.
Neues. Der Jubiläumsbrunnen.
Komische Oper. Carmen.
Kesslers. Tripelgatte.
Kulturbühne. Die von Hochstetel.
Central. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Man kann nie wissen.
Deutsch-Amerikanisches. Im walden Besten.
Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Luisen. Ein Wintermärchen.
Trianon. Der Hausfreund.
Bernhard Hofe früher Carl Weh. Der Millionenbauer.
Walhalla. Spezialitäten.
Wieropol. Der Teufel lacht dazu.
Hypok. Berlin im Omnibus. Spezialitäten.

Kasino Alexander der Große.
Folies Caprice. Der General-Konul. Sünden der Väter.
Wintergärten. Spezialitäten.
Wassergärten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängere.
Aronia. Landstraße 48/49.
Rohrmittag 4 Uhr: Alerleben in der Wäldis.
Abends 6 Uhr: Die Wollende und ihr Weibchen.
Zierwaare. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Jubiläumsbrunnen.
Mittwoch: Der Jubiläumsbrunnen.
Donnerstag: Der bürgerliche Edelmann. — Der Stammgast.
Freitag: Der Jubiläumsbrunnen.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
Man kann nie wissen.
(Der verloren Vater.)
Dr. Valentine. — Garin Galben.
Mittwoch, Donnerstag: Man kann nie wissen.
Freitag: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Carmen.
Mittwoch: Hoffmanns Erzählungen.
Donnerstag: Carmen.

Lortzing-Theater.
Fellteallianenstr. 7/8.
Dienstag, 2. Oktober, 7^{1/2} Uhr:
Der Waffenschmied.
Abonnements gültig.
Morgen, Mittwoch:
Zar und Zimmermann.

Rixdorfer Theater.
Mittwoch, den 3. Oktober 1906:
Im bunten Rod.
Zuspiel in 3 Akten von Schönschan und Schlicht.
Sonntag, den 7. Oktober, nachm. 3 Uhr erste Volksvorstellung: Kabale und Liebe. Nummerierte Plätze 50 Pf.
Abends 7^{1/2} Uhr: Zapfenstreich.

Zentral-Theater.
(Cyrette). 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Logos.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute 4 Uhr nachmittags:
Tierleben in der Wildnis.
8 Uhr abends:
Die Mosellande und ihr Weinbau.

ZOOLOGISCHER GARTEN.
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 R., o. 5 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 31.
Zum erstenmal:
Ein Wintermärchen.
Mittwoch: Ein Wintermärchen.
Donnerstag: Ein Wintermärchen.
Freitag: Ein Wintermärchen.
Sonabend 4 Uhr Kindervorstellung: Wogenrödel. — Abends: Ein Wintermärchen.
Sonntag nachm.: Goldknofel.
Abends: Ein Wintermärchen.
Montag: Ein Wintermärchen.

Theater des Westens.
Station Zoolog. Garten, Kanstr. 12.
Dienstag: Gasparone. — Anfang 7^{1/2} Uhr.
Mittwoch: Die Zauberflöte.
Donnerstag: Der Zigeunerbaron.
Freitag: Das Glöckchen d. Eremiten.
Sonabend: Gasparone. Gutscheinste ungfällig. Nachm. 3 Uhr: Emilia Galotti.

Deutsch-Amerikanisches THEATER. Köpenickerstr. 67-69.
Jeden Abend 8 Uhr:
Zum „Der große Erfolg“
42. Im wilden Westen.
Male:
Sonntag nachm. 3 Uhr halbo
Proiso: „Uebere großen Toich.“

Metropol-Theater.
Täglich:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
H. Bender. J. Giampietro. J. Josephi. Fritz Massary. Phila Wolf a. D. usw.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen in allen Räumen gest.

Bernhard Rose-Theater.
früher Carl Weib-Theater.
Große Franzosenstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Der Millionenbauer.
Vollständ. m. Ges. in 4 Akten v. Arzher. Morgen und folgende Tage: **Der Millionenbauer.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepette.
Schwant in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Goussier.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Ott. Blumenstr. 16.
Zum letztenmal:
Coctere Zeifige.
Vollständ. mit Gesang in 4 Akten.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.
Voren- und Vorzugsstellen günstig.
Mittwoch: Maria Magdalena.

Kasino-Theater.
Lortzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selig.
Best Fuhd-Quott in ihrem Repertoire.
Klara Antonio X. Frod u. Carman.
Sonntag nachm.: Hotel Klingebusch.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Lumpensindel.
 Tragikomödie in 3 Aufzügen von
 Ernst v. Wolzogen.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Donna Diana.
 Schiller-Theater N. (Friedr. Wilh. Th.)
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Gestrot.
 Schauspiel in 3 Aufzügen von
 Henrik Ibsen.
 Deutsch von Wilhelm Lange.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.

Zirkus Schumann.
 Heute Dienstag, den 2. Oktober,
 abends präzis 7 1/2 Uhr:
Novitäten-Abend.
 Sensationelle neue Debüts.
 U. u. **Wladimir Duroff**
 der berühmte russische Original-Lyriker
 u. politische Clowns mit feiner anthropo-
 zoologischen Gruppe.
 1. Male: **Löwen-Baron**,
 der Urkomische mit seinem dreifachen
 Tierpark.
 2. Male: **Les Rixfords** phänomenale Luftgymnastiker.
 in wilder
Tiger-Gruppe
 Dressur von M. Henriksen.
 Die größte
Auf der Pusta, vorgeführt vom Direktor Alb. Schumann
 und das vorzügliche Programm.

Zirkus Busch.
 Abends 7 1/2 Uhr:
! Monsieur Romeo!
Weberfahren
 eines lebenden
 Menschen mit einem
Automobil. (Gewicht 30 Zentner
 und 4 Personen.)
 Zur Verfügung gestellt durch die
 Firma Voelz u. Co., G. m. b. H.,
 Motofahrzeuge, Berlin.
**Die größte Tiger- und
 Löwengruppe**
 Ringkampf zwischen dem
 Domsportler Willy Peters
 und zwei wilden Tigern.
 Herr Burkhardt-Football-Schultritt.
 Herr Ernst Schumanns
 Reudressuren.
 Aus der Pusta. Orig. Bantom.
 des Zirkus Busch.

Lustspielhaus.
 Täglich abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Apollo-Theater
 Die neuen Attraktionen!
 U. u. die Original-Matachlo-Tänzerin
Liane d'Eve.
 Moriaschani, La belle Croco.
Im Künstlerheim Ballett-
 Pantomime.
 Die Seldoms
 Waghige Darstellungen
 1 Dame, 3 Herren.
 Der Affe als Jockey, Dressur-Akt.
 Berlin im Omnibus, mit dem
 Omnibus-Trip.

Passage-Theater.
 Das Gastspiel
Josefine Dora
 in der Komödie
„Rieke“
 mit dem Schläger
„Emil du bist eine Pflanze“.
 ist wegen d. außerord. Erfolges
 und der tägl. ausverk. Häuser
 für Oktober prolongiert.
 Außerdem 14 neue Nummern.

Folies Caprice
 Linienstr. 132, E. d. Friedrichstr.
 Direktion: Felix Berg.
 Heute
Premiere
Das Modell
 und
Das Provinzmädel.
 Anfang 8 Uhr. Vorverkauf
 bei A. Wertheim und an der
 Theaterkasse 10-2 Uhr.

Palast-Theater.
 Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Das glänzende Oktober-Programm!
 12 Attraktionen ersten Ranges. U. u. a.:
John Ilket (mit allg. equalität.)
 die Ur-
Robert u. Gertram komischen.
 Neu! **Die Loreley** Neu!
 Goffe von Oskar Klein.
 Familienfarce, zum halben Stellen-
 preise gültig, in allen Bardier-
 Peltour- und Biergaststätten un-
 entgeltlich.

Fröbels Allerlei-Theater
 Schönhauser Allee 149.
 Gastspiel des
Bernh. Rose-Theaters
 Zur Aufführung gelangt:
Fr. Schnabels Verlobung.
 Sent. Pöffe mit Gesang in 4 Akten.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
 Vorverkaufsstellen: Kond. Hand-
 worker, Schönhauser Allee 132/133,
 Krüger & Oberbeck, Kottbusser Allee 1.

WINTER GARTEN
 Das neue Oktober-Programm!
 Ein glänzender Erfolg!
 Bros. Permano, Excentrics.
 Charlene und Charlene, musik. Akt.
Robert Steidl, Humorist.
 Launceston Elliot, Kraftproduktion.
 Das Erntefest, englisches Ballett.
 Les Mas-Andrés, Pariser Duettisten.
 De Vry's, lebende Marmor-
 Kolossal-Gruppen.
 Maria Vinet portugies. Sängerin.
 Bros. Spissal und Mack, Excentrics.
 amerikanische Radfahrer.
 Jackson-Truppe, Radfahrer.
 Kitty Traney, Jongleuse.
 Der Biograph.

Colosseum
 Dresdenerstr. 97.
 Das brillante
Oktober-Programm.
 Spezialitäten und
Volks-Kabarett

Reichshallen.
 Täglich:
**Stettiner
 Sänger**
 Anfang
 Sonntag
 8. Sonntag
 7 Uhr.

Sanssouci Kottbuser
 Allee 4a.
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Heute Dienstag 3. Rolle:
Der Dornentweg.
 Schauspiel in 3 Akten
 von Philipp.
 Sonntag, König. Donnerstag.
Hoffmanns Nordd. Sänger
 In Vorbereitung: Adels

Möbel eventuell
 auf
 Teilzahlung
Oranienstraße 73.



**Walhalla-
 Varieté-Theater**
 Weinbergsweg 19/20.
 Am Rosenthaler Tor.
 Die neuen lustigen Spezialitäten!
 Emmi Kröcher, Willi Prager,
 Declins populärste, Neue Couplets!
 Soubrette, Neue Schläger!
 Bill u. Will, ergötzl. Komödianten,
 S. T. L. Krügers, musik. - Iom.
 Extra-Bagancen.
 Chevalier Thora m. neuen Wäuffen,
 und das für Berlin täglich neue
 Programm.
 Eintrittspreise einschließlich Vor-
 gramm 1,50 bis (Logenplätze) 3,10 Mk.
 Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet!

**Welt - Ausstellungs-
 Biograph - (St. Louis)**
 Theater lebender
 Photographien mit
 abwechselndem
 Abnormitäten- Progr.
 Verbindung mit größter Film-
 Fabrik Frankreichs, daher täglich
 neueste Bilder.
 ♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦
Otto Pritzkow, Milnzstr. 16.

„Armin-Hallen“
 Kommandantenstr. 20,
 Amt I. Gr. u. kl. Festsäle Amt I.
 8985 8985
 dieses und nächstes Jahr an Sonn-
 abenden und Sonntagen nach frei.

**Friedrich Schiller
 und seine Zeit**
 von Johannes Scherr.
 Reich illustriert, circa 700 Seiten Hart.
 Wir haben die keine Restaufrage
 von vorliegendem Werk erworben,
 das wir zu dem billigen Preise von
 7,50 Mk. (früher 90 Mk.) abgeben.
Expedition des Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Sofastoffe
 Riesenauswahl aller Qualitäten.
 Wolle, Reste! Moquette.
 Büchse, Satteltaschen.
 Muster b. näh. Angabe franko.
 Berlin, Oranienstr. 168.
 Emil Lefèvre, 2307L*

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
 m. Empfehlung viel Assate u. Prof. grat. u. d.
 H. Unger, Gummiwarenfabrik
 Berlin NW. Friedrichsstraße 91/92.

Spezial-Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
 59 Moritzplatz 59
 Ecke Stallsehlerstraße.
 Nicht zu vergleichen mit Ab-
 zahlungs- Geschäften, welche
 Garderobe usw. führen.
Extra - Abteilung
 verliehen gewesener Möbel.
 Wöchentliche oder monatliche
 Teilzahlung gestattet!

Kraus- und Blumenbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Straße 2.

Cigarren
 In jeder Preislage
 von 25.00-450.00 M. p. mille
 zu Engros-Preisen.
Reinhard Hellmich,
 jetzt Friedrichstr. 108, 1.
 Verkauf nur in Original-
 kisten zu 100 (resp. 50 St.)
 Illustrierte Preisliste gratis und franko
 Kein Laden.

Stola,
 Muffen, Kolliers
 in allen Pelz-
 gattungen sowie
 alle sonstigen
 Pelzwaren.
 Nur eig. Fabrikat
 aus best. Material.
 Kein Zwischen-
 händler, daher Fa-
 brikpreise.
Ferdin. Kalman
 Dresdenerstr. 75
 vorn II, 2. Haus
 v. Thalia-Theater.
 Verkauf auch
 Sonntags, und Wochentags von
 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.*
 Kein Reklamator-
 schwindel.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert
 elegante fertige Herrenmoden
 Bestellungen nach Maß, tadelloser
 Ausführung, eigener Wertstoff.
 Spezial-Geschäft für
Herren-Bekleidung.
 Kein Waren-Kreditkauf.
J. Kurzberg
 An der Jannowitzbrücke 1, 1.
 Bahnhof Jannowitzbrücke.

**Anker-
 Remontoir-Uhr**
 15 Rubis,
 2 Silberfapseln,
 mit Goldrand.
 Reguliert auf
 1 Minute im
 Monat.
 3 Jahre schriftl.
 Garantie.
 Nur 21.00.
 Kaufpreis zu-
 rück, wenn diese
 Uhr im Monat
 mehr als eine
 Minute vor-
 oder nachgeht.
Carl Doll,
 Uhrmachermeister.
 NW. Berlin, Bredowstr. 7.
 Glänzende Anerkennungen.
 Man verlange Prospekt Nr. 12.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
 Berlin - Pankow.
 Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.
Caramel-Malzbier
 Alkoholarmes, diätetisches Spezialbräu.
 Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.
 Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.
 Preis pro zirka 1/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich. 438L*

„Blut und Eisen“ Krieg und Kriegerum
 in alter und neuer Zeit
 von Hugo Schulz
 Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen
 „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche
 Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Ver-
 wüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere
 Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte
 erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens
 durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser
 zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich
 Bahn gebrochen hat. Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegs-
 greueln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen sollen die lehrreichen Darlegungen
 veranschaulichen und beleben.
 Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. :: Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben
 Jedes Heft ist reich illustriert!
 Das Werk ist zu beziehen durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur oder den Verlag:
Buchhandlung Vorwärts :: Berlin SW. 68, Lindenstraße 69

M. Schulmeister
 Schneidermeister
Dresdenerstr. 4
 Hochbahnstation Kottbuser Tor.
**Moderne
 Herren- u. Knaben-
 Garderobe.**
 Winter-Paletots v. 18,50 b. 58 Mk.
 Jackett-Anzüge . 17,50 . 50 Mk.
 Rock-Anzüge . 26,- . 54 Mk.
 Gehrock-Anzüge . 32,50 . 62 Mk.
 Loden-Joppen . 6,- . 25 Mk.
 Anzüge nach Maß von 44 Mk. an
 Paletots " " " 40 Mk. "
 2489L*

Möbel
 kauft man am billigsten u. besten
 bei
Wilhelm Misch
 Grosse Frankfurterstr. 45/46.
 Da keine Ladenmiete
 geringe Unkosten
 kleiner Nutzen
 Bar oder Teilzahlung.

Neues Klub-Haus
 72. Kommandantenstr. 72
 Sonnabende noch zu
 vergeben.
 Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzug od. Paletot
 nach Maß, schnell, sauber, Zutaten
 von 20 Mark an. Moritz Laband,
 Oranienburger Straße 4, 1.

Bruch - Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen,
 Leibbinden, Geradestärken, Spritzen,
 Suspensionen sowie sämtliche Artikel
 zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt,
 Uefer. f. Orts- u. Hülf-Krankenpfleger
 Berlin C., 94554*
30. Finien-Straße 30.
 Alle Bruchbänder mit elastischen Be-
 latten, angenehm u. weich am Körper

Sterben müssen alle
 Taugen bei Anwendung v. Reichel's verstärktem Wanzens-
 öld. Vernichtet jede Brut vollständig. Sicherstes Spezialmittel
 der Welt! Bl. 50 Pf. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10.
 halt alle Schwaben mit der Brut bei Verdrückung mit
**Der Teufel Reichel's Schwabepulver „Poudre
 Martial“.** 50 Pf. Bl. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10.
 Man nehme in den Dragerien nur die echten Originalpackungen
 mit „Tod und Teufel“! Die einzige Garantie für Erfolg!
Otto Reichel, Berlin 80. 43, Eisenbahnstr. 4. Fernsprecher:
 Amt IV, 4751, 4752, 4753.

Parteitag der Deutschen Volkspartei.

S. & H. München, 30. Sept. Am Sonnabend begann mit einer sehr zahlreich besuchten Plenarversammlung der 26. ordentlichen Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Erwähnenswert sind aus diesem Referat folgende Stellen: Niemals werde man im Reich eine klare und verständige Politik bekommen, solange nicht das preussische Wahlrecht in dem Geiste geändert werde, in welchem liberal in Süddeutschland die Reform durchgeführt ist.

Zur Kommunalpolitik wurde eine Resolution angenommen, die lautet: „Vermittlung freier Selbstverwaltung ist eine der vornehmsten Forderungen der Demokratie.“

In der heutigen Sitzung des Parteitages sprach zunächst Abg. Defer-Frankfurt a. M. über „Einigungsbestrebungen und Mindestprogramm“.

Es sei notwendig, alle Zerplitterung zu vermeiden, daher sei es freudig zu begrüßen, daß das Parteigebäude gegenwärtig so ziemlich ausgeglichen sei. Zu einer liberalen Einigung gehören ebenfalls ja auch die Nationalliberalen.

Der Parteitag wolle beschließen: Durchbrechung von der Notwendigkeit, die freiheitlichen Kräfte Deutschlands zu rücksichtslosem Kampfe gegen die Reaktion zusammenzufassen, erklärt die Deutsche Volkspartei im Verfolg ihrer Weibrommer Resolution das Frankfurter Mindestprogramm als eine geeignete Grundlage für ein dauerndes Zusammengehen der liberalen Linken.

In der Diskussion führt Redakteur Spejzner aus, daß das liberale Mindestprogramm seiner Ansicht nach nicht die Verwirklichung der gesamten bürgerlichen Linken mit der Sozialdemokratie ein.

führt aus, daß nicht die Demokraten ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnen, vielmehr die Sozialdemokraten davon nichts wissen wollen.

In der Abstimmung wird die Resolution einstimmig angenommen und der Ausschuss ermächtigt, die einleitenden Schritte zu tun und mit maßgebenden Persönlichkeiten anderer liberaler Parteien in Verbindung zu treten.

Reichstagsabgeordneter Konrad Haukmann-Stuttgart sprach dann über die „Politische Desorganisation“.

Seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. befinden wir uns in einer latenten Krise, die sich durch feste und Jubelstürme nur zeitweise verdecken läßt.

Deutschlands auswärtige Politik bewegt sich noch immer in dem alten Geiste, dem sie einst ihren hohen Kredit verdankte, aber die Welt ist nicht stillgestanden und die Mittel von heute sind nicht die von gestern.

Wir brauchen nicht einen starken Mann, aber einen gerechten und tüchtigen. Ein solcher wird nicht kommen, und deshalb wird sich das Volk in langsamem Entwidlungsgange selbst holen müssen die Freiheit seiner politischen Verhältnisse.

Der Parteitag beschloß sich dann mit der Beratung des Entwurfes eines Kommunalprogrammes der Deutschen Volkspartei.

Professor Dr. Dübde-München sprach über das Thema: „Demokratie und auswärtige Politik.“ Er sagte u. a.: Nichts ist seltsamer als unsere auswärtige Politik.

unser heutige Sozialpolitik. Wir brauchen eine selbstbewußte, aber nicht herausfordernde Politik, mit einer solchen werden wir auch unseren im Ausland lebenden Deutschen den Rücken stärken.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Berliner Marktbrief. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthaus-Direktion. (Eisenhandel.) Rindfleisch Ia 71-76 pr. 100 Pfd., Ia 65-70, IIIa 60-64, IVa 54-58.

Winter-Joppen, Winter-Bosen, Pelz-Joppen, Berren-Büte. Baer Sohn. Spezialhaus größter Massenstabes. Chausseestrasse 24/25 • 11 Brückenstrasse 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Partei-Expeditionen: Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenmaderstr. 30, v. part. - Dritter Wahlkreis: St. Fröh, Pringelstr. 31, Dol rechts part. - Viertes Wahlkreis O.: Robert Bengels, Hüderdorferstr. 3, am Rüttenplatz.

Arbeiter-Bekleidung. Neues Spezial-Geschäft Kohnen & Jöring. Alexanderstr. 12. zwisch. Alexanderpl. u. Janowitzbr. Berufskleidung für alle Zweige der Industrie und Gewerke. Billig! - Reell! - Gut!

Ziehung unwiderruflich Uebermorgen! Los nur 1 Mark. Ziehung am 4. Oktober. Schneidemüller Pferde-Lotterie. 83000, 59000, 24000, 10000. H. C. Kröger. Berlin SW., Friedrichstr. 250. Lotteriegeschäften und vielen Zigarrenhandlungen. Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige (2008L) Herren-Garderobe.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Mittwoch, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmännerversammlungen:

Bezirk Oestliche Vororte: bei Wildner, Friedrichstr. 11, Friedrichsberg.
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes, 2. Werkstattangelegenheiten und Verbandsangelegenheiten, 3. Verschiedenes.
Kollegen, es ist doppelt Pflicht, daß sämtliche Werkstellen vertreten sind, da wichtige Besprechungen stattfinden.

Osten I, Osten II: bei Litka, Memelerstr. 67.

Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute, 2. Werkstattangelegenheiten, 3. Verbandsangelegenheiten, 4. Verschiedenes.

Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.

Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute, 2. Werkstattangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Adressen der Obleute:

Osten I: Fritz Tarnow, Straußbergerstr. 8, IV L.

Osten II: Paul Schwarzer, Bödikerstr. 3 part.

Nordosten: Paul Michaltssek, Bornhorsterstr. 30, v. IV.

Südosten: bei Mohs, Mantuffelstr. 95.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission, 2. Werkstattangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Süden: bei Glesing, Wassertorstr. 68.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission, 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Süd-Westen: bei Habel, Bergmannstr. 5-7.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission, 2. Bericht der Vertrauensleute, 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wedding, Gesundbrunnen, Moabit: bei Milbrodt, Müllerstr. 7.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und Vertrauensleute, 2. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Die Adresse des Obmannes ist: Welland, Bremerstr. 46, III.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schwedterstr. 24.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission, 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Branche der Kistenmacher

bei Baudach, Breslauerstr. 28.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Der Obmann.

Korbmacher

bei Hoffmann, Köpenickerstr. 47.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Kommission.

Bilderrahmenmacher.

Abends 6 1/2 Uhr bei G. Nagler, Alexandrinenstr. 103.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Obmann.

Modell- u. Fabrikfischler, Modelldrechsler

bei Mothes, Gussienstr. 40.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission, 2. Branchenangelegenheiten, 3. Verschiedenes.

Bautischler.

Bezirk I: bei Möhring, Admiralsstr. 18c.

Bezirk II: bei Zietz, Warschauerstr. 61.

Bezirk III: bei Hube, Köpenickerstr. 74.

Bezirk IV: bei Fortanier, Tegelerstr. 56.

Die Adresse des Kollegen Breitkopf ist vom 1. Oktober Lustigerstr. 45, vorn 3 Treppen.

Die Kommissionenmitglieder vom Bezirk IV werden ersucht, eine Stunde früher zu erscheinen.

Donnerstag, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 8):

Sitzung der Gesamtkommission.

Dazu sind sämtliche Vertreter der Vororte sowie die Einseher besonders eingeladen.
Der Branchenleiter.

Stellmacher

bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission, 2. Bericht der Vertrauensleute, 3. Verschiedenes.

Achtung! Drechsler. Achtung!

Mittwoch, den 3. Oktober 1906, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung der Drechsler

Berlins und der Vororte.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlung mit der Freien Vereinigung der Drechslermeister Deutschlands, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes.
Kollegen! Es ist eure Pflicht, alle in dieser Versammlung anwesend zu sein.
Die Kommission.

Modelltischler.

Donnerstag, den 4. Oktober 1906, abends 8 1/2 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstr. 6:

Branchen-Versammlung

der Modell- u. Fabrikfischler sowie Modelldrechsler.

Tagesordnung: 1. Witz der Beschluß, das Umsehangehen zu unterlassen, von unseren Kollegen gehalten? 2. Diskussion, 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht, daß jeder Kollege in dieser Versammlung anwesend ist.
Die Kommission.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kan-, Schnapftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

8. Kommunal-Wahlbezirk!

Dienstag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Wähler-Versammlung

in Habels Brauereiauschanke, Bergmannstr. 5/7.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie im roten Hause. Referent: Stadtverordn. Dr. Zadek. 2. Freie Diskussion. 3. Aufstellung eines Kandidaten.

Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

Achtung! Rohrer!

Donnerstag, den 4. Oktober 1906, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27o.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegung und die weitere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion.

NB. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Rohrers, in dieser Versammlung zu erscheinen.

145/12 Die Kommission.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zement-Branche.

Gruppe:

Rabitzputzer und Rabitzspanner.

Die Mitgliederversammlungen der Rabitzspanner am 3. Oktober 1906 sowie der Rabitzputzer am 5. Oktober 1906 finden in diesem Monat nicht statt.

147/12 Die Gruppen-Vorstände.

Achtung! Ballschuhmacher! Achtung!

Dienstag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Oeffentliche Ballschuhmacher-Versammlung

im Lokal „Adnigobank“, Große Frankfurterstr. 117.

Tages-Ordnung:

1. Die gepflogenen Verhandlungen mit dem Fabrikantenverbände und Stellungnahme zu denselben? 2. Diskussion, 3. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

710/10

Carl Stier

Berlin SO. Berlin W.

Oranienstr. 166 Potsdamerstr. 133a

Potsdam, Nauenerstr. 23.

Zur Herbst- u. Winter-Saison

empfehle ich:

Jackett-Anz. 15, 17, 20 bis 55 M.

Rock-Anzüge 27, 33 bis 60 M.

Gehrock-Anzüge 30, 36, 42 bis 66 M.

Herbst-Paletots 18, 20, 25 bis 50 M.

Winter-Paletots 18, 20, 25 bis 70 M.

Havelocks 8, 10, 12, 15 bis 35 M.

Pelerinen-Mäntel 25, 35, 40 bis 55 M.

Pelerinen 10, 12, 15 bis 27 M.

Winter-Joppen 7, 9 bis 25 M.

Beinkleider 3, 4, 5 bis 18 M.



Vorrätig in allen Größen u. Weiten. Berücksichtigt sind dabei normale als auch schlank, untersetzt und extra starke Figuren.

Großes Stofflager
Anfertigung nach Maß

Moderner Schnitt. Eleg. Ausführung
Garantie für guten Sitz

Knaben- und Jünglings-Anzüge, Paletots, Pelerinen, Joppen und Hosen

in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Besichtigen Sie, bevor Sie Ihren Bedarf decken, mein auswahlreiches Lager. Nach außen sende ich Muster und Maßanleitung, doch bitte ich, die ungefähre Preislage und Gattung des gewünschten Kleiderstückes anzugeben.

Freie Kranken- u. Begräbniskasse der Schuhmacher

Montag, den 15. Oktober cr., abends 8 Uhr, bei Fournier, Alte Jakobstr. 75:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal. 2. Innere Kassenangelegenheiten.

17425* Der Vorstand.

Gewerbegericht zu Berlin. U.-Nr. 629 Gem.-Ger. 06.

Bekanntmachung.

In dem vom Einigungsamt am 16. Februar 1906 gefällten Schiedssprüche für die Holzindustrie war unter II. vorgelesen, die Frage, was als Wahregelung im Sinne des Tarifvertrages zu gelten hat, in einer neuen Sitzung des Einigungsamtes entscheiden zu lassen. Diese fand am 19. September 1906 statt. Es fanden außerdem — abgesehen von einem Falle, über den die Parteien nach längerer Verhandlung sich außergerichtlich einigen zu wollen erklärten — folgende beiden Streitfragen, die von der Schlichtungskommission nicht befähigt werden konnten, zur Entscheidung:

a) Wußte der durch die Schlichtungskommission festgesetzte Lohn dem Arbeiter gezahlt werden, wenn dieser vor der Festlegung durch die Kommission das Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig gelöst hat?

b) Ist bei Lohnarbeit der bei Akkordarbeit erzielte Durchschnittsverdienst zu zahlen?

Das Einigungsamt hat in der erwähnten Sitzung nachstehende Schiedssprüche gefaßt, denen nach den Ausführungsbestimmungen zu a. des für die Holzindustrie bestehenden Tarifvertrages vom 14. Januar 1906 beide Parteien sich zu unterwerfen haben:

I. Nachdem in verschiedenen Schlichtungskommissions-Sitzungen über die Frage: Was hat als Wahregelung im Sinne des Tarifvertrages zu gelten? eine Einigung nicht erzielt worden ist, hat das Einigungsamt auf Grund der heutigen Verhandlungen der Parteien, in welchen einzelne Vorkommnisse angeführt und als Wahregelungen bezeichnet worden sind, festgestellt, daß unter anderem folgendes als Wahregelung der Arbeitnehmer zu gelten hat:

1. Wenn ein Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation entlassen wird.

2. Wenn ein Arbeiter wegen Eintretens für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entlassen wird.

3. Wenn ein Arbeiter wegen Tätigkeit bei der Schlichtungskommission oder beim Werkstattausgleich entlassen wird.

4. Wenn ein Arbeiter wegen Vordrängung einer Forderung zur Keilten Einhaltung der Vertragsbedingungen entlassen wird.

II. Dem Arbeiter muß der durch die Schlichtungskommission festgesetzte Lohn gezahlt werden, auch wenn der Arbeiter vor der Festlegung des Lohnes durch die Kommission das Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig gelöst hat.

Dabei wird aber vorausgesetzt, daß die Forderung der Differenz während des Bestehens des Arbeitsverhältnisses rechtzeitig erfolgt ist.

III. Ein Anspruch des im Zeitlohn beschäftigten Arbeiters auf einen höher bei Akkordarbeit erzielten Durchschnittsverdienst kann aus dem Vertrage nicht hergeleitet werden.

Aus den obigen Bestimmungen des Vertrages über Akkordarbeit geht aber hervor, daß die letztere in der Akkordarbeit die übliche ist. Das Einigungsamt hält es daher mit dem Sinne des Vertrages für nicht zu vereinbaren, daß Akkordarbeiter wider ihren Willen längere Zeit im Lohn beschäftigt werden und dadurch in ihrem Arbeitsverdienst eine Einbuße erleiden.

gez. von Schutz.
gez. E. Bernhard. Bry. A. Golz.
gez. Eugen Brückner.
Rob. Ahrens. A. Körsten.

A. B. Koch, Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 24, Brombergerstr. 15.

Preise für nur 1a Marken ab Waggon von 10 Jtr. an: (23302*)

Prima 1a Haldhölzer (bekannte Marken) pr. Jtr. 85 M.

1a Diamant (110 bis 120 Stk.) 90 M.

1a 2te u. 3te 95 M.

1a Anthrazit Gabb. 2, 10 M.

Rohk., Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Jtr. 10-15 M. mehr. — Bei Original-Waggon und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Karl Kusche

am 29. v. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Wohnung, in Vorhagenstraße, Rauschstraße 45, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet. 153/20 Die Ortsverwaltung.

Am 28. September verschied unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Tischler

Hermann Schmidt

im 77. Lebensjahre.

Um stille Beileid bitten Geschwister Robert und Gertraud Schmidt-Berlin und Georg Schmidt-Deffau. 1750b

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. Oktober, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Todes-Anzeige.

Plötzlich und unerwartet starb am Sonnabend, 29. September, 11 1/2 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Metallschleifer

Hermann Meyer

im 66. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten Die trauernde Witwe

Laise Meyer geb. Prahn nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Oktober, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Gerichtstr. 42, aus statt. 1750b

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten hiermit die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Tochter

Martha Paul

geb. Reichenbach

nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I.

Hierdurch diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Ludwig Lutz,

Zeitungsträger, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 71/19 Die Ortsverwaltung.

Köpenick. Frauen- und Mädchen-Bildungsverein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Genossin

Frau Wilhelmine Buchholz

(wohnt in Köpenick, Heinestr. 2) am Sonnabend plötzlich verstorben ist. 203/12

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Berlin (Landsberger Allee) aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Dankfagung.

Allen Verwandten und Bekannten, sowie den Kollegen der Firma Wolf, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, dem Bahnerverein des 4. Kreises und den Genossen des 371b Bezirkes für die schönen Kranzspenden, ferner Herrn Balder Wanne für seine trostreichen Worte bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit meinen herzlichsten Dank. 1704b

Witwe Selma Kruschinsky.

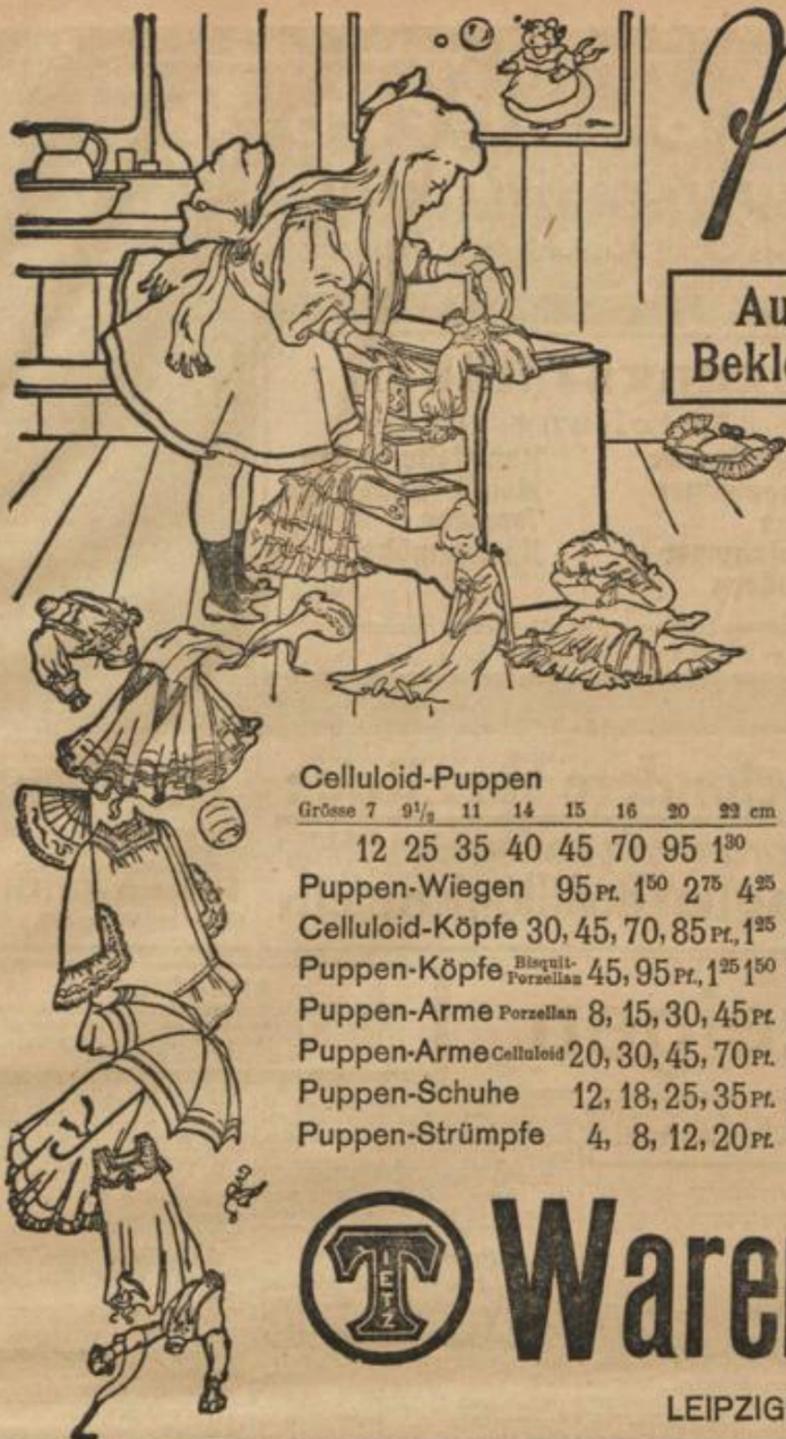
Dankfagung.

Für die rege Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben, unvergesslichen Frau sage ich allen Bekannten und Verwandten meinen tiefgefühlten Dank. Der trauernde Gatte

2495L Chr. Gimbel.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für 137/13 Haut- und Halsleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.



Puppenmüllers Grün

Ausstellung für Puppen-
Bekleidung nach neuen Ideen

Puppen-Baby-Wäsche • Puppen-Negligée-Wäsche
Puppen-Schürzen • Puppen-Kleider u. Costumes
Puppen-Mäntel u. Capes • Puppen-Hüte u. Mützen
Puppen-Sonnen- u. Regenschirme • Toilette-Artikel

Celluloid-Puppen	
Größe	Preis
7 9 11 14 15 16 20 23 cm	12 25 35 40 45 70 95 130
Puppen-Wiegen	95 Pf. 150 275 425
Celluloid-Köpfe	30, 45, 70, 85 Pf. 125
Puppen-Köpfe Bisquit-Porzellan	45, 95 Pf. 125 150
Puppen-Arme Porzellan	8, 15, 30, 45 Pf.
Puppen-Arme Celluloid	20, 30, 45, 70 Pf.
Puppen-Schuhe	12, 18, 25, 35 Pf.
Puppen-Strümpfe	4, 8, 12, 20 Pf.

Kugelgelenk-Puppen	
Walterhausen Qualität	
Qual. Ia, Größe	Preis
18 25 31 42 48 57 67 80 cm	120 175 210 275 350 475 750 1250
Qual. IIa mit Wimpern	60 cm 350 65 cm 500
Baby-Hauben Tüll	20, 30, 40 Pf.
Puppen-Steppdecken Satin	65 Atlas 95
Puppen-Steppdecken mit Couvert	290
Puppen-Pelzgarnit.	40, 65, 95 Pf.
Puppen-Betten	275 350 425 550

m. Federfüll., best. aus Unterbett, Kopfkissen, Laken u. Oberb.

Lederbälge	
Größe	Preis
24 28 32 36 44 52 54 cm	45 70 85 95 150 250 280
Lehrbuch für Puppensneiderin	45 Pf.
Puppensneiderin enth. Puppe, Stoff, Schnittmuster etc.	650
Puppen-Soxlet-Apparat kompl.	290
Puppen-Nähmaschinen m. Untergest. zum Treten	195 475 825
Puppen-Nähmaschinen	1750
Puppen-Koffer	45, 95 Pf. 140 250
Puppen-Schmuck	23, 45, 95 Pf.

T Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

Lachmann & Scholz

Turmstr. 76

Warenhaus Moabit.

Ottostr. 1.

Hervorragend preiswertes Angebot für den Umzug!

Gardinen.

Tüll-Gardinen in neuen Dessins, creme u. weiß, per Meter 98, 73, 60, 38 bis 20 Pf.
Tüll-Gardinen, abgepaßt, zwei Mal Bänderfassung das Fenster 9,85, 7,35, 5,35, 3,85 bis 1,78 M.
Engl. Tüll-Stores i. n. mod. Dessins 3,85, 2,65, 2,15 bis 98 Pf.
Erbstüll-Stores mit Volant . . . 8,45, 7,65, 6,85 bis 4,85 M.
Tüll-Bettdecken für 1 Bett . . . 3,85, 2,95, 2,45 bis 1,85 M.

Rouleaux-Stoffe.

Körper-Rouleaux, abgepaßt, itellig 4,65, 3,10, 2,65 bis 1,55 M.
Rouleaux-Stoffe, gestreift . . . 1,05 M., 78 bis 65 Pf.
Rouleaux-Stoffe, hübsche Blumenmuster . Meter 1,15 M.
Kongreß-Stoffe, glatt oder gestreift Mtr. 78, 65 bis 42 Pf.

Bett-Vorlagen.

Bettvorleger, imit. Perser . . . 95 Pf.
Axminster, Ia Qualität . . . 1,95, 1,65, 1,10 M.
Schiras, moderne Muster . . . 4,95, 3,25 M.
Velour, große Muster-Auswahl . . . 5,25, 3,45, 2,95 M.
Felle, diverse Ausführungen . . . 8,25, 6,50, 5,45 M.

Fertige Bettwäsche.

Deckbettbezug u. 2 Kissen a. Hemdentuch, Garnitur 3,35 M.
Deckbettbezug und 2 Kissen aus buntem waschechtem Stoffe . . . Garnitur 4,15 M.
Kissenbezüge dazu passend . . . 95 Pf.
Unterbett aus rot oder rosarot gestreiftem Drell . 5,85 M.

Holz- und Bürstenwaren.

Leitern . . . Stufe 45 Pf.
Kohlenkasten . . . 2,95, 2,45, 1,85 M.
Küchentische . . . 6,85 M.
Handtuchhalter . . . 1,65 M., 98 Pf.
Borstenbesen . . . 1,20 M., 90, 58 Pf.
Borstenhandfeger . . . 55, 45, 38 Pf.
Hohhaarbesen . . . 1,65, 1,35 M.
Rohhaar-Handfeger . . . 98, 85 Pf.

Smalle.

Elmer ca. 78 cm, grau 78 Pf., marm. neubl. 85 Pf.
Elmer, dekoriert mit Deckel . . . 2,45 M.
Wassermäße m. Konz., neubl. 48, marm. 55 Pf.

Steingut.

Teller, tief und flach . . . 8 Pf.
Salz- od. Mehlresten, bl. Zwiebelm. 95 Pf.
Waschgarnituren . . . 3,45, 2,65, 2,15 M.

Decken.

Tischdecken, einfarbig m. hübscher Blumen-Bordüre 4,85, 3,65, 2,45 bis 1,65 M.
Divanddecken, Perser und türkisch Muster 10,85, 9,85 bis 5,35 M.
Kommodendecken, Filztuch, elegant bekerbelt . 85 Pf.
Tüll-Decken, alle Größen . . . 1,45 bis für 6 Pf.
Steppdecken, viele Farben . . . 6,85, 4,85 bis 3,50 M.

Teppiche.

Größe	160/240	120/200	90/180
imit. Perser	9,35	6,35	4,85 M.
Axminster	von 5,45 M. an		

Ein Gelegenheits-Posten extra billig!
in allen Größen und Qualitäten mit kleinen Fehlern.

Braune Holzwaren.

Bauernische . . . 2,65 M.
Kammkasten 45, 38 Pf. Bürstenkasten 75, 48 Pf.
Zeitungsmappen . . . 2,25, 1,45 M., 95 Pf.
Zimmersäulen mit Goldgravierung . . . 3,75 M.
Panceltbretter, 100 cm lg. 2,95, Konsolen, eleg. 95, 78 Pf.

Wäschestoffe.

Hemdentuch, vorzügliche Qualität . . . Mtr. 42, 28 Pf.
Körper-Inlett, rot und gestreift, federdicht . Mtr. 58 Pf.
Unterbettdrell, rot und gestreift, federdicht Mtr. 1,45 M.
Ein Posten Bettendamast, gestreift, unter Preis Mtr. 85 Pf.

Portieren.

Portieren-Garnituren, Filztuch, hübsch bekerbelt, 2 Shawls, 1 Lambrequin . . . 6,35, 5,45 bis 3,95 M.
Portieren-Garnituren, Titian-Plüsch oder Velvet reich bekerbelt und appliziert . . . 14,50, 10,85 bis 8,95 M.
Portieren glatt mit hübscher Bordüre . 2,15, 1,95 bis 98 Pf.
Portieren-Stoffe gestreift . . . Meter 48 Pf.
Lambrequin-Stoffe, Filz, reich bekerb., Mtr. 98 bis 45 Pf.

Läuferstoffe.

Jute-Läufer . . . 72, 68, 48, 35 bis 18 Pf.
Wollene Läufer . . . 1,45, 1,10 M. bis 85 Pf.
Velour . . . Mtr. 3,85, 2,45, 1,65 M.
Möbelkattune, hübsche Muster, . . Mtr. 75, 58 bis 48 Pf.

Stangen und Kleinigkeiten.

Holz-Gardinenstangen . . . 75, 55, 28 Pf.
Holz-Gardinenstangen, verstellbar . . . 1,65 1,25 M.
Rosetten . . . 35, 24, 12 Pf.
Portieren-Einrichtungen, komplett . . . 2,85, 2,35 M.
Portierenringe . . . 9 Pf.

Tischzeuge und Handtücher.

1 Posten Jaquard-Tischtücher . . . Stück 98 Pf.
1 Posten Tischdecken mit Franzen . . . Stück 95 Pf.
1 Posten Damast-Tischtücher, 130/225 cm groß 2,95 M.
1 Posten Stubenhandtücher . . . 1/2-Dutzend 1,95 M.

Blech- und Eisenwaren.

Wirtschaftswagen m. email. Zifferbl. 1,95 M.
Reibemaschinen . . . 1,35 M.
Messerputzmaschinen auf Brot 6,35 M.
Messerputzschmügel . . . Dose 22 Pf.
Briefkasten . . . 48, 38 Pf.
Waschständer . . . 88, 95, 45 Pf.
Waschtische . . . 2,50, 3,25, 1,95 M.
Eiserne zirka 100 120 140 160 180 cm
Gardinenstangen 13 18 22 28 32 Pf.

weiß
Dessertteller . . . 12, 10 Pf.
Tassen . . . Paar 15 Pf.
Bratenplatten ca. 50 cm . . . 1,65 M.

Porzellan

dekoriert
Teekannen . . . 25 Pf.
Dessertteller . . . 18 Pf.
Kaffeervice f. 6 Pers., 9teil. 3,95, 2,95 M.

Glas.

Dessertteller, gepreßt . . . 5 Pf.
Käseglocken . . . 42 Pf.
Zuckerschalen mit Fuß . . . 18 Pf.
Käseglocken, geschliffen . . . 65 Pf.
Sturzflaschen . . . 28, 22 Pf.
Bierbecher mit Goldrand . . . 7 Pf.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag geben wir **Doppelte Rabattmarken.**

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Für den 8. Kommunalwahlbezirk findet heute abend 8 1/2 Uhr in Habels Brauereiausgang, Bergmannstraße 5-7, eine Wählerversammlung statt...

Lichtenberg. Heute abend, nämlich 8 1/2 Uhr, findet in Gebrüder Arnholds „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chauffee, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt...

Treptow-Baumkutenweg. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet wegen dem gegenwärtigen Umzug erst am 17. Oktober statt.

Köpenick. Diejenigen Parteigenossen, welche noch nicht im Besitz ihrer neuen Mitgliedsbücher sind, können sich diese nur noch beim Vorsitzenden Genossen Wolf, Grünstr. 11, abholen.

Wahlverein Nordend. Am Mittwoch, den 3. Oktober, findet im Lokale des Genossen L. Krieg, Nordend, Kastanien-Allee 1, die Mitgliederversammlung statt...

Wilhelmsruh. Heute Dienstag, den 2. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Barth, Prinz Heinrichstraße: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Vortrag des Genossen Vermuth über: „Das Kulturrecht der Arbeiter“...

Reinickendorf-Ost. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Bräuner, Provinzialstraße 82, der Diskutierabend statt. Genosse Lorenz spricht über Partei und Gewerkschaften...

Bezirk Waldmannslust. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß die Vererdigung des Genossen Karl Kaulke, Vorfriedstraße, heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause Kaulkestraße aus erfolgt...

Berliner Nachrichten.

Die Urwählerlisten im 3. Berliner Landtagswahlkreis gegen nur noch heute in den in unserer Sonnabendnummer mitgeteilten Lokalen zur Einsichtnahme aus...

Eine Kommunalwählerversammlung ist zu heute abend nach Habels Brauerei einberufen, in welcher zu der Ersatzwahl im 8. Kommunalwahlbezirk ein Kandidat aufgestellt werden soll...

Zur Vermeidung fruchtloser Kaufnahmezettel wird amtlich mitgeteilt, daß im städtischen Rudolf Virchow-Krankenhaus zunächst nur männliche Haut- und Geschlechtskrankheiten aufgenommen werden...

Das Rudolf Virchow-Krankenhaus hat gestern die ersten Patienten aufgenommen. Es sind dies 70 Kranke, die von der Geschlechtskrankenklinik des Urban-Krankenhauses dorthin überwiesen wurden...

An der Jugendwoche der Freireligiösen Gemeinde beteiligen sich von Jahr zu Jahr eine immer größere Anzahl Kinder. Am Sonntag waren 116 Kinder - Knaben und Mädchen - zu dieser Feier versammelt...

Schiffahrt auf der Havel. Wie der Berliner Handelskammer von der königlichen Wasserbauinspektion Rathenow mitgeteilt wird, darf der größte Tiefgang der auf der Havel von Havelberg (14,5 Kilometer) bis Rathenow (91,0 Kilometer) verkehrenden Fahrzeuge jetzt 1,50 Meter betragen...

Verkäufte Vorschriften gegen den Automobilbetrieb enthält die neue Polizeiverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, welche der Oberpräsident mittels „Sonderausgabe“ des Amtsblattes am Sonnabendabend publizieren ließ...

Die Kraftfahrzeuge müssen betriebsfähig und insbesondere so gebaut, eingerichtet und ausgerüstet sein, daß Feuer- und Explosionsgefahr, sowie eine Verletzung von Personen und Gefährdung der Fahrwerke durch Geräusch, durch Entwicklung von Rauch oder Dampf oder durch ähnlichen Versuch, möglichst ausgeschlossen ist...

Auch im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit zeigt die Polizeiverordnung mancherlei aus der Erfahrung gewonnene Verbesserungen. So wird von der Bentvorrichtung verlangt, daß sie gesteuert, sicher und rasch aufzuweichen und in einem möglichst kleinen Bogen zu wenden, von den beiden Bremseneinrichtungen, daß jede für sich geeignet sein muß...

nur die eintönige Guppe verwendet werden, langgezogene Signale, die Verhältniß mit dem ländlichen Feueralarm haben, sind zu vermeiden. Die Vorschriften über die Laternen (die mindestens 20 Meter weit leuchten sollen) sind dahin erweitert worden, daß übermäßig stark wirkende Scheinwerfer verboten werden...

Gegen die Billettsteuer protestierten am Sonntag in einer nur mäßig besuchten Versammlung im Hotel de Rome auf Einladung des Vereins „Theaterreform“ die Theaterbesucher und zwar hatte man augenscheinlich die von der Steuer am meisten bedrohten Benutzer der besseren Plätze im Auge...

Die Angehörigen der Blumenengergeschäfte wehren sich gegen das Verbot der Geschäftsinhaber, ihnen die Feiertagsruhe noch mehr wie bisher zu beschneiden. Sie versammelten sich am Sonntagabend in den „Musikerzalen“ zur Beratung der Lage...

Große Aufregung verursachte am Sonntagnachmittag gegen 1/3 Uhr in der Rosenthalerstraße das scheinbar gemordete Pferd eines Fleischwagens. Das einem Engroschlächter in Reichensee gehörige Tier wurde am Rosenthaler Tor durch das Glockensignal eines vorbeifahrenden Jumbofahrsers wild gemacht...

Bier Unglücksfälle sind wiederum durch das Absteigen der Passagiere von fahrenden Straßenbahnwagen verursacht worden. Der in der Straßburgerstraße 99 wohnende Kaufmann Paul G., der sich auf der Vorderplattform eines Straßenbahnwagens der Linie 36 befand, versuchte vor dem Hause Brunnenstr. 1 den von der Haltestelle abfahrenden Waggon zu verlassen...

Zu besonderer Vorsicht bei der Annahme von Zwanzigmark Scheinen mahnt eine der hiesigen Reichsbankstellen zugehörige Meldung, nach welcher das neue Papiergeld gefälscht und anscheinend in großem Umfange in Verkehr gebracht wird...

Zwischen zwei Bedags gequetscht. Auf dem Grundstüd der Bedagsgesellschaft in der Chausseestraße hat sich am Sonntag ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Der Mechaniker Otto Meier hatte an einem Bedagwagen die Motore abzubauen wollen und während er noch mit beschäftigt war, kam ein zweiter Kraftwagen so dichtvorübergefahren, daß M. zwischen den beiden Gefährten fest eingeklemmt wurde...

Ein Mörder in Berlin verhaftet. Wegen Nordes wurde der 26 Jahre alte, oft bestrafte Bugeuner Johann Pawlowski verhaftet, der gestern hier der Polizei in die Hände fiel. Pawlowski ist zu Wron im Kreise Pleß geboren und wurde wegen Nordes von der Staatsanwaltschaft zu Gleiwitz strafbüchlich verfolgt...

Diese geriet nun mit der Familie des Lagerverwalters Voetenthal in Zwist, weil sie dessen Kinder beschimpft hatte. Der Streit veranlaßte den Bugeuner, gestern abend über Voetenthal herzufallen, als er ihn auf dem Hofe traf. Frau und Kinder kamen dem Bedrohlichen zu Hilfe und wurden ebenfalls mißhandelt...

Früh zum Krüppel gefahren. Von einem verhängnisvollen Unglücksfall ist gestern nachmittag der achtjährige Schüler Walter Fischer aus der Ragarethstraße 51 betroffen worden. Der Knabe hatte sich in der Nähe des Elternhauses auf der Straße aufgehalten und als er im Begriff war, den Fahrdamm zu überschreiten, geriet er an einen Müllwagen heran und wurde unter die Räder gerissen...

Einen schweren Verlust hat am Sonnabendabend der Arbeiter Dahme-Nixdorf erlitten, der von der Gießereistraße bis Hermannsplatz seinen Wochenlohn von 37,52 M. mit Portemonnaie verlor. Nach Gewahrwerden des Verlustes haben Kottbuserdamm zwei Herren sich über den Fund unterhalten, dieselben hat der Suchende jedoch aus den Augen verloren...

Ein großer Kellerbrand beschäftigte gestern die Feuerwehre in der Wallner-Theaterstr. 27. Auf dem Grundstüd, das nach der Alexanderstraße durchgeht, fanden Rifen und Radmaterialien in Flammen. Mit mehreren Schlauchleitungen mußte die Wehre kräftig Wasser geben, wodurch es schließlich gelang, das Feuer auf den Keller zu beschränken...

Bei einem schweren Automobilunglücksfall hat sich gestern nachmittag Professor Dr. Stabenagen erhebliche Verletzungen zugezogen. Er hatte zur Heimfahrt ein Automobil benutzt und als der Kraftwagen die Kreuzung des Kurfürstendamms und der Wilmersdorferstraße passierte, verfiel plötzlich die Steuerung und mit voller Kraft rannte der Wagen seitlich gegen einen Baum...

Radrennen von Steglitz. Der schon ein paar Male verregnete „Große Preis von Europa“ konnte endlich am Sonntag bei prächtigem Wetter ausgedient werden und endete mit einem glänzenden Siege von Robl...

Der Sieger war Robl, der die 100 Kilometer lange Strecke in 1 Stunde 9 Minuten 50 Sekunden zurücklegte, gefolgt von Demle mit 5300, Butler mit 7700 und Darragon mit 15 210 Meter Abstand. Demle, der zu Beginn des Rennens die Spitze hat, befuhr seinen Vorsprung bis etwa über eine halbe Runde vor dem zuletzt fahrenden Robl aus. Dieser holt schon in der 6. Runde den Franzosen ein, welcher, nachdem auch Demle und Butler ihn passiert haben, an letzter Stelle liegt und jetzt schon seine Rolle ausgepielt hat...

In Treptow lieferten sich die Mitglieder der „Vereinigung Treptower Rennfahrer“ interessante Kämpfe. G. Praxymbel, der in jüngster Zeit sich als guter Fahrer erwiesen, fertigte seine Gegner M. Heinz und Fr. Giederer mann glatt ab; Heinz mußte hinter einer fremden Führungsmaschine fahren, da seine eigene nicht rechtzeitig eingetroffen war...

Das frühere Carl Weiß-Theater in der Großen Frankfurterstraße ist am 1. Oktober in den Besitz des Herrn Bernhard Rose übergegangen und hat mit dieser Besitzveränderung auch seinen Namen gewechselt. Am Sonnabend wurde das nunmehrige Veruhard Rose-Theater eröffnet mit einem Prolog des Direktors Rose, in dem er die Ziele darlegte, die er sich gesteckt hat...

Der Circus Bush hatte am Sonnabend eine ganz eigenartige Nummer seinem Programm einverleibt und wenn Monsieur Homer sein Geheimnis erst weiteren Kreisen bekannt geben wird, hat die Unfallschronik durch Ueberfahren von Automobilen ihr Ende erreicht. Monsieur Homer läßt sich mit einem 70 PS.-Automobil, dessen

Gewicht außer vier Tassen 30 Zentner beträgt, regelrecht überfahren. Zunächst läßt sich der junge Mann bei voller Fahrt die Hand überfahren, dann das Bein und schließlich sogar den entblößten Oberkörper, in der Hüftgegend. Wir möchten aber niemand raten, auf der Straße das Experiment nachzuahmen.

Das Theater Jolles Caprice kommen heute zum erstenmal die beiden Schläger „Das Provinzmädel“ und „Das Modell“ zur Aufführung.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 3. Oktober, 7½ bis 8½ Uhr, veranstaltet der kgl. Musikdirektor Bernhard Jürgens in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung des Berliner Damen-Vokalquartetts (Frau Collin-Haberland, Fräulein Vetter, Fräulein Schulz, Fräulein Deeg) und des Herrn Heinz Weber (Cello). Orgelkompositionen von Bach, Mendels (große Orgelsonate Psalm 94) und Regner. Der Eintritt ist frei!

Feuerwehrbericht. Am Sonntagabend um 8 Uhr wurde die Feuerwehr böswilligerweise von einem zwölfjährigen Schüler aus der Spandauerstr. 10/12 nach der Klosterstr. 79 alarmiert. Der Anruf wurde ermittelt und der Polizei übergeben. Nach der Drahtstr. 189 wurde die Feuerwehr dreimal gerufen. Um 4 Uhr nachmittags handelte es sich um einen blinden Mann; um 5 Uhr brannte dort die Fallensäge in einem leeren Fabrikraum, und um 7 Uhr stand dort ein Sprinkler in Flammen. Im zweiten Stock des Energiegebäudes Bionstraße 40 brannte gestern früh 6 Uhr das Zwischengebälde und am Südbahnhof 3 mußte ein Zimmerbrand gelöscht werden. Wegen eines Küchenbrandes erfolgte ein Alarm nach der Friedrichsbergerstr. 11, vorn 3 Treppen rechts, Betten und Möbel wurden in der Dunderstr. 74 ein Raub der Flammen. Lebensgefährliche Brandwunden erlitt ein Mann bei einem Brande, der beim Kochen von Terpentin in der Chausseest. 53 ausbrach. Die Feuerwehr brachte den Schwerverletzten nach der Unfallstation in der Lindowstr. 10/11. Auch in der Anselstr. 12 kam durch Kochen von Terpentin Feuer aus. Am Kossanischen Platz 1 brannte eine Automobilbrosche, wobei die Verpachtung des Autos, der Fahrstift und anderes verbrannte. In der Müllerstraße geriet vor dem Hause 163 ein Mann unter die elektrische Straßenbahn und wurde jämmerlich verletzt. Die Feuerwehr schaffte ihn nach dem Paul Gerhardtstr. In der Königgräberstr. 118 brannte eine Bodenlampe. Ferner wurde die Wehr nach der Alexandrinenstr. 56, Elbingerstr. 81, nach dem Smetanaplatz 1, Reinickendorferstr. 118 und anderen Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Die Stolpe-Hohen-Neuendorf Schießaffäre.

Bei der ein Gendarm den Zimmerer Adolf Herrmann in den Unterleib schoß, wird jetzt, nachdem Herrmann in der Charité seinen Verletzungen erlegen ist, in einem dem Gendarmen günstigen Lichte dargestellt. So sucht eine im „Deutschen Blatt“ enthaltene Nachricht die Handlungsweise des Gendarmen wie folgt zu entschuldigen:

„Seiner Verletzung erlegen ist der Zimmerer Adolf Herrmann aus Hohen-Neuendorf, der in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag vor acht Tagen auf dem Heimwege einen Schuß in den Unterleib erhalten hatte. Nach seiner eigenen Darstellung sollte er von Mäubern, nach der eines Begleiters von Unfug verübenden Kurden angeschossen worden sein. Von anderer Seite wurde mitgeteilt, ein Gendarm habe Herrmann angeschossen. In der Tat hat Herrmann den tödlichen Schuß von einem Gendarmen erhalten, aber nach den amtlichen Ermittlungen sind nicht die Gendarmen schuld an dem besagten Verbrechen, sondern Herrmann selbst und seine Begleiter. Diese haben auf dem Heimwege von einer sozialdemokratischen Versammlung die ihnen begegnenden Gendarmen angerempelt und einen derselben am Halse gewürgt. Um seinen Kameraden zu befreien, schoß einer der in Zivilkleidung befindlichen Gendarmen, die übrigens als solche erkannt waren, nach den Weinen der Attentäter. Der Schuß ging dem Herrn in den Unterleib. Er wurde auf Veranlassung des Arztes Dr. Rosenthal, der ihm einen Verband anlegte, mit dem ersten Kräftezuge nach Berlin in die Charité gebracht. Hier ist er vorgestern gestorben. Als er noch bei Besinnung war, hat er selbst zugegeben, den Gendarmen Tieg an der Kehle gewürgt zu haben. Die Gendarmen haben über den Vorfall sofort an ihre vorgesetzte Behörde berichtet. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet. Sechs Teilnehmer an der Ausschreitung sind bereits ermittelt und vernommen worden. Die Leiche Herrmanns wurde befehlsgemäß. Der Vorfall wird ohne Zweifel vor Gericht ein sehr ernstes Nachspiel haben.“

Die hier verurteilte Reinwaschung der Gendarmen ist so tölpelhaft wie nur möglich. Erst wird gesagt, der verdorbene Herrmann „sollte nach seiner eigenen Darstellung von Mäubern angefallen“ sein, während es an einer Stelle der Kritik heißt, Herrmann soll, als er noch bei Besinnung war, zugegeben haben, „den Gendarmen Tieg an der Kehle gewürgt“ zu haben.

Eine andere Nachricht, die wir im „Verl. Tageblatt“ finden und die von der „Deutschen Tageszeitung“ mit der niederträchtigen Epithete: „Genossen am Lohntage“ übernommen wird, soll amtlichen Ursprungs sein. In dieser Kritik heißt es:

„Der Anruf eines Gendarmen ist der Zimmerer Herrmann aus Hohen-Neuendorf jetzt erlegen. Die Vorgeschichte dieses tödlichen Schusses, von dem wir feinerzeit berichteten, ist jetzt ein wenig aufgeklärt worden. Nach den amtlichen Ermittlungen trifft, wie vorweggenommen sei, die Schuld den Zimmermann selbst. In Stolpe, Heinersdorf, Hohen-Neuendorf usw. sind in der letzten Zeit mehrere Diebstähle verübt worden. Daher unternahm die Jugendarmen Tieg aus Heinersdorf und Jude aus Birkenwerder in bürgerlicher Kleidung in der Nacht zum Sonntag vor acht Tagen eine Streife durch jene Gegend. Gegen 3 Uhr begegneten ihnen auf der Dorfstraße in Stolpe acht Männer. Wie sich später ergab, waren es sozialdemokratische Arbeiter und Handwerker. Aus dem Trupp fiel der Ruf: „Das sind ja Gendarmen!“ Gleich darauf stieß einer Männer Jude an, so daß er auf die Seite fiel. Tieg stellte darauf den Trupp, der singend und lärmend gezogen war, mit den Worten: „Was ist denn hier los?“ Sofort fielen vier Mann über ihn her. Es kam nun zu einer Schlägerei, in deren Verlauf Jude einen Schuß auf Herrmann oblag, der diesen in den Unterleib traf. Nun floh der ganze Trupp. Der Verwundete begab sich erst nach seiner Wohnung und wurde dann nach Berlin in die Charité gebracht. Hier ist er jetzt gestorben. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet. Sechs Teilnehmer an der Ausschreitung sind bereits vernommen worden.“

Hiernach wird es so hinzustellen versucht, als ob die beimtührenden Arbeiter den Gendarm überfallen hätten. Das ist natürlich Unsinn und darauf berechnet, die wirklich Schuldigen reinzuwaschen. Die Arbeiter haben an einen Ueberfall nicht im geringsten gedacht. Nur eins ist richtig, nämlich, daß einer der Genossen in dem dunklen Wege, der passiert werden mußte und wo sich die beiden Beamten aufgestellt hatten, einen dieser Männer anstieß. Er entzündete sich aber sofort. Darauf zündete der erschossene Zimmerer Herrmann ein Streichholz an, um zu sehen, wo die beiden Posten stehenden seien, und als er die Beamten gewahrte, rief er: „Das ist ja Jude!“ der Gendarm aus Birkenwerder. Die Arbeiter gingen aber ruhig weiter, während die Beamten etwas von Frechheit und dergleichen murmelten. Erst nachdem der Trupp 100 Schritt gegangen war, hatten sich die Beamten unbemerkt eingefunden und schlugen ohne jede Veranlassung auf Köpfe und Arme. Kurze Zeit darauf fiel auch der verhängnisvolle Schuß.

Wie sehr die Beamten ihrer Sache sicher waren, geht daraus hervor, daß sie sofort verschwand. Der Betroffene konnte sich auch nicht nach Hause begeben, sondern mußte von Begleitern getragen werden. Nach einiger Zeit bemerkten die mit ihrer Last Heimkehrenden, daß auf der Landstraße ein Radfahrer mit seiner Laterne auftauchte und als man nahe an

Hohen-Neuendorf gekommen, kam der Radler, der sich als einer der Gendarmen entpuppte, an die Arbeiter heran und meinte ganz harmlos: „Ihr habt wohl mit Mäubern zu tun gehabt?“ worauf ihm die Antwort wurde: „Sie werden schon wissen, was passiert ist.“ Vom Schießen wollte der Mann überhaupt nichts wissen. Nachdem jetzt ein Opfer gefordert ist, wird natürlich die Sache anders dargestellt und es fehlt wirklich bloß noch, daß, wie oben angedeutet ist, anstatt gegen die Gendarmen, gegen die Arbeiter vorgegangen wird. Wir wundern uns über nichts mehr!

Charlottenburg.

Die Ablehnung der Beschwerde des Charlottenburger Magistrats im Fall Benzig gegen die Regierung zu Potsdam hat der Kultusminister wie folgt begründet:

„Nach Prüfung des Sachverhalts kann ich mich nicht veranlaßt sehen, die Entscheidung der königlichen Regierung zu Potsdam, durch welche dem zum Mitgliede der Schuldeputation gewählten Dr. Benzig die Befähigung versagt worden ist, aufzuheben. Der Genannte vertritt in Schriften und Vorträgen die Ansicht, daß der Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen und durch einen Moralphilosophieunterricht zu ersetzen sei. Nach den bestehenden Vorschriften gehört der Religionsunterricht zu den Hauptgegenständen des preussischen Volksschulunterrichts. Wenn Dr. Benzig hiernach eine der wesentlichsten Grundlagen der preussischen Volksschule und zwar, wie insbesondere seine Schrift über den „Kulturkampf um die Schule“ beweist, planmäßig und in entschiedenster Form bekämpft, so erscheint er nicht geeignet, in einer autoritativen Stellung an der Verwaltung und Beaufsichtigung der Schule mitzuwirken. Die Anlagen der Beschwerde folgen anbei zurück.“

Das sogenannte Freisinnblatt, die Charlottenburger „Neue Zeit“, bemerkt hierzu, daß die Stadtverordnetenversammlung den Forderungsbekämpfer, der ihr aufs neue von der staatlichen Aufsichtsbehörde zugeworfen sei, aufnehmen wird und die Regierung auch in dem neuen Kampfe seine Vorderer ertragen wird. Es wäre zu wünschen, wenn die Stadtverordnetenversammlung gegenüber den behördlichen Eingriffen in das Selbstverwaltungsrecht einmal ein entschiedenes „Eis hierher und nicht weiter“ sprechen würde; allein nach den bisherigen Erfahrungen vermuten wir, daß auch hier der Freisinn wieder müßig zurückweichen wird.

In einem großen Aufritt kam es in der Nacht zum Sonntag in dem Hause Wallstr. 85. Dort schlug der Arbeiter Polewiski mit einem Beil den im selben Hause wohnenden Arbeiter Leo Günther die Schädeldecke ein. Die Ursache der Missetat soll in schon lange Zeit im Hause vorhandenen Zwistigkeiten zu suchen sein. U ist verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Günther, dessen Verletzungen bedenkliche sind, fand im Krankenhaus Bestand Aufnahme.

Schöneberg.

Als gesichert zu betrachten ist nach einer neueren Mitteilung der Bau des schon seit längerer Zeit projektierten Schöneberger Stadtheaters. Die Direktion ist den Herren Philipp Spandow und Edmund Heined übertragen. Bekanntlich war die Absicht, ein derartiges Unternehmen ins Leben zu rufen, schon seit einigen Jahren vorhanden.

Das neue Schöneberger Krankenhaus an der Ecke der Rubens- und Thormaldenstrasse ist gestern nachmittags 5 Uhr mit der offiziellen Einführung der Ärzte und Schwestern eröffnet worden. Am Sonntagnachmittag hatte bereits eine Vorbesichtigung, an der die Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und verschiedener Deputationen teilnahmen, stattgefunden. Mit der Eröffnung des Auguste Victoria-Krankenhauses ist das zweitgrößte Krankenhaus Groß-Berlins in Betrieb gesetzt worden. Die Eröffnungsfeier wird wahrscheinlich erst Ende des Monats erfolgen. Die Vollanstalt ist für 600 Betten eingerichtet, doch sind gestern schon 312 in Betrieb gesetzt worden. Die Gesamtkosten des Krankenhauses, das durch Baron Eppling errichtet ist, belaufen sich auf 4.130.000 M. Die Anstalt breitet sich auf einer Fläche von 67.000 Quadratmeter aus. Im Jahre 1900 entschloß sich die städtische Verwaltung zum Bau des Krankenhauses und 1903 wurde mit den ersten Arbeiten begonnen. Zweieinhalb Jahre genügten dazu, um die kleine Krankenstadt zu schaffen. Es haben bereits eine ganze Reihe von Patienten in den verschiedenen Pavillons Aufnahme gefunden.

Mariendorf.

In außerordentlich gut besuchter Volksversammlung gab am Dienstag der Gemeindevorsteher Genosse Breulich den Bericht über seine Tätigkeit. In verschiedenen Beispielen wies Redner nach, daß es ihm in dem Vorterritorium oft schwer gelinge, sich Gehör zu verschaffen. An den Bericht schloß sich eine Diskussion, an der sich die Genossen Bayer, Reichardt und Berger beteiligten. Hierauf hielt Genosse Reibbein einen Vortrag über das „Erfurter Parteiprogramm“. In klarer Weise führte er den Zusammenhang den wirtschaftlichen Verdegang und den damit bedingten Fortschritt des Sozialismus vor Augen. Am Schluß seines fast zweistündigen Vortrages forderte er zum festen Zusammenschluß gegen den Kapitalismus auf, der die Arbeiterklasse auf niedriger Kulturstufe zu halten zum Prinzip hat. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats.

Weißensee.

Aus der Gemeindevorstellung. Der Kreisverband Niederbarnim beansprucht zum Ausbau einer von Blumberg nach Birchow und Schwanebeck führenden Chaussee die Abtretung eines Landstreifens neben dem jetzigen Wege, welcher durch das von der Gemeinde zu Mieselzwecken angekauft Mittergut Birchow führt. Dieser Antrag wurde angenommen. — Von der Bodengesellschaft an der Kreisbahn hat die Gemeinde ein Terrain von sechs Morgen zum Selbstkostenpreise von 5580 M. pro Morgen erworben. — In das Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule wird als Arbeitnehmer der Fischer Kurt Fuhrmann gewählt. — Der Besitzer des Elektrizitätswerks Rutenberg war verpfändet, als Gegenleistung für einen von der Gemeindevorstellung genehmigten Kanalbau die Langhansstraße vom 1. Oktober ab elektrisch zu beleuchten. Trotzdem der Beschluß bereits am 7. August getroffen, hat Herr Rutenberg wohl den Kanal in Angriff genommen, die Beleuchtung der Langhansstraße will er aber erst am 1. November in Angriff nehmen. Unsere Genossen wiesen dieses Ansuchen zurück und verlangten von ihm für diesen Monat die Erstattung der Kosten der Gasbeleuchtung an die Gemeinde. Herr Rutenberg, der inzwischen die Situation demütigt und Mitglied des Grundbesitzer- sowie auch Hausbesitzervereins geworden ist, hatte bei seinen nunmehrigen Vereinsbrüdern Unterstützung gefunden und diese traten seinem Antrage bei zum Schaden der Gemeinde. Demnach kann die Beleuchtung der Langhansstraße erst am 1. November vorgenommen werden, für jeden Tag der Verzögerung soll Herr Rutenberg eine Verzugsstrafe von 50 M. zahlen. — Genosse Freng als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission beanstandete eine Summe von 68,40 M., welche an Herrn Dr. Rabe für eine zweitägige Reise nach Dresden zum Verbändestage der Friedhofsbeamten gezahlt worden sind. Diese Reise hat selbiger in Abwesenheit des Gemeindevorstehers angetreten und somit die Gemeindevorstellung sich selbst überlassen. Die Kritik unseres Genossen brachte der Gemeindevorsteher aus seiner Nähe, indem er sich solche energische Vorkhaltungen verbat, trotzdem er im Prinzip Genossen Freng recht geben mußte. Im übrigen solle er sich mit seiner Beschwerde an die Aufsichtsbehörde wenden. Dem Vergleiche hierbei das Verhalten des Dr. Rabe dem Krankenlassenvorstande gegenüber, als dieser 50 M. aus der Kasse bewilligte zur Entsendung eines Delegierten zum Krankenlassenrat in Dresden. Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.

Dr. Rabe hat nochmals einen dreiwöchigen Urlaub angetreten und hat die Dezerate der Armen- und Steuerverwaltung an die

übrigen Schöffen abgetreten. Aus Liebe zur Sache verwaist er trotz seines Urlaubes die Dezerate der Krankenliste, des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes. Vielleicht benötigt er die Zeit zu neuen Taten.

Pantow.

In der Versammlung des Wahlvereins am 25. d. M. referierte Genosse Müde über Konjunktionsverhältnisse. Den eingehenden Ausführungen des Referenten folgte eine kurze Diskussion. Genosse Kubig berichtete über die Tätigkeit der Kommission, die zur Förderung der Genossenschaftsbewegung in Pantow eingesetzt worden ist und schlug vor, die Frage in den Zahlenden nochmals zu erörtern, da die Versammlung nicht genügend besucht sei, um endgültige Beschlüsse fassen zu können. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage zu. Alsdann machte der Vorsitzende unter anderem die Mitteilung, daß am Sonntag, den 21. Oktober er., eine allgemeine Flugblattverteilung stattfindet, bei der auf die Mit-tätigkeit aller Mitglieder gerechnet wird. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Stiller durch Erheben von den Plätzen.

Nowawes-Neuendorf.

Ein großer Dachstuhlbrand brach am Sonnabend früh in der siebenten Stunde im Hause Priesterstraße 78 in Nowawes aus, welches im Nu auch die beiden Nachbarhäuser ergriff. Der Feuerwehr gelang es nach zweistündiger Tätigkeit, jede weitere Gefahr zu beseitigen; immerhin ist der Schaden an den drei Häusern ein ziemlich großer, so daß die in denselben befindlichen Ladengeschäfte vorläufig geschlossen haben. Ueber das Entstehen des Feuers ist noch nichts Bestimmtes bekannt.

In der letzten Gemeindevorstellung in Nowawes wurde unter anderem über die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Potsdam betr. Anschluß an das dortige Elektrizitätswerk beraten. Bekanntlich haben sich die früheren Verhandlungen deswegen zerfallen, weil die von Potsdam gemachten Vorschläge in keiner Beziehung den Wünschen der Gemeinde Nowawes entsprachen. Es wurde infolgedessen der Bauleiter der Kanalisation, Ingenieur Wittwig, beauftragt, Entwürfe und Kostenschläge für den Bau eines gemeinschaftlichen Elektrizitätswerkes für Nowawes-Neuendorf zu machen. Bei einer Zusammenkunft des neuen Potsdamer Oberbürgermeisters mit dem hiesigen Gemeindevorstand wurde die Elektrizitätsfrage wieder aufgerollt und erklärte sich der Gemeindevorstand mit der Anbahnung neuer Verhandlungen einverstanden. Genosse Gruhl erklärte, daß sich seine Genossen von der Wiederaufnahme der Verhandlungen sehr wenig versprechen und gegen den Anschluß an das Potsdamer Werk stimmen würden, wenn Potsdam in dieser Sache nicht einen Zwangsverband mit Nowawes-Neuendorf bilden wolle, so daß alle Beteiligten in gleicher Weise an den Vor- und Nachteilen partizipieren, da sonst Potsdam die Hauptanteile aus dem Anschluß ziehen würde. In diesem Sinne erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, mit Potsdam in neue Verhandlungen zu treten. — Bei dem Antrage auf Beschaffung einer Walze zur Wegebefestigung, welcher angenommen wurde, kam es zu einer längeren Aussprache über die Art der Ausführung der Kanalisationsarbeiten. Genosse Somoll forderte, daß doch endlich einmal die Feldstraße in Ordnung gebracht werden solle, da dieselbe sich in einem miserablen Zustande befindet. Auch Genosse Gruhl verbreitete sich über die Rißränder, die die Kanalisation bis jetzt für den Ort im Besitze gehabt habe und gibt seiner Verwunderung Ausdruck, daß noch niemals von den bürgerlichen Gemeindevorstehern ein Bericht über die Tätigkeit der Kanalisationskommission verlangt worden sei; er stellt den Antrag, daß in jeder Gemeindevorstellung die Protokolle der Kanalisationskommission vorgelegt werden sollen. Der Vorsitzende Gemeindevorsteher Darsch machte der Kanalisationskommission und dem Genossen Gruhl im besonderen den Vorwurf, daß diese noch nie in der Vertretung Redenschaft über ihre Tätigkeit abgelegt hätte. Diesen Vorwurf wies Genosse Gruhl unter der Zustimmung der Versammlung entschieden zurück, indem er betonte, daß er gar nicht das Recht habe, in jeder Sitzung bei einem beliebigen Punkte der Tagesordnung einen derartigen Bericht zu geben; um dem abzuhelfen, habe er den vorerwähnten Antrag gestellt. Herr Darsch entschuldigte sich darauf recht kleinlaut mit der Bemerkung, daß er noch sehr jung in der Vertretung sei und die Einrichtungen der Gemeinde noch nicht genau kenne, worauf ihm vom Schöffen Langer erwidert wurde, daß er dann erst was lernen solle, ehe er andere Leute kritisieren wolle. Nach einer weiteren Debatte, in der alle Redner ihrem Unmut über die jetzigen Zustände im Orte Ausdruck gaben, wurde der Antrag Gruhl angenommen. Auch soll die bauausführende Firma ersucht werden, ihre Laternen bis morgens brennen zu lassen, um Unglücksfälle zu verhüten. — Weiter verhandelte die Vertretung über ein Anerbieten des Fortifikations, einen Teil des jetzt ihm gehörigen Terrains in der Berlinerstraße an die Gemeinde zu veräußern, und zwar zu dem horrenden Preise von 10 M. pro Quadratmeter, was eine Kaufsumme von circa 100.000 M. ausmachen würde. Die Vertretung beschloß nach dem Vorschlage der Finanzkommission, dem Fiskus 5 M. pro Quadratmeter zu bieten, wobei alle Vorbehalte ausgeschlossen bleiben müssen, so daß die Gemeinde das Terrain zu jedem ihr beliebigen Zweck verwenden kann.

Potsdam.

Der Stadtverordnetenversammlung vom 28. d. M. machte der Vorsteher Walle u. a. die Mitteilung vom Tode des Stadtverordneten Fennner. — Als neue juristische Hülfskraft des Magistrats wird der Assessor Dr. Pieper vorgestellt. — Als dringende Vorlage wird dann zunächst die Aufhebung der bereits beschlossenen Pflasterung der Eisenhartstraße angenommen und genehmigt. Diese Aufhebung wird damit begründet, daß die auch zur Pflasterung der Rauenstrasse bestimmte Schlackensteine nicht mehr zum nächsten Termin zu beschaffen seien. Da aber diese Straße als Anlauf des Straßenbahnbaues gepflastert werden muß, so werden einfach die für die Eisenhartstraße bestimmten Steine verwendet. Es an diese Art und Weise der Ausführung von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung geknüpft Kritik der Stadtv. Hinge und Bernhard suchte der erste Bürgermeister mit dem Hinweis auf eine event. Verlängerung des jetzigen Straßenbahnbaues längs des Neuen Gartens, wobei die Eisenhartstraße in Frage komme, zu beschwichtigen. Diese Zukunftsmusik ist aber hier schon so — bekannt, daß sie nicht mehr recht „zieht“, auch wenn sie ein neuer Musikant macht.

Genehmigt wurde dann die Anstellung eines weiteren Elektrotechnikers am städtischen Elektrizitätswerk mit einem Gehalt von 150 M. monatlich. Der vorgeschlagenen Verwendung von Sparfassenüberschüssen des Jahres 1906 im Betrage von 4.970 M. für die Krankenhausbauten stimmt die Versammlung beifolgend zu. Der Rest der Verkaufserlöse soll durch eine Sparfassenleihe von 300.000 M. gedeckt werden. Die Summe soll mit ½ Proz. verzinst und innerhalb 30 Jahren aus den Uberschüssen der städtischen Sparkasse amortisiert werden. Nach vollendetem Umbau des Krankenhauses wird auch die notwendige Vermehrung der Ärzte durch Anstellung eines Oberarztes erfolgen. Er soll hauptsächlich die Assistenzärzte entlasten, denen jetzt bis zu 60 Patienten zugewiesen sind. Das Gehalt des neuen Oberarztes beträgt 2500 bis 4000 M. bei freier Wohnung und Kost. Die Anstellung erfolgt auf drei Jahre. Nach Ablauf dieser Frist tritt dreimonatige Kündigung ein. Eine andere sanitäre Maßregel betrifft die Anlage eines Brausebades im Wasserwerk I für die Raschinken und Heizer, welches die Stadt auf Veranlassung des Gewerbeinspektors endlich eingerichtet hat. Auch die Umgestaltung der Schlammverbrennungsanlage für die Dampfesches Elektrizitätswerkes wurde beschlossen. Der Versuch ist für die Stadt nahezu losenlos. Mit der Erhebung eines Vaugehuts betr. das frühere Regierungsgebäude am Kiez, das für Wohnzwecke umgebaut werden soll, und Vornahme von Wahlen für die Steuerveranlagungskommission usw. schließt die kurz Sitzung.